

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2. — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siebung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 6.70 Goldmark, Restraum 4. — Goldmark. „Reine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 0.50 Goldmark (auflösig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Siebengelände das erste Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnement Zeile 0.30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Koffer geteilt durch 4.20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295  
Verlag: Donhoff 2506-2507

Freitag, den 7. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Polischekonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Devotantenstr. 3

Das neue Kabinett Baldwin.

Churchill Schatzkanzler. — Austen Chamberlain Außenminister.

London, 6. November. (Reuter.) Das Kabinett ist wie folgt gewechselt worden: Baldwin, Premierminister; Austen Chamberlain, Außerer; Churchill, Schatzkanzler; Curzon, Lordkanzler des Geheimen Rats; Sir Worthington Coans, Heer; Bridgeman, Marine; Sir Samuel Hoare, Luftfahrt; Lord Birkenhead, Indien; Arbery, Kolonien; Sir Johnson Hicks, Inneres; Sir Stevie Malland, Arbeit, und Sir Lloyd George, Handel.

London, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Ernennung Churchills herrscht in der englischen Öffentlichkeit große Ueberraschung. Die Liberalen sehen in ihm einen Abtrünnigen, der extreme Flügel der Konservativen trägt Churchill seine liberale Vergangenheit und seine Neigung zum Freihandel nach. In der Arbeiterpartei wird der Umstand, daß der sonst so gemäßigste Baldwin diesem Churchill, der in der englischen Öffentlichkeit als Personifikation des Sozialistenhaßes gilt, auf einen so hohen Posten berufen hat, als ein Unglück für die innere Ordnung Englands bezeichnet. Churchill ist unter den englischen politischen Führern die einzige Persönlichkeit, die als ausgesprochener Schürfmacher gilt. Eine zweite Ueberraschung ist, daß Baldwin den nächst ihm maßgebenden Führer der Konservativen Partei Sir Robert Horne nicht in das Ministerium aufgenommen hat. Das Außenministerium erhält Austen Chamberlain, der älteste Sohn des englischen Außenministers in der Zeit des Burenkriegs. Staatssekretär für Indien wird Lord Birkenhead, der sich seinerzeit in der Debatte über die Unruhen in Amritsar gegen die Politik der gewaltsamen Unterdrückung der indischen Nationalisten ausgesprochen hat.

Das neue Kabinett Baldwin hält am Freitagmorgen seine erste Sitzung im Buckinghampalast ab. Am 2. Dezember wird das

Unterhaus mit einer Thronrede, deren Text Baldwin fertigstellt, eröffnet werden.

Lafollettes Erfolg überraschend.

New York, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Lafollette gibt bekannt daß er Anfang Dezember eine Konferenz namhafter Vertrauensleute nach Washington einberufen werde, um die Fortschrittspartei endgültig zu gründen. Während der Wahl habe man sich mit einem Notapparat behelfen müssen. Die überraschend guten Erfolge, die trotzdem erreicht worden sind, seien eine Sicherheit für die Lebenskraft der neuen Partei, die nun endgültig organisiert werden soll.

Das amtliche Wahlergebnis ist noch nicht fertiggestellt. Es wird neuerdings bestritten, daß die Republikaner, die erst 18 Millionen Stimmen erhalten zu haben, und diese Ziffer dann auf 17 Millionen korrigierten, 70000 Stimmen erhalten haben.

Die Wähler geben jetzt im Gegensatz zu früher endlich zu, daß der Erfolg Lafollettes nicht nur ein beachtlicher, sondern sogar ein überraschend guter gewesen sei. Der Umstand, daß ein großer Teil der kleinen Farmer seine Stimmen nicht Lafollette gegeben hat, wird darauf zurückgeführt, daß infolge der hohen Weizenpreise die Farmer außerordentlich zufrieden sind und sich dadurch bestimmen ließen, abermals die Republikanische Partei zu wählen. Vereinzelt werden sich jetzt bereits Vermutungen, daß trotz der neuen Fortschrittspartei, die das Dreiparteien-System in Amerika einführt, in kürzester Zeit das Zweiparteien-System wiederhergestellt werden könnte, weil damit zu rechnen sei, daß möglicherweise die Demokratische Partei zerrieben wird und die künftigen Kämpfe zwischen Republikanern und Fortschrittlern ausgefochten werden.

Reichsregierung erwartet, daß auch diese Maßnahmen zur Gesundung des Volks- und Wirtschaftskörpers beitragen werden.

Wird Hitler ausgewiesen?

Völkische Anfrage im bayerischen Landtag.

München, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Bayerischen Landtag wurde am Donnerstag die Interpellation der Völkischen behandelt, die von der Regierung darüber Auskunft verlangt, welche Schritte sie zu unternehmen gedenke, um die in der Begründung der Reichserkennung der österreichischen Staatsangehörigkeit Hitlers durch die österreichische Regierung liegende Beleidigung des deutschen Heeres zurückzuweisen.

Ministerpräsident Heide beantwortete die Interpellation in folgender Weise: Unter der Zugrundelegung des österreichischen Rechts sieht die bayerische Regierung auf dem Standpunkt, daß Hitler durch seine mehr als zwölfjährige Abwesenheit von Oesterreich und durch seinen Eintritt in das deutsche Heer die österreichische Staatsbürgerschaft nicht verloren hat. Allein die Entscheidung dieser Frage steht noch dem allgemein anerkannten Grundsatz des Völkrechts dem Heimatstaat zu. Da es sich sonach um eine Rechtsfrage handelt, die Oesterreich zu lösen hat, kann ihre Entscheidung und ihre Begründung durch die österreichische Regierung niemals als eine Beleidigung des deutschen Heeres noch als ein unfreundlicher Akt, geschweige denn eine feindselige Gesinnung gegenüber erblickt werden. Zwischen Bayern und Oesterreich hat sich die Erörterung der Frage der Ausweisung Hitlers in folgender Weise abgespielt: Bereits im März d. J., also vor dem Hitler-Urteil, hat sich, da in den einschlägigen Strafbestimmungen des Republikanengesetzes auch die Ausweisung eines wegen Hochverrats verurteilten Ausländers vorgeschrieben ist, die zuständige Polizeibehörde in ordnungsmäßigem Verfahren an die zuständige österreichische Behörde mit dem Ersuchen gewandt, die österreichische Staatsangehörigkeit Hitlers anzuerkennen und sich für den Fall seiner Ausweisung aus Bayern und Deutschland zu seiner Uebernahme bereit zu erklären. Die österreichische Behörde hat die österreichische Behörde an hin vollem Umfang entsprochen. Erst Ende September wurde der bayerischen Regierung durch einen Zufall bekannt, daß die österreichische Bundesregierung in Wien auf einem anderen Standpunkt stehe und demgemäß ihre Grenzstellen angewiesen habe, einen Grenzübertritt Hitlers zu verhindern. Das hatte zur Folge, daß die bayerische Regierung unter Darlegung der Rechts- und Sachlage im Oktober bei der österreichischen Regierung dahin vordringlich wurde, daß die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung unterzogen und unter Anerkennung der österreichischen Staatsangehörigkeit Hitlers die an die Grenzstellen erlangene Beweise zurückgezogen werde. Eine Antwort hierauf ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Was die Frage der Ausweisung Hitlers grundsätzlich betrifft, so hatte die bayerische Regierung bis jetzt noch keine Voraussetzung, sich irgendwie entscheidend mit dieser Frage zu befassen, und zwar um so weniger, als die Frage der Entlassung Hitlers mit Bewährungsfrist durch die zur Entscheidung kompetente Behörde noch nicht entschieden ist. Die bayerische Regierung muß sich für die zuständige Behörde volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten.

Wichtige Kabinettsbeschlüsse.

Einstellung des Personalabbaus. — Erhöhung von Beamtengehältern. — Steuerermäßigungen. — Weitgehende Vorschläge in der Aufwertungsfrage.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett befahte sich in seiner Sitzung vom 6. November mit einer Reihe dringender Fragen, deren Lösung auf dem normalen geschäftlichen Wege durch die Auflösung des Reichstages verhindert worden ist. Unter Zugrundelegung von Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Luther führten die Verhandlungen zu folgendem einstimmig festgestellten Ergebnis:

In der auf Antrag des Finanzministers vom Kabinett bereits grundsätzlich beschlossenen Steuerermäßigung erblickt die Reichsregierung nur einen Teil der durchgreifenden Reformarbeiten, die sofort in Angriff genommen werden müssen, nachdem durch Verwirklichung der 800-Millionen-Anleihe die Ausführung des Sachverstandigenplans gesichert ist. Ein Teil der erforderlichen Maßnahmen kann auf dem Verwaltungswege schon jetzt getroffen werden, ein anderer soll soweit vorbereitet werden, daß er durch die künftige Reichsregierung dem neuen Reichstag sofort zur Beschlußfähigkeit vorgelegt werden kann.

Im Verwaltungswege sollen die Schutzbestimmungen und Milderungen auf dem Gebiete des Personalabbaus, welche der Reichstag in Aussicht genommen hatte, durchgeführt werden, soweit dies geschäftlich zulässig ist. Insbesondere soll mit Ablauf dieses Kalenderjahres der allgemeine Abbau eingestellt werden; nur noch bei einzelnen Verwaltungen, die bisher im Abbau behindert waren, soll mit Zustimmung des Reichsrats und des Hauptausschusses des Reichstages ein weiterer Abbau stattfinden.

Die Reichsregierung wird ihre Bestrebungen auf Senkung der Preise weiter fortsetzen, weil sonst alle Bemühungen um eine endgültige Besserstellung der Gehalts- und Lohnempfänger erfolglos bleiben müssen. Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung eine maßvolle allgemeine Ausbesserung der Beamtengehälter zum Zwecke ihrer weiteren Annäherung an die Friedensnominalgehälter sobald wie möglich durchzuführen.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Herbeibringung der Auslandsanleihe von 800 Millionen Mark, die Wiedererlangung der handelspolitischen Freiheit des Reichs, endlich die Tatsache, daß die uns vom Ausland auferlegten Lasten jetzt einigermaßen übersehen werden können, haben nunmehr die Möglichkeit geschaffen, auch der Milderung der durch den Kriegsausgang und die Geldentwertung hervorgerufenen Not näherzutreten. Dabei kann nunmehr über die früher in Aussicht genommene Begrenzung auf die bedürftigen Kreise im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen hinausgegangen werden. Diesbezügliche Vorschläge unterliegen der Prüfung der Reichsregierung. Spekulative Gewinne sollen dabei ausgeschlossen werden. Die Folgerungen aus diesen Maßnahmen für die Länder und Gemeinden zu ziehen, wird erst möglich sein, wenn über den Finanzausgleich durch den neuen Reichstag endgültig entschieden ist, da der jetzige Einnahmestand einer Reihe von Gemeinden durchaus vorübergehender Natur sein dürfte. Die

Sozialismus und Linksblock.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 5. November.

Der Zentralrat der Sozialistischen Partei Frankreichs ist in den letzten Tagen in Paris zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten. Zum drittenmal in diesem Jahre haben sich die französischen Genossen Entscheidungen gegenübergestellt, deren politische Tragweite über den Rahmen der eigenen Partei weit hinausging, da nicht nur die innerpolitische Entwicklung in Frankreich, sondern, genau wie im Frühjahr und im Sommer, gesamteuropäisches Schicksal auf dem Spiel stand. Es ging auch diesmal letzten Endes wieder um die Politik deutsch-französischen Ausgleichs und internationaler Verständigung, der erst durch den Sieg der Demokratie in Frankreich die Bahn gebrochen wurde und deren Fortführung die Aufrechterhaltung und Konsolidierung des von der Gesamtheit aller wirklich demokratischen Kräfte getragenen neuen Regimes in Frankreich zur Voraussetzung hat. Im Februar dieses Jahres hatte es sich darum gehandelt, ob die Partei allein in den Wahlkampf ziehen, oder aber im Bunde mit den Nachbarparteien der bürgerlichen Linken den entscheidenden Schlag gegen den gemeinsamen Gegner führen sollte. Im Juni stand dann die Frage zur Diskussion, ob die Partei nach gemonnener Schlacht sich in die Isolierung negativer Oppositionspolitik zurückziehen oder aber in aktiver Zusammenarbeit mit Radikalen und Radikalsozialen die volle Ausnutzung des erforderten Sieges ermöglichen und im Interesse der Arbeiterschaft sich selbst einen mitbestimmenden Einfluß auf die Leitung der politischen Geschäfte Frankreichs sichern sollte. Beide Male standen sich innerhalb der Partei die Meinungen für und wider im scharfen Gegensatz gegenüber, und beide Male hatte politischer Weitblick und der beim französischen Volk besonders ausgeprägte Sinn für realpolitische Notwendigkeiten die verantwortlichen Instanzen den richtigen Weg finden lassen: Nur das unter voller Wahrung der eigenen Unabhängigkeit erfolgte, rein taktische Zusammengehen mit den bürgerlichen Demokraten hat am 11. Mai dem Nationalen Block die Mehrheit zu entreißen vermocht, die diesem bei den Wahlen des Jahres 1919 dank der Zerspaltung der Linken zugefallen war, und erst der Beschluß des Parteitags vom 1. Juli, der zwar den Eintritt in die Regierung ablehnte, sich aber rückhaltlos zugunsten einer aktiven parlamentarischen Unterstützung des Ministeriums Herriot aussprach, ermöglichte die politische Neuorientierung, die sich seitdem in Frankreich vollzogen und bei der auch der Sozialismus seine Rechnung gefunden hat.

Die Entscheidungen des Zentralrats, der obersten Instanz der Partei, lagen in der gleichen Richtung. „Die politische Situation“ lautete der erste Punkt der Tagesordnung; aber es handelte sich dabei um mehr als die übliche rückschauende Erörterung der jüngsten Vergangenheit. Die Delegierten der Gesamtpartei wurden zusammenberufen, um die bisherigen Ergebnisse der sogenannten Kartellpolitik kritisch zu prüfen und auf Grund dieser Prüfung Beschluß zu fassen, ob die Früchte, die sie getragen hat, ihre Fortführung rechtfertigen oder nicht. In den führenden Kreisen der Partei hatte man sich mit Recht die Frage vorgelegt, ob es zu solcher Prüfung und zu solcher Entscheidung nicht noch zu früh sei. Es waren kaum vier Monate her, daß das Ministerium Herriot die Regierung übernommen hatte, und von diesen vier Monaten standen knapp vier Wochen für die parlamentarische Arbeit zur Verfügung. Eine Frist, die wirklich nicht als ausreichend angesehen werden kann, um die inaugurierte neue Politik sich bereits auf allen Gebieten auswirken zu lassen. Jeder politische Kurswechsel hat mit einer Unsumme von Schwierigkeiten und unvorhergesehenen Hindernissen zu rechnen. Wie aber erst in einem Lande, das, wie Frankreich, seit Kriegsende der unbeschränkten Herrschaft, der fast schrankenlosen Willkür der reaktionären und nationalistischen Kräfte ausgeliefert war! Auch der beste Wille und eiserne Energie konnte nicht in wenigen Wochen Dämme niederreißen, die der Gegner in ebensoviele Jahre aufgerichtet hatte, nicht von heute auf morgen wieder aufbauen, was er in jahrelanger Hindernisarbeit zerstörte. Es wäre deshalb vielleicht besser und richtiger gewesen, das endgültige Urteil über die politische Neuorientierung und ihre Erfolge wenigstens noch einige Zeit zurückzustellen. Angesichts der Kritik aber, die von gewissen Kreisen der Partei an der Haltung der Fraktion und an der Kartellpolitik überhaupt geübt wurde, glaubten die Führer, es sich selbst und der Partei schuldig zu sein, die Einberufung des Zentralrats nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Der Kampf, den die zahlenmäßig nicht sehr starke, aber außerordentlich rührige und mit großem Geschick operierende Opposition gegen die Fortführung der Kartellpolitik eingeleitet hat, stützte sich vor allem auf das Argument, daß das Ministerium Herriot die den Wählern gegebenen Versprechungen nur zu einem kleinen Teil eingelöst habe und die hauptsächlichsten Forderungen, mit denen die Linke den Wahlkampf führte — die Rückumkehr zur Ruhr, die Aufhebung des von dem Ministerium Poincaré eingeführten zwanzigprozentigen Zuschlags auf

alle Steuern und Abgaben, der Abbau der die Lebenshaltung verteuern den Umsatzsteuer, eine gerechte, auf die schärfere Erfassung des Besitzes und der hohen Einkommen gegründete Finanzreform, der Kampf gegen Wucher und Spekulation und endlich die rücksichtslose Bestrafung der Milliarden-Umverteilung in den zerstörten Gebieten —, noch immer der Erfüllung harren. Das ist alles richtig. Aber das es so ist, dafür kann man das Ministerium Herriot nicht verantwortlich machen, am wenigsten aber die sozialistische Fraktion, die keine der ihr durch die parlamentarische Situation gegebenen Möglichkeiten ungenutzt gelassen hatte, die auf ihre Unterstützung angewiesene Regierung auf den Wegen demokratischer Politik im Innern und nach außen nach Kräften vorwärts zu treiben.

Schuld daran trug ausschließlich der Umstand, daß heute und vielleicht noch in Monaten die Demokratie ihre besten Kräfte darauf verwenden muß, das Trümmerfeld aufzuräumen, das der Nationale Bloß hinterlassen hat. Daß die Ungebild der breiten Masse dem langsamen Tempo dieser Entwicklung weit vorausgeeilt ist, ist begreiflich. Um so gebieterischer aber erwacht den Führern die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß die Politik des Linksbloßes nicht die Möglichkeit gehabt hat, ihre Kräfte voll zu entfalten. Gewiß, das Budget, das das Ministerium Herriot eingebracht hat, und gegen das sich vor allem die sozialistische Kritik richtet, ist miserabel, so miserabel, daß es selbst im Lager der bürgerlichen Demokratie lebhaften Widerspruch ausgelöst hat. Die außerordentlich drückende Belastung der breiten Massen durch Konsum- und Verkehrssteuern ist geblieben, und die schärfere Heranziehung von Besitz und Einkommen ist über erste schwache Ansätze nicht hinausgekommen. Aber es ist ein Unfuss, wenn daraus gefolgert wird, daß dieses Budget unter dem Druck der großen Banken zustande gekommen sei, die die schonende Behandlung des Besitzes mit der Drohung-erzwingung hätten, bei den großen Kreditoperationen zur Konsolidierung der schwebenden Schuld passive Reklamen zu treiben. Der wahre Grund ist vielmehr der, daß die wenigen Wochen, die für die Aufstellung des Haushaltsentwurfes zur Verfügung gestanden haben, zu kurz waren, um die gründliche Reform des gesamten Steuersystems in Angriff zu nehmen, ohne die der Abbau der indirekten Abgaben und ihr Ersatz durch Ausbau der direkten Steuern und Einführung einer Vermögensabgabe nicht möglich war. Unter normalen Umständen wäre die Ablehnung eines Budgets dieser Art eine Selbstverständlichkeit, mit der man nicht erst einen außerordentlichen Parteitag befaßen müßte. Doch so einfach liegen die Dinge diesmal nicht. Die Situation ist vielmehr die, daß ein oppositionelles Votum der Sozialisten die bisherige Mehrheit in eine Minderheit verwandeln und damit den Sturz des Ministeriums herbeiführen würde. Ein negatives Votum würde der Partei zwar den Beifall der Kommunisten, vielleicht auch sogar den Dank des Nationalen Bloßes sichern, sie aber zugleich um jeden Einfluß auf die Gestaltung des politischen Schicksals bringen.

Das waren auch die Erwägungen, die von den bekanntesten Führern der Sozialistischen Partei, insbesondere von den Genossen Leon Blum, Renaudel, Grumbach und Paul Faure mit großer Ueberzeugungsraft und Wärme dargelegt wurden und die von einer starken Mehrheit des Zentralkomitees gebilligt wurden. Die Debatte zwischen den beiden Auffassungen war, wie übrigens stets auf französischen Kongressen, zuweilen sehr lebhaft, doch immer sachlich und kameradschaftlich. Die Minderheit, die ihre bedrängten Vertreter in Braße und Presse man hatte, wird selbstverständlich Disziplin üben, und die Einheit der Partei ist unerschütterlich. Die mehr als hundertköpfige Kammerfraktion wird geschlossen an den kommenden Abstimmungen teilnehmen; sie wird die Regierung Herriot weiter unterstützen und dabei ihre volle Unabhängigkeit in der Kritik, wo sie am Blage ist, und bei etwaigen Forderungen zu wahren wissen. Sowohl das eine Ergebnis dieser Tagung — die Fortsetzung der Unterstützungspolitik — wie auch ihr an-

deres Ergebnis — die unbedingte Wahrung der sozialistischen Einheit — ist eine schwere Enttäuschung für den Rationalen Bloß, der um eine Hoffnung auf die Rückkehr der schönen Tage Poincarés und Millerands ärmer geworden ist.

## Herriots Preiswuchergesetz.

### Proteststurm der Betroffenen.

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Es war zu erwarten, daß der von der Regierung eingebrachte neue Preiswuchergesetz zur Besänftigung des Wuchers und der Preissteigerung nicht nach dem Geschmack des Handels und des Unternehmertums geraten ist. Die Pariser Handelskammer hat sich z. B. am Mittwoch gegen den Entwurf ausgesprochen. Verschiedene Verbände des Kleinhandels entsandten bereits alle Mittel der Agitation, um den Entwurf zum Scheitern zu bringen.

## Werden geräumt.

Essen, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die französischen Truppen haben am Donnerstag Werden geräumt. Die französischen Eisenbahner haben die Stadt bereits am Mittwochabend verlassen.

## Die Pariser Finanzkonferenz.

### Die Gesamtentente soll an den Ruhrkosten mittragen.

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Interalliierte Finanzkonferenz, die seit 14 Tagen in Paris unter Ausschluß der Deutschen tagt, scheint bisher noch zu keinen positiven Ergebnissen geführt zu haben. Die Experten der alliierten Regierungen, denen die Sitzung und Vorbereitung des dokumentarischen Materials übertragen worden ist, sind mit diesen Vorarbeiten noch nicht zu Ende gekommen, so daß bisher ein bestimmter Termin für die Zusammenberufung der Finanzminister selbst noch nicht ins Auge gefaßt werden konnte. Bereits in diesen Vorverhandlungen aber scheinen die Interessengegenstände, die vor allem den französischen Anspruch auf Berechnung der Kosten des Ruhrabenteuers auf das allgemeine Reparationskonto zum Ausgangspunkt haben, sehr hart aufeinandergestoßen zu sein. Wenigstens läßt darauf eine Konferenz schließen, die am Donnerstagmorgen unter dem Vorsitz Herriots am Quai d'Orsay den Finanzminister Clementel, die Direktoren der Bank von Frankreich sowie andere Finanzexperten zu einer Besprechung vereinigte, die den Stand der Arbeiten der Interalliierten Finanzkonferenz und die Festlegung neuer Instruktionen für die französischen Delegierten zum Gegenstand hatte.

## Prozess Hermann.

### Die Anklage bricht in sich zusammen.

Weimar, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem großen Schöffengericht in Weimar begann am Donnerstag der Prozeß gegen den früheren thüringischen Innenminister Hermann und seinen Gehilfen Kunze. Dem ersten Angeklagten werden Unterschlagung staatlicher Gelder, d. h. ihre Verwendung zu anderen als den vorgeschriebenen Zwecken, vor allem zum Ankauf von Waffen, angeblich zum Nachteil des Landes, und unbefugte Verfügung über staatliche Mittel zur Last gelegt. Dabei soll ihm Kunze behilflich gewesen sein.

Genosse Hermann legte in einstündiger Rede seinen Standpunkt zur Anklage dar.

Er wies dabei nach, daß die beanspruchten Zahlungen an den früheren Regierungsrat Kopf nur den Gepllogenheiten entsprächen, die vor und nach seiner Amtszeit geleistet wurden. Wenn Kopf nabegleitet worden sei, aus der Bundespolizei auszuscheiden, und ihm nach Verhängung im Kabinett das Gehalt noch eine Zeit lang weiter bezahlt wurde, so sei das der gleiche Vorgang gewesen, der sich unter den Regierungen Baumbach, Brandenstein und Reuther-Sattler mit Müller-Brandenburg abgespielt habe. Dieses Verfahren stelle durchaus kein Novum dar. Für die Regierung und für ihn als Innenminister seien nur Zweckmäßigkeitsgründe in Frage gekommen. Finanziell habe

sich keine Maßnahme sogar zugunsten des Landes ausgemerkt, da Wohnungen frei wurden und dadurch Wohnungszuschüsse an Beamte in Fortfall kamen. Eine Vergütung an Kopf nach seinem Ausscheiden sei erfolgt, weil er für die Regierung den Entwurf eines Bundespolizeigesetzes ausgearbeitet habe. Zu dem Punkt der Anklage, der Hermann die Verwendung staatlicher Gelder zu nicht-vorgesehenen Zwecken vorwirft, wies der Angeklagte auf die Zustände hin, die Ende des Jahres 1922 und im Jahre 1923 herrschten.

Er erinnerte an den Vorfall in Kassel, an die Verhaftung von Nationalsozialisten in Weida und die Waffendiebstähle in Jena-Mehlis und Suhl.

Damals sei das Bestreben gewesen, alle Waffen, die sich in der Bevölkerung befanden, in die Hand des Staates zu bekommen und eine Kontrolle über die Herstellung der Waffen auszuüben. Mit der Polizei sei das nicht möglich gewesen. Das Herausziehen der Waffen aus der Bevölkerung konnte nur durch Ankauf erfolgen.

Darüber sei auch die Reichsregierung mündlich und schriftlich eingehend unterrichtet worden. Die Reichsregierung habe sich sogar nicht abgeneigt gezeigt, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Bei den unruhigen Zuständen sei auch eine Verstärkung der Polizei nötig gewesen. Das ist aber von der Reichsregierung insolge der von der Entente verhängten Sperre nicht gestattet worden, so daß die thüringische Landespolizei teilweise statt der eismächtigen Stärke von 1200 Mann nur 600—800 Beamte umfasse. Auch die Ausrüstung der Beamten sei sehr mangelhaft gewesen. Er habe es als seine Pflicht betrachtet, den Sicherheitskörper des Landes so zu stärken, daß er der Regierung eine Beherrschung des Landes ermögliche. Als völlig abwegig bezeichnete Hermann die Darstellung, als ob er der kommunistischen Partei habe Waffen zukommen lassen.

Auch in den Tagen, wo die Kommunisten in der Regierung saßen, habe er diesen jede Auskunft über die Zahl der Waffen und den Ort ihrer Verwahrung abgelehnt. Das habe er ausdrücklich in einer Kabinettsitzung erklärt, worauf die kommunistischen Minister die Sitzung verlassen hätten.

Die Anklage, so meinte Genosse Hermann schließlich, rede nur von Nachteilen, die er dem Lande Thüringen zugefügt habe; die Vorteile seiner Tätigkeit für das Land hätten aber bei weitem überwiegen.

Genosse Kunze äußerte sich nur kurz und bestätigte die Angaben und die Auffassung Hermanns. Die Waffenaufkäufe habe er als legal betrachtet, zumal der Chef der Landespolizei sie dienstlich aufgefordert habe. Auch die darauf vernommenen Zeugen, Reichskommissar Auenzger, Berlin, Minister Stolze, Weimar, und Genosse Frölich haben eine volle Bestätigung dessen, was Hermann vorgetragen hatte. Während eines Teiles ihrer Aussagen wurde die Deckungsfähigkeit mehrfach ausgedehnt. Die Verhandlung wurde schließlich auf Freitag verlagert.

## Niedriger hängen!

In einer Berliner Druckerlei werden anonyme Wahlplakate hergestellt, von denen sich die Auftraggeber einen ungeheuren „Erfolg“ versprechen. Eines von diesen perfiden Erzeugnissen sieht so aus:

## 1,000,000 Francs BELOHNUNG

DEM JENIGEN, DER NACHWEIST, WIE MAN  
DAS ARBEITENDE DEUTSCHE VOLK  
NOCH MEHR

IN DEN SKLAVENDIENST SEINER FEINDE  
STELLEN KANN.

BERLIN-PARIS, 18. X. 1924  
INTERALLIIERTE REICHSBANNER  
KOMMISSION SCHWARZ-ROT-GOLD

Da die wirklichen Auftraggeber dieser minderwertigen Erfindung sich wahrscheinlich niemals melden werden, so sei hier festgelegt, daß die Plakate als Druckfirma den Namen der „Gutenberg-Druckerlei in Berlin“ tragen. Vielleicht fragt das „Reichsbanner“ durch seine Zeitung einmal in der Gutenberg-Druckerlei nach, welche Ehrenmänner die Schamlosigkeit in Auftrag gegeben haben! Man könnte dann ja weiter sehen, eventuell auch, welche Pöbel die Druckerleistung zu errichten habe!

## Zufriedenheit.

### Von Felix Kienkosten.

Neulich sah ich auf dem Balkon meiner Wohnung und rauchte Tabak aus der neuen Pfeife, die ich mir gekauft habe, weil ich es eben gar nicht unterlassen konnte, dieses hübsche Stück von ausgelegter edler Form mir zu wünschen. Es war ein herrlicher Sonntagvormittag mit hellem Goldglanz zwischen blauen und weißen Wolken. In dieser Stunde verfiel ich beinahe auf die Gemeinheit, zufrieden zu sein.

Ich halte es nämlich für Niedertracht, Verrat oder Stumpfheit, wenn in der heutigen Welt ein Mensch sagen möchte, er sei zufrieden.

Er vergißt dabei, wieviel ihm noch fehlt, um dieses Leben im ganzen Werte zu verstehen. Vielleicht, daß er morgen ohne eigene Schuld seine Stellung verliert. . . vielleicht, daß man 'es ihm als ungeheuerliche Verletzung vorhält, morgen, am Montag, daß er sich um zehn Minuten sträflich verspätet habe. . . vielleicht, daß er in seinem Geldbeutel den letzten Grund erbsicht und also erfährt (als zöge ein Halbestrick sich straff), daß er nun eben nicht ausgehen könne, nicht Musik hören, und daß er (und diesmal bin ich dieser er), zwar Pfeife rauchen könne, nicht aber Zigarre. . . Und daß man schwerlich am kommenden Sonntag wegfahren könne. . . und daß ich (trotz des billigen Ausverkaufs) die bewußte gestreifte Jacke für meine Frau.

Also nein, das geht alles nicht! Und also bin ich auch nicht zufrieden und stopfe mir böse eine neue Pfeife.

Ich denke an den Traum von drei geschlagenen Wochen im Harz oder an der See. Ich bin so verrückt, an Vassen zu denken, an Titol.

Denn ich sehe durchaus keinen Grund, der mich etwa unwürdig erscheinen ließe für solches Pöbel. Schließlich bin ich ein Mensch, lebe in der Welt und möchte sie vor meinem Tode gesehen haben.

Warum können andere das? Weil sie mehr Geld haben!

Ja, zum Teufel, und da verlangt ihr, ich solle zufrieden sein in solcher Weltordnung?

Gewiß, wenn es nicht, denn du sitzt doch ganz gut hier auf deinem Balkon! Denke lieber an jene Vassen, die zu dieser Stunde schlafen und rauchern müssen und gar nichts haben. Sie wären heilfroh, an deiner Stelle zu sitzen.

Ja, Kinder, vorhin war ich nicht stumpfheitig genug, um zufrieden zu sein. Jetzt aber, nachdem ihr das gesagt habt, bin ich nicht gemein genug, um zufrieden zu sein. Denn es gehört wirklich große Gemeinheit dazu, daß jemand denkt: „Gottlob, mir geht's besser!“

Wer aber sehr reich ist (Auto, Sommerreise und Verhältnis), der muß schon ziemlich brutal sein, um in dieser Weltordnung sich zufrieden zu fühlen.

Das Gegenstück zu solcher Zufriedenheit findet sich leicht: Es sind jene Menschen, die in diehlicher Armut sich glücklich fühlen, wenn sie ein verlorenes Brötchen finden oder wenn sie für ein Trinkgeld irgendeine schmutzige Nebenarbeit ausführen dürfen.

Dürfen!

Ja, aber, sagt angstvoll meine Frau, dann kannst du ja me zufrieden sein!

Nein, sage ich ihr, in dieser Welt nicht! Und leider bin ich auch nicht stumpfsinnig und gemein genug, um mir einreden zu können, für die Armen sei die Armut gerade so gut erträglich, wie der Schmutz für die Finken und die Kälte für die Eskimos.

Es fällt mir jener nette Mensch ein, der das Glück hatte, allein an Zulage 150 M. im Monat zu kriegen.

„Ja“, sagte er mit Achselzucken, „für die anderen, die das nicht haben, mag's ja knapp hergehen, aber. . . was kann ich daran machen?“

Nicht wahr.

Ich sagte ihm: „Wählen Sie bürgerlich: Es muß ein Damm deutscher Männer errichtet werden gegen Ungebühr und Begehrlichkeit.“

Das sind so meine Gedanken am Sonntag vormittag gewesen. Ueberdem läuteten die Glocken, und der Pastor erzählte der Gemeinde von der Gerechtigkeit Gottes.

Es ist zum Lachen.

## Goldkur gegen Tuberkulose.

Auffsehenregende Heilerfolge sind bei 300 Lungenschwindsüchtigen Patienten in sechs dänischen Krankenhäusern durch Behandlung mit einem neuen, „Sanocrysin“ genannten Präparat erzielt worden. Es handelt sich dabei um die Kurbehandlung mit einer neuen Goldlösung und gleichzeitiger Serumimpfung. Das Verfahren wurde von dem dänischen Physiologen Professor Moelgaard entdeckt und dient dem Zweck der Zerstörung der Tuberkelbazillen. In einem Vortrag, den der Entdecker des Präparats im Staatlichen Krankenhaus zu Kopenhagen hielt, führt er aus, daß das Sanocrysin auf Kochs Entdeckung beruht, wonach Goldsalze sich als Gift für die Tuberkelbazillen erweisen. Wie er behauptet, ist indessen das Sanocrysin unter allen Goldverbindungen die einzige, die wirklich und nachweisbar die Tuberkelbazillen im menschlichen Körper abtötet. Es handelt sich um eine anorganische Zusammensetzung, die wohl Gold enthält, die aber nicht als metallisches Salz wirkt, so daß die Gefahr der Metallvergiftung der menschlichen Gewebe vermieden wird, selbst wenn man große Dosen des Mittels verwendet, und behält seine Wirkungskraft noch 4 bis 6 Tage nach erfolgter Einimpfung. Wenn der Zerlegungsprozess der Bazillen beginnt, scheiden diese Giftstoffe aus, die die menschlichen Gewebe durchdringen. Daher bleibt, selbst wenn sie abgetötet sind, die Gefahr für den Patienten

bestehen, daß er der Wirkung dieser Gifte erliegt. Um nun dieser Gefahr zu begegnen, weichen die Einspritzungen des Sanocrysin mit solchen eines Serums ab, das dem Zweck dient, die Wirkung der von den toten Tuberkelbazillen ausgeschiedenen Giftstoffe zu paralysieren. Das ist das besondere Kennzeichen der neuen Behandlung.

In der Regel sieht die Kur 6 oder 7 Einspritzungen der Goldlösung und ebensoviel Serumimpfungen vor. Die Kosten der Behandlung stellen sich annähernd auf 90 Goldmark für jeden Krankheitsfall. Die Dr. Sønder, der Leiter des Bispebjerg-Hospitals, das in der ganzen Welt den Ruf einer Musteranstalt für Lungenerkrankungen genießt, einem englischen Korrespondenten mitteilte, ist Sanocrysin bei frühzeitiger Behandlung von großem Wert. Man hat denn auch in kurzer Zeit schon bemerkenswerte Heilungen erzielt. Aber auch bei alten chronischen Fällen konnte man Besserungen erzielen, unter der Voraussetzung, daß noch große Teile des gesunden Gewebes funktionsfähig waren und die Erhaltung der Patienten noch nicht zu weit vorgeschritten war. Selbst bei manchen Fällen galoppierender Schwindsucht, die normalerweise zum tödlichen Ausgang führen mußten, wurden bei der neuen Behandlung Besserungen beobachtet.

Die Goldbehandlung gegen Tuberkulose ist, wie bisher erwähnt sein mag, schon in anderen Ländern praktisch angewandt worden, ohne daß man indessen von befriedigenden Wirkungen gehört hätte. Es ist immerhin möglich, daß sich die von Professor Moelgaard eingeführte Behandlung von den bisher bekannt gewordenen in wesentlichen Punkten unterscheidet. Inzwischen ist das dänische Gesundheitsamt im Verein mit der Medizinischen Studienkommission mit Untersuchungen beschäftigt, die den Wert der neuen Methode prüfen und feststellen sollen.

Der Fußgänger als Verkehrsleiter. Daß die Gesetzgeber des Straßenverkehrs nicht auf den harmlosen Fußgänger zu sprechen sind und ihn eigentlich für eine überflüssige Erscheinung in der modernen Großstadt halten, ist eine Tatsache, die auch die Berliner jetzt bei der neuen Verkehrsordnung spüren müssen. Aber wir können uns damit trösten, daß es in anderen Ländern nicht anders ist. Der New Yorker Polizeikommissar Enright fordert sogar schwere Strafen für Fußgänger, die ohne ausdrückliche Erlaubnis der Verkehrsbehörden eine Straße zu überschreiten wagen. Die graulichen Strafen, die als Warnungszeichen eines drohenden Todes an den Straßenecken angebracht worden sind, genügen augenscheinlich noch nicht, um die widerpenstigen Fußgänger in Ordnung zu halten und zur Vernunft zu bringen. Die Verkehrsbehörden sind nach der Ansicht dieses Fachmannes nicht dazu da, um als „Kinderfrauen“ des Publikums die Ungeheuerlichkeiten und Zerstreuten aus dem Chaos der Fußgänger zu erretten, sondern sie sollen als Werkzeuge der streng strafenden Obrigkeit jeden Fußgänger, der ihrem Willen nicht gehorcht, beim Kroten fassen und ins Gefängnis abführen. An dem Tod von 300 Menschen, an der Verwundung vieler Tausender, die im letzten Jahr ein Opfer der New Yorker Straßen wurden, sind nicht etwa die Chauffeure oder Kutscher schuld, sondern ganz allein die Passanten, die nicht genügend aufpassen. „Es muß allen Fußgängern auf drastische Weise klar gemacht werden, daß eine belebte Straße ein gefährlicher Aufenthaltsort ist“, laut Enright, „und daß man bei einem solchen Straßenübergang nicht an Geschäfte denken darf, sondern seine fünf Sinne gehörig zusammennehmen muß.“

## Die bayerischen Königsmacher.

Sie warten auf eine günstige Gelegenheit.

Die Presse beschäftigte sich in letzter Zeit wiederholt mit Gerüchten über eine kurz bevorstehende Ausrufung der Monarchie in Bayern. Die bayerische Regierung bezieht sich, die Nachricht zu dementieren, und des offiziellen Regierungsorgan fügte dem Dementi hinzu, die bayerische Regierung denke nicht daran, sich zu einem Schritt hinsetzen zu lassen, der zu der Reichsverfassung im Widerspruch stehe. Das mag für den Augenblick stimmen. Daß die bayerische Regierung auch anders kann, haben aber die Ereignisse im Herbst vorigen Jahres bewiesen, und wenn die heutige bayerische Regierung anders dachte als die v.ahr und Seiber, würden diese Herren heute nicht mehr in bayerischen Diensten stehen. Mißtrauen ist also in diesem Fall nicht nur eine Tugend, sondern auch eine Notwendigkeit.

Das Mißtrauen wird noch bestärkt, wenn man erfährt, daß die monarchistischen Dränger im Lager des „Heimat- und Königsbundes“ sitzen, einer Organisation, der die bayerische Regierung, die Bayerische Volkspartei und Rupprecht von Wittelsbach gleich nahe stehen. Der Führer des Bundes und zugleich schärfste Aktivist ist der bekannte Obergeometer Kanzier. Er war bis vor kurzem der Vertrauensmann und politische Ratgeber Rupprechts, bis er infolge seines unbedachten Drängens auf einen Wink der Regierung hin mehr in den Hintergrund gestellt wurde. Er hatte zu deutlich Farbe bekant.

Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß Rupprecht eine außerordentlich lebhaft monarchistische Propaganda betreibt und sich allenthalben als „König“ feiern läßt. Die bayerische Regierung und der bayerische Verwaltungsapparat leisten ihm bei dieser Tätigkeit jede denkbare Unterstützung ohne Rücksicht auf die Verfassung. Die „Frankfurter Zeitung“ erhebt angesichts dieser Sachlage ihre warnende Stimme und appelliert an die deutsche Gesinnung Rupprechts, der Bayerischen Volkspartei und der bayerischen Regierung. Sie sagt:

Es ist ganz klar, daß ein mittelbairisches Königreich im Rahmen der deutschen Republik nicht bestehen kann. Die Reichsverfassung spricht, wenn sie den Ländern die republikanische Staatsform vorschreibt, nur das Selbstverständnis aus. Ein Teilkönig in Deutschland könnte sich seinem Wesen nach dem bürgerlichen Reichspräsidenten und der verantwortlichen Reichsregierung nicht beugen. Eine gleichzeitige Rückkehr der Hofziersellen aber ist nach dem Willen der großen Mehrheit des deutschen Volks und überdies aus außenpolitischen Gründen völlig unmöglich. So wäre am Tage der Königsproklamation das Reichs- und Verfassungsgefüge gesprengt. Ein neues 1866, ein unfreies staatsliche und wirtschaftliche Existenz und unsere Währung aufs schwerste gefährdender Bürgerkrieg oder die Fehung einer grotesken Reichsgrenze zwischen Schaffenburg und Frankfurt, zwischen Aoburg und Götting, also die Schwächung oder Zerschlagung Deutschlands, wäre die Folge.

Der Appell wird in Bayern bei den Kreisen, auf die es ankommt, kein Echo finden. O ja, sie wissen sehr wohl, was gespielt wird, die Königsmacher um Rupprecht. Aber die Folgen dieses Spiels interessieren sie nur insoweit, als bayerische Interessen dabei in Frage kommen. Wenn das noch eines Beweises bedürfte, so findet man ihn im Organ des bayerischen Ministerpräsidenten und Führers der Volkspartei, im „Regensburger Anzeiger“. Dort wird fast dasselbe ausgeführt wie in der „Frankfurter Zeitung“, nur sind die Schlussfolgerungen ganz andere. Es heißt in dem Blatt:

Die Wiederaufrichtung der bayerischen Monarchie ist eine deutsche Frage und ihr Gelingen ist von der gesamten deutschen Lage abhängig. So wie die Verhältnisse in Deutschland heute liegen, würde eine föderale bayerische Restauration als ein Vorstoß gegen den Reichsgedanken aufgeföhrt werden und die zum Gegenstand auspolende Republik um Bayern herum würde nicht nur Republikaner als Bundesgenossen haben. Der Kampf der bayerischen

Die Internationalen der Intellektuellen. Die dreitägigen Verhandlungen des Internationalen Verbandes der Intellektuellen in Paris wurden durch ein Bankett abgeschlossen, das unter dem Vorsitz des Kammerpräsidenten Painlevé stattfand. 200 Persönlichkeiten der intellektuellen Welt und aus neun verschiedenen Staaten nahmen ihm teil. Sehr stark war Frankreich vertreten. Der Lehrkörper der Sorbonne war fast vollständig erschienen. Auch Frau Curie, sowie der Rektor der Universität Genf waren anwesend. Im Rahmen Frankreichs sprach Professor Emil Borel, der den Vorsitz des Verbandes übernommen hat.

Nach ihm sprach Kammerpräsident Painlevé. Dieser betonte, daß zum ersten Male nach dem Kriege in einer Rundgebung, die dem Ausgleich zwischen den Völkern diene, alle Parteien vertreten seien. Das sei ein günstiges Vorzeichen für den Kampf, den man führen müsse, vor allem gegen das Mißtrauen, das hervorgerufen sei aus der Unkenntnis der Völker untereinander. Der Intellektuelle müsse dieses Mißtrauen beseitigen, denn er versegue sich an seinem Volke, wenn er sich dieser Aufgabe nicht widme. Nach dem Kriege hätten sich die Völker gewissermaßen in der Dunkelheit gelockt. Nur so könnte man den Mißtrauen erklären, der verschwinden werde, wenn man Aufklärung verbreite. Diese Aufklärung müsse durch die Intellektuellen aller Nationen erfolgen unter Wahrung ihrer nationalen Eigenheiten. Der wirtschaftliche Austausch sei notwendig, der intellektuelle aber sei eine Vorbedingung für den letzteren. Deshalb erwache der Wissenschaft, der Kunst und dem Unterricht eine große Aufgabe, damit endlich die künstlichen Barrieren fallen, die die Völkervereinigung aufhalten.

Im Namen der deutschen Vertretung, die den Verhandlungen beigewohnt hat, sprach Kurt Wolff-Weipria. Er betonte die Kulturgemeinschaft zwischen den europäischen Völkern.

Eine Notgemeinschaft des Dramatischen Theaters. Das künstlerische und technische Personal des Dramatischen Theaters, dessen Vone durch den Zusammenbruch ins Unbewußte gestürzt ist, hat beschlossen, weiter zu spielen. Vom Freitag bis Montag wird die „Komödie in Rosa“ gegeben. Sonntags nachmittags Aufführung von „Domestikus“ und „Robert Guiscard“. Die Preise sind äußerst niedrig; für die Abendvorstellung 1 M. bis 1.50 Mark, nachmittags 80 Pf. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet von der organisierten Arbeiterklasse rege Unterstützung.

„Inter meyo“, die neue Oper von Richard Strauß, die in Dresden mit großem Erfolg aufgeführt wurde, wird auch in der Berliner Staatsoper gegeben werden.

Keine Staatsoper für das Dramatische Theater. Gegenüber einer Behauptung im Revillon des „Berliner Tageblatts“ wird amtlich erwidert, daß für das Dramatische Theater keinerlei praktische Staatsoper zur Verhängung geföhrt worden sind, weder Herrn Dietels, noch Herrn Geßl vom Bühnenhofbau.

Neue Edelsteine. In Südrussland sind in jüngster Zeit, wie aus Simbirsk berichtet wird, einige besonders große Diamanten gefunden worden. Bei Gomp-Gomp, 12 km von Baris-Bel, fand ein Gräber einen Diamanten von 110 Karat; derselbe Gräber entdekte kurz darauf einen anderen Diamanten von 45 Karat, für den er 900 Pfund erhielt. In dem Gebiet des Don-Aufles wurde ein Diamant von 127 Karat Gewicht gefunden, der 250 Pfund brachte.

Monarchie mit dem Reich wird schon um deswillen unvermeidbar, weil sich aus den spärlichen Souveränitätsrechten, über die Bayern zurzeit verfügt, eine königliche Souveränität nicht konstruieren läßt. Man kann doch dem König von Bayern nicht zumuten, sich mit der Rolle eines Staatspräsidenten in einem Staate zu begnügen, der über keine eigentliche Finanzhoheit, keine Verlehrshoheit und keinerlei Militärhoheit verfügt. All das ist doch nur denkbar, wenn der wiederkehrende König zugleich auch der Wiederbringer dieser staatlichen Rechte ist. Der bayerische König „im Reich Eberl“ müßte also zum mindesten für Bayern die Reichsverfassung außer Kraft setzen. Angenommen, der Akt vollzöge sich ohne Widerstand im Innern Bayerns, was unwahrscheinlich ist. Dann aber würde sich erst zeigen, ob das Reich nicht bloß auf dem Papier steht. Der im Volk lebende Königsgedanke ist ein kostbares Element des trotz aller Zeitumstände weiterlebenden und weiter kämpfenden Staatsgedankens. Darum gehört die Pflege des Königsgedankens zu den Aufgaben einer um die Stärkung des bayerischen Staatsgedankens bemühten bayerischen Politik. Eine solche Politik ist aber auch verpflichtet, den Königsgedanken im Volke vor politischen Verirrungen zu bewahren. Es handelt sich hier um letzte Reserven bayerischer Staatskraft. Wer es unternähme, sie nutzlos zu vergeuden, würde trotz seines glühenden Herzens für Bayern zum tragischen Verhängnis, zum Totengräber nicht nur der Monarchie, sondern auch des bayerischen Staatsgedankens werden.

Man ist dem Blatt des bayerischen Ministerpräsidenten für diesen Artikel Dank schuldig. Er schafft Klarheit. Ohne alle Vorbehalte stellt er fest, daß der bayerische Partikularismus und die bayerische Monarchie auf Leben und Tod miteinander verbunden sind. Eine vorzeitige Proklamation der bayerischen Monarchie, die auf einen überlegenen Widerstand des Reiches stoßen würde, würde zu gleicher Zeit auch den Tod des bayerischen Partikularismus bedeuten. Deshalb die äußere Referre in der Königsfrage! Ein Sieg aber der bayerischen Richtlinie in der Frage einer Abänderung der Weimarer Verfassung würde nicht nur einen Sieg des bayerischen Partikularismus, sondern zu gleicher Zeit auch den Sieg des Königs Rupprecht bedeuten. Deshalb bewegt sich die bayerische Politik augenblicklich in der Linie des geringeren Widerstandes. Man kämpft um die Abänderung der Weimarer Verfassung.

Das zeigt, welche Bedeutung der Dentschrift der bayerischen Regierung über die Abänderung der Weimarer Verfassung zukommt. Bringt der neue Reichstag eine Reichsregierung, die bereit ist, den Bahnen der bayerischen Regierung zu folgen, dann sieht das zu befürchten, was die „Frankfurter Zeitung“ andeutet. Nur wenn die Neuwahlen dem Reichstag eine entschiedene republikanische Mehrheit bringen, wird es möglich sein, den bayerischen Partikularisten und Königsmachern die Antwort zu geben, die sie verdienen, wenn sie es nicht vorziehen, von selbst die Konsequenzen aus diesem Volksentscheid zu ziehen.

## Neue Kommunistenprozesse.

Furchtbare Strafen und Strafanträge.

Leipzig, 6. November. (Eigener Drahtbericht) Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts als Staatsgerichtshof fand am Donnerstag ein Nachspiel des bekannten Königsberger Kommunistenprozesses statt. Eine größere Zahl von Kommunisten hatte sich wegen einer schuldlichen Wasserverschöbung zu verantworten. Als sie damals von der Polizei überführt wurden, gab der Hauptangeklagte Segger mehrere Schüsse auf die Polizeibeamten ab, ohne allerdings zu treffen. Der Rechtsanwält beantragte gegen Segger sechs Jahre Zuchthaus, gegen vier weitere Angeklagte mehrtägige Gefängnisstrafen.

Leipzig, 6. November. (Eigener Drahtbericht) Im Prozeß gegen die Kommunisten Dudding und Heimberg aus Hamm (Vorbereitung zum Hochverrat) erklärten am Donnerstag die beiden Angeklagten nach Abkühl der Vernehmung, daß sie sich keiner strafbaren Handlung bewußt gewesen seien. Die Aussagen der als Zeugen vernommenen Polizeibeamten bestätigten die Anklage. Die übrigen Zeugen, die am Donnerstag vernommen wurden, blieben unwirksam, weil der Verdacht besteht, daß sie sich selbst der Teilnahme am Verbrechen der Vorbereitung des Hochverrats schuldig gemacht haben. Der Rechtsanwält, der in Duldner den Kurier der KPD, zwischen dem unbefragten und befragten Gebiet steht, vertrat in seiner Anklage den Standpunkt, daß die zwei Zimmer des Ehepaars Richter das Versammlungsort der Leitung der KPD in Hamm waren, nachdem das Partikelot aufgehoben war. In Anbetracht der Vorstrafen der beiden Angeklagten beantragte der Staatsanwalt je vier Jahre sechs Monate Gefängnis und je 500 M. Geldstrafe unter Anrechnung an neun Monaten der Untersuchungshaft. Er billigte beiden Idealismus zu und nimmt von Heimberg an, daß er entgegen seiner inneren Überzeugung sich der Parteidisziplin fügte und an den kommunistischen Zerlegungsversuchen der Reichswehr und Schutzpolizei beteiligt gewesen sei. Das Urteil wird am Freitag nachmittags verkündet werden.

## Ein Fememörder geflüchtet.

München, 6. November. (Zl.) In der vergangenen Nacht ist aus dem Krankenhaus in Straubing der Zuchthausgefangene August Zwengauer, Student, entwichen. Zwengauer war im August 1928 wegen Ermordung des Studenten Gaur zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus benachigt worden. Er ist schwer niederleidend und sollte in den nächsten Tagen operiert werden. Wahrscheinlich hat er bei der Flucht Hilfe gehabt.

## Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Um das russische Außenhandelsmonopol.

Die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland sollen nach Aufzählungen eines Sonderberichtes nicht nur den Abschluß des Handelsvertrages vorbereiten, sondern auch eine ganze Reihe anderer Fragen klären. Es handelt sich in der Hauptsache um Konsular-, Schiffsverkehrs- und Eisenbahnfragen, Zoll- und Steuerpolitik, Konzessionsverträge, Auslieferungs- und Bahnungsrecht, Schiedsgericht, Erb-, Familien- und Patentrecht, sowie die Regelung von Privatverträgen, Erfinderschutz und die Auslieferung von Verbrechern. Sämtliche Verträge sollen zu gleicher Zeit in Kraft treten. Die Verhandlungen sollen, nachdem sie bis jetzt in Berlin stattgefunden haben, nunmehr nach Moskau verlegt werden, wo auch das Abkommen vorwiegend unterzeichnet werden wird.

Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen, zum mindesten noch vor Mitte November, beginnen. Man rechnet in deutschen Kreisen mit der russischen Forderung auf Anerkennung des Ausführungsmonopols. Demgegenüber legt Deutschland Wert auf die Möglichkeit der unmittelbaren Verbindung zwischen Bestellern und Lieferanten.

## 2000 Mark Geldstrafe!

Für den Beleidiger eines „Agl.“ Kommerzienrats.

München, 6. November. (Eigener Drahtbericht) Vor dem Amtsgericht München fand am Donnerstag eine Beleidigungssache des Kommerzienrats und Tabakfabrikanten Jenz statt, die sich gegen den verantwortlichen Redakteur des „Miesbacher Anzeiger“, den Vater Stempfle, richtete. Er hatte im März dieses Jahres in einem Artikel „Der große Krummh“ Jenz vorgeworfen, als den Einberufer der Bürgerbräu-Versammlung am 8. November 1923 den Generalkommissar Rahr dort hingelockt zu haben, um Hitler und seinem Kampfbund die Gelegenheit zum Überfall zu geben. Der Artikel hatte die Rolle Jenz mit seiner Zugehörigkeit zur Freimaurerei im Zusammenhang gebracht.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte es als sein gutes journalistisches Recht, die Freimaurerei zu bekämpfen, und verwies auf die Tatsache, daß Rahr selbst überrascht war, als er die große Versammlung im Bürgerbräueller antrot, weil man mit ihm nur abgemacht hatte, in einem kleinen Kreis geübener Gäste zu sprechen. Rahr sei auch nicht von dem Plan unterrichtet gewesen, ihn nach dem Vortrag mit Hitler in der Wohnung des Jenz zusammenzuführen, um eine Verbindung der Beiden herbeizuföhren. Als Rahr davon erfahren hat, habe er diese Zusammenkunft abgelehnt. Eigentümlich sei, daß bis heute die wichtige Frage noch nicht geklärt sei, wer jener kleine Kreis von „vaterländisch“ gesinnten Männern gewesen sei, der die Bürgerbräu-Versammlung vorbereitet und organisiert habe.

Der Kläger Jenz gab nun zunächst Auskunft über seine geldgeberische Tätigkeit in den vaterländischen Verbänden und behauptete, daß er auch das erste Geld zur Gründung der Einwohnerwehr gegeben habe. Niemand habe er aber seine finanzielle Hilfe abhängig gemacht von einem Einfluß auf die vaterländischen Verbände. Auch Herr v. Rahr, den er als Freund verehere, habe er niemals zu beeinflussen versucht. Die Organisation der Bürgerbräu-Versammlung habe er auf Wunsch des Pressechefs Rahre, des Chefredakteurs Schiedt, und der Leiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Gerlich und Cohnmann, übernommen, wobei diese Herren ihm gesagt haben sollen, Rahr wolle in einer Versammlung vor den Spitzen der Münchener Gewerkschaften die Grundzüge seiner Politik darlegen. Darüber habe er sich um so mehr gefreut, als man damals von Rahr selbst kein zusammenhängendes Bild seiner politischen Grundzüge gehabt habe. Die Unterredung zwischen Rahr und Hitler sei ihm von dem Kampfbund-Führer Kriebel vorgeschlagen worden. Es sei Wumpich zu behaupten, daß er im Auftrage gehelmer Oberer des Freimaurerordens gehandelt habe. Solche Obere gebe es nur in den romanischen Freimaurerlogen.

Als Zeuge war u. a. Rahr geladen. Er hätte aber abgelehnt, zu erscheinen, weil er an Bronchitis erkrankt und im übrigen an seine Schweigepflicht gebunden ist. Der Zeuge Schiedt, von dem die beruhigende Rede Rahr's stammt, gab an, daß er zusammen mit Gerlich und Cohnmann auf den Gedanken der Versammlung gekommen sei. Da ihm Jenz als bewährter Organisator von Versammlungen bekannt war, hätten sie sich an ihn gewandt und seine Zusage erhalten. — Der Zeuge Kriebel, der vor dem Amtsgericht in Landsberg vernommen wurde, erklärte, daß der Aufstoß zu dem Pulsch durch die Ablehnung Rahr's, sich mit Hitler auszusprechen, gekommen sei. — Die übrigen Zeugen, Gerlich und Cohnmann und Professor Alexander von Müller, bestätigten die Aussage des Zeugen Schiedt und erklärten, daß der Zweck der ganzen Bürgerbräu-Versammlung gewesen sei, endlich eine Verständigung zwischen den vaterländischen Verbänden herbeizuföhren. (Zum Abschluß nach Berlin! Die Red.)

Das Urteil lautete gegen Stempfle wegen Übler Nachrede auf 2000 Mark Geldstrafe bzw. 20 Tage Gefängnis.

Einige Stichproben aus dem letzten halben Jahr ergeben folgendes Resultat: Es wurden verurteilt:

Major Weberstedt wegen Beleidigung des preußischen Innenministers zu	100 M. Geldstrafe
Frhr. v. Raigabn wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu	100
Graf Garbenberg wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu	100
Kornwiespacher Hofkämmerer wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu	150
Rektor Bohnenkamp wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu	500
Volontär Berner wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu	500
Dr. Tafel wegen Beleidigung des Generals v. Seekt zu	1000
Vater Stempfle wegen Verleumdung des Agl. Kommerzienrats Jenz zu	2000

Der Weg vom Reichspräsidenten zum Königl. Kommerzienrat ist weit und die Richter der Republik wissen das offenbar wohl zu würdigen.

## Umkehr!

Nach unter den Studenten.

Die stärkste Stütze der völkischen Bewegung waren bisher die Hochschulkreise. Der Hitler-Büch zeigte, wie groß der völkische Einfluß auf die Studenten war. Aber auch das hat sich letzter grundlegend geändert. Die völkische Hochschulkreisjugend ist im „Hochschulring“ vereinigt. Wie es in diesem Ring heute aussieht, darüber bringt die „Germania“ interessante Ausführungen. In einem längeren Artikel des Blattes heißt es:

„Bei dem Hochschulkreis deutscher Art zeigen sich deutliche Anzeichen der inneren Zersetzung. Vom 21. bis 23. Oktober dieses Jahres tagte die Vertreterversammlung des Hochschulringes in Spandau, um die Bilanz des vergangenen Jahres zu ziehen. Das Bild, das man aus den Berichten und der Kritik der Vertreter der Ortsverbände gewann, mußte für die bisherigen Führer direkt niedererschmetternd sein. Die vielen Sprecher aus dem ganzen Reich machten kein Hehl daraus, daß jede Lust an praktischer Mitarbeit, jedes Interesse und Verständnis unter den eigenen Mitgliedern vollständig erloschen sei. Der tiefere Grund hierfür besteht wohl in dem Streit der verschiedenen Richtungen. Es gibt nämlich einerseits die Gruppe der „Aktivisten“, die da meinen, die akademische Jugend müsse durch aktives politisches Herortreten „nationalen Schwung“ in die Politik bringen. Andererseits die Gruppe derer, die im Hochschulring lediglich eine stille Erziehungsanstalt sehen. Auch die zweite Gruppe, die bedeutend ernster zu nehmen ist als die Aktivistengruppe, übersieht, daß eine gegenzeitige freiwillige Erziehung nur auf dem Boden einer Gesamtorganisation denkbar ist. Gerade hier liegt aber ein weiterer schwacher Punkt des Hochschulringes; sein außerordentlich dehnbares und rein phrasologisches Programm läßt in entscheidenden Dingen eine durchaus entgegengekehrte Auffassung zu, so daß sich Anhänger von verschiedenen politischen Parteien auf dieses Programm „einigen“ konnten.“

Was bleibt Ludendorff übrig, wenn ihm jetzt auch noch die Studenten davonlaufen? Einige beschäftigungslose Offiziere a. D. und eine Korona von Ghnaffelsten, die noch nicht trocken hinter den Ohren sind! Das heißt, der Offiziere ist Ludendorff, sei er den Äini angerepelt hat, auch nicht mehr ganz sicher. Er bereitet offenbar nach dem Muster seines kaiserlichen Herrn die „splendid isolation“ vor.

# Gewerkschaftsbewegung

## Sinken der Reallohne im September.

Nach den amtlichen Feststellungen haben sich die Tariflöhne, berechnet für den Bergarbeiter, den Bauarbeiter, den Holzarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter (männliche und weibliche), Fabrikarbeiter in der chemischen Industrie, Fabrikarbeiter in der Papiererzeugungsindustrie, den Buchdrucker und den Reichsbetriebsarbeiter im September abermals zu Ungunsten des Reallohnes entwickelt. Die im Monat September 1924 vorgenommenen Lohnerhöhungen kommen im Durchschnitt so wenig zum Ausdruck, daß sich keine Änderung des Nominallohnes ergibt. Der Stundenlohn der gelernten Arbeiter ist gleich 70 Pf. und entspricht nach der amtlichen Statistik einem Reallohn von 60 Pf. = 92,3 Proz. gegenüber dem Friedensstand. Für den ungelerten Arbeiter ergibt sich ein Stundenlohn von 50 Pf. gleich einem Reallohn von 43 Pf. = 104,9 des Vorkriegslohnes.

Wird die Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre mit berücksichtigt, so ergibt sich im September im günstigsten Falle, d. h. bei Einstellung der tarifmäßig zulässigen Arbeitszeitverlängerung, ein Durchschnittswochenlohn für den gelernten Arbeiter von 35,83 M. gegen 35,76 M. im Vormonat und für den ungelerten von 27,33 M. gegen 27,35 M. im Vormonat. Diese Nominallöhne sind nur um 7 bzw. 3 Pf. höher als im Vormonat. Infolge stärkerer Verteuerung der Lebenshaltung ist die Kaufkraft der Wochenlöhne gleichmäßig um 2,5 Proz., also auf 30,52 M. (im Vormonat 31,29 M.) gesunken. Der Reallohn beträgt nach Berechnung des Reichsstatistischen Amtes heute, gemessen an den genannten Arbeiterkategorien, für den gelernten Arbeiter 88,9 Proz. gegen 91,1 Proz. im Vormonat und für den ungelerten Arbeiter 97,2 Proz. gegen 99,7 Proz. im Monat August. Stellt man aber durchweg die 48stündige Arbeitszeit ein, so ermäßigen sich die vorstehenden Sätze auf 29,07 M. Wochenlohn für den gelernten Arbeiter = 84,6 Proz. des Realvorkriegslohnes (gegen 86,8 Proz. im Monat August) und für den ungelerten Arbeiter auf 22,23 M. Wochenlohn gleich 92,6 Proz. des Realvorkriegslohnes (gegen 95 Proz. im August).

Die Teuerungswelle hat also einen weiteren Druck auf den Reallohn ausgeübt, da die Lohnerhöhungen zu minimal geworden sind, um die Preissteigerungen auszugleichen. Selbstverständlich bedeutet diese Entwicklung eine abermalige Einschränkung der Kaufkraft und Verschärfung der Krise.

Diese tritt um so mehr in Erscheinung, als die amtlichen Berechnungen anzuzweifeln sind. Sie kommen oft zu Reallöhnen, die über Friedensstand liegen. Das ist aber nur möglich, weil die Berechnungen des Reichsstatistischen Amtes in vieler Beziehung auf fehlerhaften Grundlagen beruhen. Wir haben wiederholt darüber genaues Material veröffentlicht und sind erstaunt, daß das Reichsstatistische Amt weder selbst eine Nachprüfung seiner statistischen Grundlagen vorgenommen hat, noch dazu veranlaßt worden ist. Wir begrüßen es daher, daß die vom ADGB. in dieser Richtung unternommenen Arbeiten fortgesetzt werden. Hier muß endlich einmal Klarheit geschaffen werden.

Der ADGB. hielt am Donnerstag eine Sitzung der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände ab, die sich mit der Frage des Lebenshaltungsindezes beschäftigte. Eingeladen waren Vertreter der Reichsindexkommission und eine Reihe von Indexspezialisten. Die Erörterungen bewegten sich im Rahmen der Forderung, die wir bereits veröffentlicht haben. Sie ergaben völlige Einmütigkeit über die Taktik, die in den kommenden Verhandlungen mit der Regierung eingeschlagen werden soll.

## Ausnahmerecht für die Reichsbahnarbeiter.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft verfennt an die Reichsbahndirektionen einen Erlaß, dessen Stil und Inhalt Symptome dafür sind, daß sich in der Leitung der Reichsbahn durch die Umwandlung des Unternehmens in eine Gesellschaft in gewissen Beziehungen gar nichts geändert hat.

Der Erlaß verkündet, daß auch nach der Umgestaltung der Betriebsform der Reichsbahn beim Personalabbau nach den Bestimmungen der Personalabbauverordnung zu verfahren ist und daß die Reichsbahngesellschaft demgemäß, gestützt auf § 16 Ziff. 4 des Reichsbahngesetzes, auch in Zukunft die Anwendung des Artikels 16 der Personalabbauverordnung, insbesondere die Aufhebung der Vorkaufsrechte des § 80 Ziff. 4 des Betriebsrätegesetzes in Anspruch nimmt. Im gleichen Zusammenhang beansprucht die Reichsbahngesellschaft ferner die Anwendung des § 21 Abs. 2 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter mit der Maßgabe, daß als oberste Reichsbehörde im Sinne dieser Bestimmung der Herr Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft gilt.

Ueberlegt man diese Erlaßsprache in ein praktisch verwertbares Deutsch, so bedeutet diese Anweisung, daß die Reichsbahngesellschaft sich immer noch im Zustande des Personalabbau befindet und alle Vorteile, die den Verwaltungen durch die Personalabbauverordnung gegeben sind, für sich reklamiert. Sie hat es vor allem für selbstverständlich, daß den Reichsbahnarbeitern durch die Streichung des § 84 Ziff. 4 das Einspruchsverfahren gegen Entlassungen nach dem Betriebsrätegesetz in Zukunft vorenthalten sein soll. Der Hinweis auf das Betriebsrätegesetz bezieht sich darauf, daß nach diesem Gesetz der Reichsverkehrsminister über Beschwerden gegen Entscheidungen der Hauptfürsorgestellen bezüglich der Entlassung von Schwerbeschädigten zu entscheiden hatte. Dieses Recht des Reichsverkehrsministers soll in Zukunft vom dem Herrn Generaldirektor ausgeübt werden.

Diese ausnahmsweise Behandlung glaubt die Reichsbahngesellschaft deshalb fordern zu können, weil der § 16 Ziffer 4 des Reichsbahngesetzes die Gesellschaft berechtigt, für sich die Sonderstellung in Anspruch zu nehmen, die für die Verwaltungen des Reiches und deren Bedienstete auf dem Gebiete des Versicherungs-, Wirtschafts-, Arbeits-, Fürsorge- und Wohnungsrechts jeweils bestehen.

Ueber die Berechtigung dieser „Sonderstellung“ und über das tiefe Unrecht, daß den Arbeitern der Reichsbahn durch ein solches Ausnahmerecht angetan wird, wird später noch zu reden sein, wenn der Reichstag gemäß und zusammengetreten ist. Die Verwaltung der Reichsbahn wird sich in der Hoffnung wiegen, daß der Reichstag auf die von ihr beliebige Gestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen dem Unternehmen und den bei ihm beschäftigten Arbeitern keinen Einfluß hat, weil das Reichsbahngesetz mit seinem § 16 nicht abzuändern ist. Aber es gibt andere Mittel, die im Rahmen der Macht des Reichstages liegen, um diese Sonderstellung der Reichsbahn zu beseitigen. Und wir werden nicht verfehlen, den Reichstag zu gegebener Zeit auf die Wege aufmerksam zu machen, die er zu gehen hat, um dieses an den Arbeitern der Reichsbahn geübte Unrecht aus der Welt zu schaffen.

Diesmal aber wollen wir auf eine andere Eigentümlichkeit des erwähnten Erlasses aufmerksam machen. Nach den rechtlichen Dar-

## Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre!

Am Montag, den 10. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25 (großer Saal):

### Funktionärkonferenz

aller SPD.-Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Wahlen / Unsere Aufgaben

Referent: Genosse Gustav Eckhardt.

2. Aussprache. — Materialausgabe.

Parteiausweis legitimiert.

Das Betriebssekretariat.

Legungen des Erlasses, die wir oben skizziert haben, erfucht dieses Schriftstück die Reichsbahndirektionen, den Eisenbahnsachkammern der Gewerbevereine hier von (d. h. von der dargelegten Rechtsauffassung der Hauptverwaltung der Reichsbahn) allgemein Kenntnis zu geben und auch die Hauptfürsorge entsprechend zu verständigen.

Es berührt uns eigentümlich, daß ein Arbeitgeber — denn etwas anderes ist die Reichsbahngesellschaft in diesem Falle nicht — es wagt, durch seine Organe, die Reichsbahndirektionen, die Gerichte und die amtlichen Stellen der Reichsarbeitsverwaltung von einer bei ihm, dem Arbeitgeber, obwaltenden Rechtsauffassung „Kenntnis zu geben“, und zwar in einer Form, als sei es gar nicht zweifelhaft, daß die Gerichte und die Hauptfürsorgestellen „gehalten“ sind, sich nach dieser Auffassung zu richten. Das klingt, als befände man sich auf einem Kasernenhofe, auf dem die Hauptverwaltung der Reichsbahn den Feldwebel und die unabhängigen Richter die Rekruten darstellt. Wenn es nun aber bei den Arbeitsgerichten Richter gibt, die neben ihrer sicherlich sehr gründlichen Rechtskenntnis auch den alten Unabhängigkeitsstolz des deutschen Richters, von dem in anderen Fällen allerlei Aufhebungen gemacht wird, besitzen, dann müßte diese plumpe Art, mit der hier ein beliebiger Arbeitgeber mit dem Hauptstabe winkt, das Gegenteil von dem bewirken, was sich die Urheber dieses Erlasses wohl davon versprechen. Die Reichsbahnverwaltung scheint auch nicht zu bemerken — oder aber mit diesem Vorgehen zu bezwecken —, daß sie auf solche Weise das Vertrauen der Arbeiter zu den Arbeitsgerichten und Fürsorgestellen erschüttert und damit den Boden zerstört, auf dem diese Organe stehen müssen, wenn sie ihrer Bestimmung entsprechend wirken sollen.

Gegenwärtig schwelen im Gebiete des Reichsbahnunternehmens einige Einspruchsfragen, in denen die Arbeiter unter Bezugnahme auf die Umwandlung des Unternehmens wieder die Anwendung des § 84 Ziff. 4 BRRG. für sich beanspruchen, und an der Art, in der diese Fälle ihre Erledigung finden, wird sich zeigen, welchen Eindruck es auf die Gerichte macht, wenn die Reichsbahngesellschaft ihnen von ihren Rechtsauffassungen „allgemein Kenntnis gibt“.

## Kommunistische Wahlmache.

Die organisierte Arbeiterschaft weiß, daß es sich bei den bevorstehenden Wahlen nicht allein darum handelt, wie die politische Machtverteilung sich in Deutschland gestaltet, sondern auch und in vielleicht noch höherem Maße, wie die Verteilung der wirtschaftlichen Lasten vorgenommen wird, und ob unsere Sozialpolitik weiter ab- oder wieder aufgebaut wird. Die organisierte Arbeiterschaft weiß auch aus Erfahrung, daß bei der Entscheidung über diese wirtschaftlichen Fragen es darauf ankommt, daß die Vertreter der Arbeiterschaft über Kenntnisse und praktische Erfahrungen verfügen und gegenüber den Vertretern der kapitalistischen Interessen als eine geschlossene Macht auftreten. Diese Erkenntnis ist es vor allem, die in den Gewerkschaften wie in der Arbeiterschaft überhaupt eine tiefgehende Bewegung ausgelöst hat, die dahin geht, mit aller Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie am 7. Dezember einzutreten.

Diese Bewegung ist zwangsläufig. Soll die Arbeiterschaft vielleicht den kommunistischen Radaubrüdern, die grundsätzlich gegen jede Parlamentsarbeit sein müssen, die Vertretung der Arbeiterinteressen in den Fragen der Lastenverteilung, der Sozialpolitik, des Schulwesens usw. anvertrauen? Jedes Kind weiß, daß die Kommunisten dazu völlig unfähig sind und daß sie übrigens Feinde aller Reformen sein müssen, wofür sie Feinde der Demokratie sind. Es wirkt deshalb nur noch komisch, wenn die „rote Fahne“ sich darüber entrüstet, daß die Gewerkschaften sich für die Wahl von Sozialdemokraten einsehen. Am Dienstag hat sie einen seitenlangen Aufruf eines „Reichsarbeitsausschusses der revolutionären Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht. Dieser Aufruf der abgepoltenen kommunistischen Organisationshelfer, über deren Bedeutungslosigkeit auch in der SPD. kein Zweifel besteht, ist weiter nichts als eine im Rahmen des gehaltenen Auffordern, keine Sozialdemokraten zu wählen und nur für die SPD. zu stimmen. Wir lassen diesen „Heuchlern“ der Einheitsfront dieses Vergnügen. Dann sollen sie uns aber auch mit ihrer Enttäuschung vom Halbe bleiben!

Achtung, Buchbinder in Buchdruckereien! Die Differenzen im Buchdruckgewerbe sind noch nicht beigelegt. Wir erinnern daher an unsere Notiz in der Dienstag-Abendausgabe des „Vorwärts“.

Die Brandenleitung.

## Der Lohnstreit im Buchdruckgewerbe.

Mittwoch und Donnerstag fanden im Reichsarbeitsministerium die angekündigten Verhandlungen zur Schlichtung des Lohnstreites im Buchdruckgewerbe statt. Die Verhandlungen, die vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums zunächst getrennt mit beiden Parteien gepflogen wurden, führten zu keinem Ergebnis und mußten schließlich resultatlos abgebrochen werden. Um den Weg zu neuen Verhandlungen, d. h. zur Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens frei zu bekommen, zogen die Unternehmer den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des am 30. Oktober gefällten Schiedsspruchs zurück. Wie wir erfahren, ordnete das Reichsarbeitsministerium ein neues Schiedsverfahren an, das voraussichtlich heute oder morgen zur Durchführung gelangen dürfte.

Bei der Organisationsleitung der Buchdrucker laufen fortgesetzt Briefe und Telegramme ein, die ein unbedingtes Festhalten an der gefällten Lohnforderung verlangen. Die Gehilfschaft hat überall durch einmütiges Vorgehen entsprechend den von den Organisationsleitungen getroffenen Maßnahmen gezeigt, daß sie entschlossen ist, den hartnäckigen Standpunkt der Unternehmer zu brechen.

Im Unternehmerlager scheint es, besonders in Berlin, bereits drunter und drüber zu gehen. Man weiß die zahlreich vorliegenden Arbeiten innerhalb der regulären Arbeitszeit nicht zu bewältigen und versucht, die Belegschaften, vor allem in den großen Zeitungsbetrieben, mit allen Mitteln zur Leistung von Überstunden und Extralöhnen zu bewegen. Allerdings erfolglos. Das wird für das Buchdruckpersonal um so mehr als Ansporn gelten, einig und geschlossen die Maßnahmen durchzuführen, die notwendig sind, um zu einem angemessenen und annehmbaren Lohnvertrag zu kommen.

## Ergebnislose Verhandlungen mit der Omnibusgesellschaft.

In der Lohnbewegung bei der Berliner Omnibusgesellschaft fand am Donnerstag die Einigungsverhandlungen vor dem Schlichter gescheitert. Es findet nun heute morgen 8 Uhr eine neue Sitzung statt, wo der Streitfall vor einer Schlichtungsinstanz zum Austrag gebracht werden soll.

## Achtung, SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Die Nr. 1 der Betriebszeitung „Der Kämpfer“ ist erschienen und sofort vom Betriebssekretariat, Lindenstr. 3, 2 Hof, 2 Tr., in Empfang zu nehmen. Besonders die Vertreter der Mittel- und Kleinbetriebe werden ersucht, das Material abzuholen. Parteilosheit mitbringen!

## Niedriger hängen!

Das Vorrang-Wochenblatt brachte am Sonntag in seinem Anzeigenenteil an zwei Stellen der vierten Seite folgende Aufforderung:

### Mitglieder!

Stellt nur rechtsgerichteten antimarxistisches Personal ein! Das ist die wirksamste Arbeitslosenfürsorge.

Zweck der Uebung ist, dem stellunglosen „rechtsgerichteten“ Personal zu zeigen, daß die Geister-Gruppe bemüht sei, es in Stellung unterzubringen. Die Arbeitsbeschaffung ist wirkungslos die wirkunglose Arbeitslosenfürsorge. Die „Wahrscheinlichkeiten“ scheuen zwar nicht davor zurück, einen linksgerichteten Arbeiter oder Angestellten außer Arbeit zu bringen und keine Stelle einem rechtsgerichteten Völlischen — oder doch einem, der so tut, um in Stellung zu kommen — zu verschaffen. Allein die Gelegenheit, die sie dazu haben, ist nicht gar groß. Dabei haben sie obendrein meistens Recht, indem entweder die Arbeitsbedingungen derart schlecht sind, daß diese selbst der rechtsverblödete Kuli nicht ertragen kann oder aber die Arbeitsleistungen des „rechtsgerichteten“ Personals sind derart, daß der Unternehmer nicht lange davon Gebrauch machen kann. Bleibt nur übrig, diese Seite der völlischen Methode des Arbeitnehmers auszuzeigen und die niedrige Art ihrer „wirksamen“ Arbeitslosenfürsorge durch Arbeitslosmachung linksgerichteter Arbeitnehmer tiefer zu hängen. Na, wenn sie könnten, wie sie wollten, diese völlischen Schmarohler!

## Buchdruckerstreit in Essen.

Essen, 6. November. (Eca.) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung und der Essener Anzeiger konnten gestern infolge Streiks ihrer Buchdrucker nicht erscheinen. Wie die genannten Blätter mitteilen, erfolgte die Arbeitsniederlegung unter Geltendmachung „ungehörlicher Lohnforderungen“.

Die Lohnverhandlungen im oberhessischen Bergbau sind infolge der Weigerung der Arbeitgeber, Lohnerhöhungen zu bewilligen, ergebnislos verlaufen.

Im Lohnstreit der Transportarbeiter im Großhandel Essen, Duisburg, Mülheim a. d. Ruhr wurde durch den Schiedsspruch des Schlichters von Westfalen der Spitzenlohn vom 6. November ab auf 34,50 M. für die Woche festgesetzt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 12. November.

Vertreter der Gemeinden und Gemeindearbeiter von Rheinland-Westfalen nahmen einen Schiedsspruch an, durch den im Wirtschaftsgebiet I der Spitzenlohn 70 Pf. für die Stunde beträgt. Die sozialen Zulagen bleiben bestehen.

## Graphisches Gewerbe.

Seute ab 5 Uhr nachmittags im Restaurant Hennina, Alexandrinenstr. 44, Abholung von Werbematerial. Wir bitten unsere Funktionäre, dafür zu sorgen, daß für jeden Betrieb Abholung erfolgt.

Der graphische Werbetauswah. J. U. Otto Hiedler.

## Achtung, Siemens-Betriebe!

Seute, Freitag, nachm. 4 1/2 Uhr, im Lokal von Lange, Siemensstadt, Rottendamm-Allee. Ede Reichstags-Versammlung aller SPD.-Genossen. Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen und die Arbeiterschaft. Ref.: Gen. C. Barth. Empfindliche Stimmen durch Genossen einzuführen werden. Der Fraktionsvorsitzend.

Deutscher Bauergewerksbund, Fördergruppe des Käpfers. Seute, Freitag, nachm. 10 Uhr, in den Reichsbahn-Hallen, Landwehrstr. 21, außerordentliche Mitgliederversammlung. Berichtserstattung über den Schiedsspruch und weitere Beschlußfassung. Die unorganisierten Kollegen sowie die andere Organisationsstellen sind hiermit eingeladen. Die Nachmittagsleistung.

Verantwortlich für Politik: Graf Hentze; Wirtschaft: Felix Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Stelmer; Funktionäre: Dr. John Schimanski; Lokales und Sonstiges: Felix Reichardt; Anzeigen: Ed. Gled. sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Hertz 2 Beilage.

Sie erhalten heute wie vor 30 Jahren, eine traditionelle Halpous-Cigarette aus rein orientalischen Tabaken, für

**Halpous** 2 1/2 ohne M.

m. Gold ohne M. KON LINON

# Der Rechtsbruch des Paulsen-Abbaus.

## Die gekränkte Stadtverordnetenmehrheit läßt die Sitzung auffliegen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab es wieder Krach. Gestern machten ihn nicht die Kommunisten, sondern die Deutschnationalen. Moskowiter und Schwarzweißrote stehen in diesem Punkt einander nicht nach. Bei der Besprechung der von der sozialdemokratischen Fraktion an den Magistrat gerichteten Anfrage wegen der Stellenziehung Benede-Helmke stießen die Bogenläse auseinander. Oberbürgermeister Böß wollte Helmkes Abschiebung an das Fachschulwesen als „einfache Verwaltungsmaßnahme“ hinstellen. Ihm erwiderte Genosse Dr. Wehl, daß dabei die Verwaltung des Fachschulwesens nicht gewinnen kann. Unser Redner zeigte den Zusammenhang mit dem Abbau des Oberstadtschulrats Paulsen. Als er die Auffassung unterstrich, daß Paulsens Abbau ein schamloser Rechtsbruch sei, erhoben Pfarrer Koch und seine Leute ein wütendes Geschrei. Genosse Wehl setzte ihnen auseinander, wie der Abbau unseres Genossen Paulsen gegen die Vorschriften der Abbauperordnung verstößt. Sie stießen noch den Oberbürgermeister antworten, bann aber forderten sie Vertagung, weil die Versammlung durch den Vorwurf des schamlosen Rechtsbruchs beleidigt worden sei. Viele von ihnen hatten schon „enttäuscht“ den Saal verlassen, um Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Die Rechte brauchte den Krach und war entschlossen, ihn durchzusetzen. Der Vorsitzende Genosse Haf schlug vor, die Sitzung zu unterbrechen, damit aus dem Stenogramm der Vorläut der Ausführungen Wehls festgestellt werden könne, Herr Koch traktierte, das sei „ein unerhörtes Verfahren“. Schließlich ließ der Vorsitzende über den Vertagungsantrag abstimmen und die Schreier aus dem Saal jagen, die Sitzung in Beschlußunfähigkeit enden zu sehen. In diesem Streich beteiligte sich fast die gesamte bürgerliche Mehrheit, auch das Zentrum; nur die Demokraten machten nicht mit.

Der Vorsitzende Genosse Haf gab zu Anfang der gestrigen Stadtverordnetenversammlung eine Anzahl von Dringlichkeitsanträgen und Anfragen bekannt. Der Antrag unserer Genossen, die „Reinigung“ des Schiller-Denkmales betreffend, wurde ohne Aussprache sofort angenommen, ebenso ein Antrag der Demokraten, den Magistrat zu ersuchen, in Sachen des Entwurfs einer neuen Verkehrsordnung keine Beschlüsse zu fassen, so lange nicht die städtischen Körperschaften nach Anhörung aller beteiligter Interessententeile ihre Entscheidung getroffen haben. Auch ein Antrag der Deutschnationalen, den Magistrat um die unverzügliche Vereinstellung von Ritteln zu ersuchen, um die durch die Hochwasser am Rhein und Main Geschädigten zu unterstützen, fand keinen Widerspruch; die Abstimmung wurde verschoben. Unter den Anfragen befand sich eine der Kommunisten, die zu wissen wünschten, weshalb der von ihnen an Stelle von Dürr präferierte Stoll noch immer nicht in den Aufsichtsrat der Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. berufen ist. Für den aus der Versammlung ausgeschiedenen Stadtdirektor Brenzel ist Oberstudiendirektor Hildebrand (Dem.) eingetreten.

### Der Fall Helmke-Benede.

Zur Verhandlung gelangte zunächst die Anfrage unserer Genossen vom Oktober: „Durch Beschluß des Magistrats ist der bisherige Dezernat für das höhere Schulwesen, Herr Magistrats-oberschulrat Dr. Helmke, der im Berufsschulwesen noch nie tätig gewesen ist, gegen seinen Willen mit der Leitung des Berufs- und Fachschulwesens betraut worden; der Studienrat und unbesoldete Stadtrat Benede dagegen hat neben der Gesamtvertretung des Stadtschulrats und seinen sonstigen Dezernaten im besondern die Leitung des höheren Schulwesens erbalten. Welche sachlichen Gründe haben diese Maßnahmen veranlaßt?“ Der Vorsitzende verlas eine der Versammlung hierzu vom Magistrat zugewandene Zuschrift, wonach durch den Abbau mehrerer Magistratsmitglieder eine neue Verteilung der Dezernate notwendig geworden sei. Herr

Benede habe schon den Vorsitz in der Schuldeputation innegehabt, da lag es nahe, ihm, der aus dem höheren Schulwesen hervorgegangen sei, dieses Dezernat zu übertragen. Dadurch wurde es möglich, Herrn Helmke das lange verwaltete Dezernat für das Fach- und Berufsschulwesen zu übertragen, wodurch zugleich die Ersparnis einer Stelle erreicht wurde. Nachdem Genosse Dr. Wehl die Anfrage verlesen, antwortete Oberbürgermeister Böß: Es handelt sich um

### eine einfache Verwaltungsmaßnahme,

die aus der Sachlage gegeben war. Wir haben drei Schuldezernate, je eins für das höhere Schulwesen, das Fach- und Berufsschulwesen und das Gemeindefachschulwesen. Da Herr Benede selbst höherer Schulbeamter ist und weil es sich nur um eine vorläufige Regelung handelt, war es leichter, ihm das höhere Schulwesen zu übertragen, nicht so leicht, ihm das Fachschulwesen zu geben, weil er alle anderen Schuldezernate auch zu leiten hatte. Unter diesen Umständen, da es sich hauptsächlich bloß um die Fortführung der laufenden Geschäfte handelte, hat es der Magistrat für sachlich richtig gehalten, zu verfahren, wie er verfahren ist. Genosse Dr. Wehl: Das einzige Erfreuliche an der uns erteilten Antwort war die Mitteilung, daß es sich um eine vorläufige Regelung handelt. Wir kennen nun die „sachlichen“ Gründe, die der Magistrat gehabt hat, aber sein Vorgehen hat draußen im Kreise der Direktoren der höheren Lehranstalten und bei den linksorientierten politischen Parteien, die Demokraten einbezogen, Aufsehen und Entrüstung erregt. Jedenfalls ist merkwürdig, daß diese Umbeziehung gegen den Willen von Helmke und ohne ihn davon vorher in Kenntnis zu setzen, stattgefunden hat (Hör! hör!). er befand sich damals in Urlaub. Eine solche Bräuterei eines Beamten, der sein Dezernat mit Umsicht und Erfolg geführt hat, kann unsere Billigung nicht finden; ein solches Vorgehen der vorgelegten Behörde kann die Arbeitsfreudigkeit der Beamten nicht steigern. Dazu kommt aber noch, daß die Maßnahme gegen Helmke nur zu verstehen ist, wenn man sie in Verbindung bringt mit dem Abbau des Magistrats; sie steht in unmittelbarer Beziehung mit dem

### Abbau des Stadtschulrats Paulsen.

(Unruhe rechts.) Meine politischen Freunde betrachten diesen Abbau als einen schamlosen Rechtsbruch. (Großer Lärm rechts und links: Zur Ordnung! Der Lärm dauert an.) ... ich wiederhole: Meine politischen Freunde und darüber hinaus weite Kreise der Bevölkerung halten diesen Abbau für einen schamlosen Rechtsbruch! (Erneute große Erregung und Lärm rechts; stürmische Rufe: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Vorsitzende Genosse Haf: Der Redner hat sein Mitglied der Versammlung gemeint; ich habe keine Veranlassung zu einem Ordnungsruf. Lärmender Widerspruch rechts; Rufe: Unerschämtheit! — Die meisten Mitglieder der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei verlassen den Saal.) Nach der Erklärung des Staatsministeriums darf der Abbau eines Beamten auf Grund der Personalabbauperordnung nur erfolgen, wenn dadurch in dem Betriebe unmittelbar oder mittelbar eine Stelle erspart wird. Das haben die, die den Abbau Paulsens gar nicht so sehr genug betreiben konnten, ganz außer acht gelassen. Und da hat man sich wohl überlegt, wie diese Maßregel mit dem Staatsministerialbeschluss in Einklang zu bringen wäre. Und so hat man das Rätsel gelöst, indem man Helmke, den Alpbhologen und Humanisten, zum Fachschulwesen tat, dem er fremd ist, und Herrn

Benede, den Liebling der Götter und des Oberbürgermeisters, auf den Posten für das höhere Schulwesen beförderte; damit war auch die Stelle eines Obermagistratschulrats erspart. Diese Maßnahme erscheint uns als eine Maßregelung. Auch sonst ist hier nicht alles mit rechten Dingen zugegangen; zuerst wurde berichtet, daß der Magistrat seinen Beschluß einstimmig gefaßt habe; dann aber mußte berichtet werden, daß die sozialistischen Mitglieder dagegen gestimmt hatten. Oberbürgermeister Böß: Die vom Vordernend geäußerte Kritik ist sachlich unbegründet. Es handelt sich eben nur um eine vorläufige Regelung, die Frage der Ersparnis spricht hier noch gar nicht definitiv mit. Dem Ma-

gistrat hat es durchaus ferngelegen, in die lediglich der Kompetenz der Versammlung unterstehende Abbaufolge einzugreifen; es handelt sich um eine einfache Verwaltungsmaßnahme, die eine vorläufige Ersparnis herbeiführen soll. Herrn Helmke, der nicht in Berlin war, ist von der Absicht dieser Umbeziehung Mitteilung gemacht worden, denn auch den Schein einer Wahrgelung hat der Magistrat vermeiden wollen. Die Maßnahme hat mit Politik gar nichts zu tun. (Lachen und Zurufe links.) Ich habe nicht die Verpflichtung, jedem zum Munde zu reden; ich versichere, daß sich die Dinge, wie angegeben, zugetragen haben. Kirchner (Dem.): Dr. Wehl hat die ganze Versammlung beleidigt. Der Vorsitzende hat ihn nicht gerügt. Wir beantragen Vertagung. — Der Vorsitzende bittet, diesen Antrag etwas zurückzustellen, bis er das Stenogramm der Wehlschen Rede eingesehen habe. — Kirchner bezweifelt die Beschlußfähigkeit. Koch (Dem.): Das Vorgehen des Vorsitzenden ist unerhört. Wir können seiner Bitte nicht entsprechen. Durch Auszählung wird die Beschlußunfähigkeit festgestellt.

Die Sitzung muß abgebrochen werden. — In der nächsten Woche fällt der Wahlbewegung und des Parteitag der Deutschen Volkspartei wegen die Sitzung aus.

## Die neuen Reichsmarknoten.

### Besichtigung der ersten Probedrucke.

In etwa zehn Tagen werden die ersten Noten der neuorganisierten Reichsbank „richtig“, d. h. goldgedeckte Banknoten, in den Verkehr gelangen. Die Scheine über 10, 20, 50 und 100 Reichsmark sind im Druck; Proben davon wurden gestern der Presse vorgelegt. Im Rotendruck hat ja die Reichsbank während der Inflation außerordentlich viele Erfahrungen sammeln können. Die neuen Scheine dürften auch im allgemeinen den Beifall des Publikums finden. Sie sind handlich, in mattgetönten Farben, bei deutlicher Kennzeichnung des Wertes vor allem mit einer ganzen Reihe von Schutzmerkmalen gegen Fälschung versehen. Unersichtlich jedoch ist, warum auch die neue Reichsbank wieder auf Holbein den Jüngeren zurückgreift und seine Porträts auf die neuen Scheine druckt. Die Noten der Vorkriegszeit waren wenigstens insofern aktuell, als sie im Wasserzeichen den Kopf des Monarchen trugen. Etwas mehr an „Köpfen“ aufzubringen, dazu dürfte die Republik doch wohl imstande sein.

Mit besonderem Nachdruck betonte ein Vertreter des Reichsbankdirektoriums, daß in den neuen Satzungen der Reichsbank jede Gewähr gegen ein Sinken der Reichsmark gegeben sei. Interessante Ausführungen über die Technik, die bei der neuen Note angewandt wurde, machte Direktor Helmsberger von der Reichsbankdruckerei. Das rasche Tempo, in dem die Scheine hergestellt werden müssen, machte es notwendig, auf den Buchdruck zurückzugreifen, obgleich der Kupferstich eine größere Garantie gegen Fälschungen bietet. Auf die Gefahr, daß Fälschungen entstehen, muß man sich in Deutschland besonders deshalb einstellen, weil während der Inflation fast das ganze Buchdruckgewerbe Notendruckt aufträge hatte, die Kenntnis von Notensatzfabrikation also weit verbreitet ist. Die Entwicklung der graphischen Technik und der Photographie verbot es, die Scheine in einfachen, grellen Farben auszuführen. Es ist z. B. heute schon möglich, auf photographischem Wege den blauen Hundermarktschein aus der Vorkriegszeit ohne irgendwelche weitere Technik nachzuahmen. Daher wählte man jetzt diese matten, irisierenden Farben der neuen Scheine, deren Grundton beim Zehner Blaugrün, beim Zwanziger Gelbbraun, beim Fünzigser Violett und beim hundertser Blau ist. Der Zehner, der erst später in Verkehr kommen soll, wird wie vor dem Krieges braun aussehen. Daneben trägt die Vorderseite die Aufschrift „Reichsbanknote ... Zehn Reichsmark ... Ausgegeben auf Grund des Bankgesetzes vom 30. August 1924 ... Berlin, den 11. Oktober 1924“ und Unterschriften und Stempel des Reichsbankdirektoriums. Die Rückseite der Scheine zeigt ein feingliedriges Gulloden-Werk, ineinander übergehende und ineinander verschlungene Kreise, die in einem schwer nachahmbaren System verflochten sind. Das Papier ist aus reiner Gelpinnsfaser, nämlich aus der besonders wertvollen Kamiefaser unter Zusatz von Leinen hergestellt und sehr haltbar. Alle Scheine haben auf der Vorderseite einen Auftrag von Falter. Ueber die ganze Fläche der Scheine läuft ein Wasserzeichen, das im Bogen das Wort „Reichsbank“ zeigt und darunter den heraldischen

## Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Soweit konnte Bertram ihnen nicht folgen. Er bestand schon darauf, daß Irland nur Recht auf Home Rule hatte, er glaubte noch an das Band zwischen den beiden Ländern. Auch England hatte sein Recht auf Sicherheit und Freiheit, aber das war unvereinbar mit einer irischen Republik an der Seite, welche ihm seine Verbindungen zur See abschneiden konnte. Eine irische Republik wäre der Todesstreich für Englands alten historischen Stolz und sein innerstes Gefühl.

Christy lachte über dieses Argument. „Englands alter historischer Stolz und seine innersten Gefühle werden über kurz oder lang einen gehörigen Stoß erleiden, mein Kind! Diese antiken Schätze kann es sich nicht mehr leisten. Es muß sehen, daß es mit den neuen Erfordernissen einer Welt, die durch diesen Besitz der alten Rasse zugrunde gerichtet worden war, Schritt halten kann. Das alles gehörte in die Kumpeltammer! Solch überlebter Unfuss mußte durch den Geist der Kameradschaft und des gesunden Menschenverstandes unter den Völkern ersetzt werden oder wir alle gehen zugrunde. Es darf nicht mehr heißen: „My country, right or wrong“, auch nicht: „Für Kaiser und Vaterland“, sondern einzig und allein: „Im Dienste der menschlichen Familie!“

„Ich aber glaube an Patriotismus“, beharrte Bertram, und dieses Glaubensbekenntnis, das er in Joyce's Kreisen nie hätte laut werden lassen, weil es so selbstverständlich war wie die Luft, die man atmete, schien hier Christy und seine Freunde zu verwundern und zu belustigen.

„Patriotismus ist der Fluch des Menschengeschlechtes gewesen von jeher!“ sagte Henry Carvell, der bekannte Kriegsberichterstatter, der mehr vom Kriege gesehen hatte als sonst jemand in ganz England. Er war ein robust gebauter, breitschultriger Mann mit weißem Haar und frischem Gesicht. Er sprach mit lächelnder Verachtung von Bertrams Einfall oder Unwissenheit. „Patriotismus ist nur ein Ueberrest der alten Stammesloyalität, dieses Erlases für die Höhlenmenschenmoral, als noch jeder Orang-Utang sein eigenes Lager und seine Weiber gegen alle anderen derselben Art verteidigte. Ich habe gesehen, wie solch Patriotismus: Ich bin stärker als du, dies ist mein Gebiet, sich als Blutvergießen und Brutalität vom Sambesi bis an den Rhein ausgewirkt hat.“

Dagegen protestierte Bertram mit Heftigkeit. „Hierin bin ich aber ganz anderer Ansicht. Wenn Sie den Patriotis-

mus ableugnen, so streichen Sie damit die menschliche Natur und einen ihrer stärksten Triebe aus.“

„Ich leugne sein Vorhandensein durchaus nicht ab“, erwiderte Henry Carvell etwas ungeduldig, „ich klinge ihn an! Was für eine Lugend sehen Sie in ihm?“

„Die Liebe zu allen uns so vertrauten Dingen im Leben. Treue halten den Ideen seines eigenen Volkes, seinen Ehrbegriffen usw. Für all dieses werden die Menschen noch immer im letzten Graben sterben.“

„Warum denn sterben?“ fragte Christy lächelnd. „Warum überhaupt in Gräben kriechen? Warum nicht lieber die Sachen mit den anderen besprechen, deren Ideen höchst wahrscheinlich genau die gleichen sind?“

„Gewiß“, stimmte Henry Carvell bei. „Leider ist jede nationale Erziehung — ob in einem afrikanischen Stamme oder einem europäischen Staate — nichts als die Suggestion für primitive Gemüter daß nur ihre Gemeinschaft, einzig in der Welt, den wahren Glauben besitzt. Die Stammesloyalität wird zum einzigen Ehrbegriff. Und mit mörderischem Missionarischer muß dieser Glaube der anderen Menschheit aufgezwungen werden. Sei es deutsche „Kultur“, britische „Gerechtigkeit“, französische „Freiheit“, oder sonst etwas.“

„Britische Gerechtigkeit ist etwas sehr Gutes“, sagte Bertram, „wir glauben an ehrliches „Spiel.“

„Auch in Irland?“ fragte Christy, und Bertram schwieg. Nein immerhin, seit ungezählten Jahrhunderten hatte die britische Gerechtigkeit in Irland so ziemlich versagt. Und seit dem Kriege war sie völlig in den Schmutz gezerzt worden.

Diese Unterhaltungen bei Christy hatten Bertrams ganze Lebensanschauung gewandelt, ihn immer weiter von Joyce's Standpunkt und dem ihrer Freunde abgezogen.

Alle diese Männer aus den verschiedensten Berufen unterschieden sich von einander in tausenderlei Art, waren sich nie einzig über Einzelheiten, hatten endlose Auseinandersetzungen über Worte, Zitate, Ideen und Tatsachen. Aber Bertram, als Outsider und jünger als sie, schien doch in ihnen allen so etwas wie einen Generalnenner für ihre Charaktere und Eigenschaften zu entdecken.

Was verband denn diese Männer mit so unsichtbaren Fäden? Kein Parteiglaube, denn manche nannten sich Liberale, andere Sozialisten, wieder andere Individualisten und andere lehnten jede Bezeichnung ab. Auch kein Rastengeist, denn sie gehörten durch Geburt und Erziehung ganz verschiedenen Schichten des englischen Lebens an.

Eine seltsam gemischte Menge! Was also zog sie zu

einander und löste ihnen diese gemeinsame Art und das gemeinsame Ziel ein?

Bertram glaubte des Rätsels Lösung in dem Worte „Toleranz“ gefunden zu haben. Diese Leute waren in dem, was andere Menschen entzweit, Religion, Rasse, sozialer Umgebung, wundersam tolerant. Sie kannten keinen Rassenhaß. Zu einer Zeit, als das englische Volk, besonders die Frauen, das Feuer des Hasses schürten gegen die „Hunnen“, die solche Todesqualen über die Welt gebracht hatten, bezeichneten Christy's Freunde den Frieden von Versailles als einen Schimpf wegen seiner harten Bedingungen für den geschlagenen Feind und wüteten gegen die Fortsetzung der Blockade, welche die Deutschen gezwungen hatte, die Demütigungen und Ungerechtigkeiten dieses Friedens hinzunehmen.

„Das ist etwas Neues in unserem Ehrenkodex“, sagte Henry Carvell, „gegen Frauen und Kinder Krieg zu führen.“ Er und seine Freunde glaubten sogar, daß das deutsche Volk durch eine großmütige Behandlung veranlaßt werden könnte, seinen Militarismus aufzugeben und sich mit einer friedlichen Demokratie in Europa zu verbinden.

Es gab Zeiten, wo sich Bertram bei solchen Reden unbehaglich fühlte, ja sich fast als Verräter vorfand. Diese Leute waren ja zu tolerant. Sie schienen manchmal für die Leiden des deutschen Volkes empfindlicher zu sein als für das Opfer ihres eigenen. Er tritt deswegen mit ihnen und wurde jedesmal geschlagen, weil er vor ihrem Begriff von Ritterlichkeit, ihrem Glauben an den „gemeinen Mann“, ihrem Vertrauen in den endlichen Sieg der Vernunft einer gebildeten Demokratie, ihrem Haß gegen jede Grausamkeit die Waffen strecken mußte.

Nein, Toleranz war nicht das bindende Glied zwischen diesen Männern, denn sie waren leidenschaftlich intolerant gegen Unwissenheit und Dummheit an hoher Stelle. Was sie aber alle zu verbinden schien, war der Haß gegen die Grausamkeit, die an den Geringen dieser Welt, Männern, Frauen und Kindern, an primitiven Rassen, ja sogar an Tieren begangen wurde. Sie waren Pazifisten durch Instinkt und Erziehung, glaubten mehr an die Macht des Geistes als an physische Kraft, mehr an Freiheit als an Unterdrückung, mehr an Selbstbestimmung als an Disziplin.

„Disziplin ist der Tod“, sagte Christy, und als Bertram dieses Wort für eine Lästerung erklärte, gab er schließlich zu, daß „Selbstdisziplin“, auf gegenseitiges Verständnis und freien Willen begründet, etwas Notwendiges sei, aber jede „äußere“ Autorität verwerflich. (Fortsetzung folgt.)

Aber, außerdem sind die Scheine am rechten Rande geprägt. Zudem tragen sie den farblosen Kontrollstempel. Der kleinste Schein ist 75 x 150 Millimeter groß. Die größeren sind um je 5 Millimeter in der Höhe und 10 Millimeter in der Breite größer. Im ganzen ist ihr Bild gefällig und einfach; es hält den Vergleich mit ausländischen Banknoten gut aus.

### Dem Fürsten zum Schlafwagendieb. Das Ende eines russischen Aristokraten.

Der Angehörige einer zu den ältesten und angesehensten russischen Fürstengeschlechtern gehörenden Adelsfamilie, der jetzt 24 Jahre alte Alexander Fürst Trubezkof, stand vor dem großen Schöffengericht Schöneberg unter der Anklage zahlreicher Schlafwagendiebstähle und Betrügereien.

Trubezkof ist der Stief- und Adoptivsohn des früheren russischen Admirals Fürst Wladimir Trubezkof. Bei Ausbruch der russischen Revolution war er im Ausland gestrichelt und nach langen Irrfahrten nach Berlin gekommen. In dem russischen Restaurant Wallow in der Genthiner Straße, dessen Küchen- und Bedienungspersonal sich zeitweise aus Grafen und Fürsten zusammensetzte, fand auch er eine Stellung als Kellner. Vorübergehend beschäftigte ihn der russische Graf Russin-Puschkin als Reisenden für seine Zigarettenfabrik. Mit einer russischen Dame verfertigte er zusammen Hampelmann, 33 Stück für einen Dollar. Daraus lernte er eine 16jährige Schokoladenverkäuferin, die Tochter eines Arbeiters, kennen, mit der er sich verlobte und die er zur Fürstin Trubezkof zu machen versprach. Um sich eine Existenz zu schaffen, erzählte er, daß er zusammen mit seiner fürsichigen Mutter und seiner proletarischen Braut einen Modefalon in Frankfurt a. M. eröffnen werde. Zu diesem Zweck verließ er häufig Berlin und brante mit Vorliebe zu der Reise nach Frankfurt a. M. und Wien die Schlafwagen der D. und L. Züge. Diese Reisen hatten die eigentümliche Begleiterscheinung, daß den Mitreisenden während der Fahrt im Schlafwagen Geld und Wertachen abhandeln kamen. Auf einer Reise hatte er das Versehen, das Versehen eines Schlafwagendiebes, ein Bankdirektor, bemerkte, daß während der Fahrt das Türschloß abgehaut wurde. Er schlug Alarm, und der Angeklagte wurde erteilt. Bereits in seiner Tätigkeit als Kellner hatte der Angeklagte durch unrichtige Ausfüllung von Bauscheitern begonnen. Im ganzen waren dem Angeklagten zehn Fälle des Schlafwagendiebstahls und mehrere Betrugsfälle zur Last gelegt worden. Die Annahme der Anklage, daß er auch tatsächlich als Fürst Trubezkof aufgetreten war, erwieh sich im Laufe der Beweisaufnahme als hinfällig, und das Gericht kam zu der Überzeugung, daß er tatsächlich ein Fürst Trubezkof sei. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Erdmann beantragte gegen ihn 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Polizeiausschließung. Das Gericht erkannte jedoch unter Aufhebung mildernder Umstände auf 3 Jahre Gefängnis. In der Urteilsbegründung bemerkte Sondergerichtsdirektor Dr. Schneider, dem Kronkrognen seien trotz der immanen Art und Weise, in der er die deutsche Volkswirtschaft mißbraucht habe, doch noch mildernde Umstände zugestanden worden, weil er infolge widerlicher Umstände in Not geraten sei.

### Die Kartoffelernte.

Ueberfüllung der Märkte. — Sinkende Preise im Großhandel.

Vor einiger Zeit haben wir an dieser Stelle unter der Ueberschrift „Wie sieht's mit den Winterkartoffeln“ darauf hingewiesen, daß die Kartoffeln keine besonders künftigen sind. Es wurde damals ausgeführt, daß einmal die Kartoffelernte in verschiedenen Provinzen nicht besonders gut ausgefallen ist und daß vor allem die fernliegenden Kartoffeln zum großen Teil eine so geringe Haltbarkeit zeigen, daß das Einlagern von größeren Mengen von Kartoffeln zur Unmöglichkeit wurde, weil mit einem schnellen Verderben der eingelagerten Kartoffeln gerechnet werden muß. Die Ernte der Winterkartoffeln ist heute beendet und man kann sagen, daß sich das Bild wesentlich günstiger gestaltet als vor ein paar Wochen. Zunächst einmal: Von Kartoffelknappheit kann nicht gesprochen werden, im Gegenteil, es ist eine Ueberfüllung von Kartoffeln auf dem Markt, und bei der Großhandel aus aller Praxis vor allem das Industriegebiet befestet hat, stehen und lagern heute im Rheinland und in Westfalen eine ungläubig große Menge von Kartoffeln. Im rheinischen Industriegebiet z. B. befinden sich vor einiger Zeit noch 3000 Waggon Kartoffeln bahnlagernd, die nicht verkauft werden konnten. Da die Stückzahl außerordentlich hoch sind (sie betragen für den ersten Tag 30 für den zweiten 60 und vom dritten Tag fortlaufend täglich 90 W.) ist für diese 3000 Waggon Kartoffeln bereits ein so hoher Standardpreis allein zu entstehen, daß von einem Verkauf der Ware nicht mehr gesprochen werden kann. Dasselbe Bild zeigt sich in Westfalen, wo die noch immer in Scharen sich aufhaltenden Händler aus den Erzeugungsgebieten die Kartoffeln verschleudern und zu jedem nur annehmbaren Preise abgeben. Behnliches wird aus Frankfurt a. M. gemeldet und aus Hamburg. In Schlesien, in der Grenzmark, in Pommern, Mecklenburg, Provinz Brandenburg, in der Altmark, in der Provinz Sachsen, in Braunschweig, Schleswig-Holstein und Baden ist das Kartoffelgeschäft ebenfalls vollständig ins Stocken geraten, weil das Angebot bedeutend größer ist als die Nachfrage. In Pommern gehen daher die Landwirte dazu über, einen Teil ihrer Kartoffeln, von denen sie sich nur eine geringe Haltbarkeit versprechen, und von deren Verwertbarkeit sie sich wenig erhoffen, zu Stücken zu verarbeiten.

Wie steht es nun in Berlin? Auch hier muß durchaus gesagt werden, daß der Bedarf der Bevölkerung vollst. gedeckt wird und daß, falls nicht ganz plötzlich strenge Kälte eintreten sollte, die Preise sich in niedrigen Grenzen halten müßten. In Wahrheit aber sind die Preise, wie unsere Hausfrauen wissen, durchaus nicht niedrig und entsprechen auch nicht den von der Kartoffelnotierungskommission festgesetzten Preisen. Die Kartoffelnotierungskommission hat nämlich folgende Erzeugerpreise festgesetzt: für weiße Speisekartoffeln 1,80 M., für rote 2 M., und für gelbliche 2,70 M. Schlägt man auf diese Preise den zulässigen Aufschlag für den Großhändler und für den Kleinhändler, so müßten im Kleinhandel folgende Preise herauskommen: 2,70 M., 3 M., 3,50 M. Nun wissen aber unsere Frauen ganz genau, daß der Kleinhändler bedeutend höhere Preise nimmt und daß er sich für 10 Pfund 40 bis 45 Pf. bezahlen läßt. Es wird hier, wie es ja immer der Fall war, schwer sein, festzustellen, wer eigentlich die Schuld an der Preissteigerung trägt.

Die Kartoffelfülle in Deutschland geht so weit — das sei noch zum Schluß erwähnt —, daß selbst in der Schweiz ein derartiges Ueberangebot von Kartoffeln vorliegt, wie es die Schweiz noch niemals erlebt hat. Um übrigens die Haltbarkeit der Kartoffeln zu erhöhen, wird von der „Kartoffelzeitung“ ein sehr einfaches Mittel angegeben. Um die Kartoffeln vor der Fäulnis zu bewahren, muß man sie mit gemahlenem, aber nicht gelblichem Mehl bestäuben. Dieser Kalk ist in allen Baumaterialgeschäften zu haben. Die Kartoffeln werden mit so viel Kalk bestreut, bis sie vollständig weiß gepudert sind. Der gebrannte Kalk saugt die Feuchtigkeit an der Oberfläche auf, trocknet die Kartoffeln und wirkt säurehemmend.

### Auf zur Proletarischen Feierstunde am 9. November!

Am 9. November kehrt zum sechstenmal der Gedanktag der deutschen Revolution wieder. Sie bildet in der Geschichte der Revolutionen Europas ein Ereignis, das alle vorhergegangenen gesellschaftlichen Erschütterungen an Bedeutung weit übertrifft. Zum erstenmal war die Arbeiterklasse in überwiegender Zahl Trägerin einer Umwälzung, wie sie in gleich großer Wirkung im Herzen Europas vorher nie erlebt worden war. Wir wissen, daß die Kämpfe der Generationen vor uns scheitern mußten. Die Verhältnisse, in denen sie lebten, und sie selbst als Menschen hatten noch nicht den Reifegrad erreicht, der notwendig war, um die Erfolge des Kampfes in einen Sieg unserer Klasse umzuwandeln. Begeistert und reif sein, bemüht und klar den Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung bederrichten, das ist die schwere, aber in eine reiche Zukunft weisende Aufgabe einer revolutionären Klasse.

Wir lenken am Gedanktag der Revolution erschütterte die roten Fahnen über die Opfer, welche der Kampf gefordert hat. Opfer sind viele gefallen! Aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Die Revolution lebt und schreitet unaufhaltsam vorwärts, und die gesellschaftlichen Kämpfe drängen zur Entscheidungsschlacht, zu dem Ringen, das die Form der Barrikaden- und Straßenkämpfe überwinden hat und den Kampf zwischen Kapital und Arbeit erhebt zum Streit der Geister.

Die Feierstunde am 9. November ist diesmal ein Sammeln, eine Aufrüstung unserer Kämpfer, kurz vor dem nächsten Ansturm zur Verneuerung unserer politischen Macht, der am 7. Dezember erfolgen muß. Die sonntägliche Feierstunde sei den Tausenden, die sie vereinigt, eine Quelle reicher Kraft, ein Erlebnis, aus dem Erkenntnis reißt.

### Kein Kriminalbeamter.

Gegen den Kaufmann Wäh. Resenhöft in Berlin, der in diesen Verfassungen für eine entschiedene republikanische Republik eingetreten ist, wurde wegen seiner ungestümen Art unter Kommunisten der Verdacht regte, daß er ein Spion sei. In einer Versammlung des Hauptmanns v. Beerfelde, die Resenhöft besuchte und an der auch Kommunisten nahmen, kam es zu einem erregten Zutritt, weil einige Versammlungsteilnehmer unter Anwendung von Gewalt in Resenhöfts Tasche nach Papieren suchten, um sich über seine Persönlichkeit zu vergewissern. Später wurde in einer Versammlung, die Resenhöft für einen von ihm gegründeten Diskussionsklub einberufen habe, ihm von dem Arbeiter-Fichtmann der Bormwurf eingebracht, Resenhöft sei Kriminalbeamter. Da solle er seine Versammlung doch lieber nach seinem Bureau einberufen. Wegen dieser Anschuldigung ging R. gegen F. mit einer Beschwerdeklage vor, um durch eine Gerichtsverhandlung feststellen zu lassen, daß der gegen ihn erhobene Bormwurf unzulässig ist. Vor dem Schöffengericht, Berlin-Mitte, verhielt sich R. gegenüber den Einigungsversuchen, die der Richter zunächst machte, lange Zeit schroff ablehnend. Immer wieder forderte er, daß F. den Beweis für seine Anschuldigung erbringe. Gegenüber der Hartnäckigkeit des Klägers hatte der Richter einen schweren Stand, aber nach reichlich anderthalbstündigen Bemühungen gelang es endlich, zu einem Vergleich zu kommen. Fichtmann erklärt, er habe jene Behauptung aus vollster Überzeugung aufgestellt, sehe aber jetzt ein, daß er nicht in der Lage sei, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Er könne die Behauptung nicht aufrecht erhalten, nehme sie mit Bedauern zurück und verpönte, sie nicht mehr zu verstreuen. Er werde auch auf seine politischen Freunde und Gesinnungsgenossen einwirken, daß sie sich derartiger Äußerungen enthalten und wolle in öffentlichen Versammlungen den Inhalt dieses Vergleiches in objektiver Form mitteilen. Er erklärt schließlich, daß er an der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Klägers Resenhöft nicht gezweifelt hat und auch nicht zweifelt.

### „Praktische Nächstenliebe“ am Schlesiischen Bahnhof.

In unserem gestrigen Abendblatt brachten wir einen polizeioffiziellen Bericht über Verletzungen, denen der Kommissar des Roten Kreuzes und Leiter der Sanitätswache am Schlesiischen Bahnhof, der frühere Oberzollsekretär Adolf Jeschke und der Gruppenführer Werner Kasse beschuldigt wurden. Aus all dem, was bisher festgelegt werden konnte, scheint doch schon so viel mit voller Gewißheit hervorzugehen, daß es sich hier um einen Fall niederträchtigen und gemeinen Mißbrauchs des Vertrauens handelt, und hieseliger Mädchen und Frauen handelt, wie er sich bisher in Berlin wohl kaum ereignet hat. Fühlt sich nicht das Deutsche Rote Kreuz als dort hoher und höchster Sittlichkeit und praktischer christlicher Nächstenliebe? Gingen und gehen nicht von ihm fortwährend Kundgebungen aus, die zum „Stillestehen Wiederaufbau unterm Volke“ auffordern? Bedeute nicht bisher für jeden oder für viele das Wort „Rotes Kreuz“ dasselbe wie „Schutz und Hilfe“? Und nun soll es sich herausstellen, daß ein Mann, der den Titel „Kommissar des Roten Kreuzes“ fährte, das Schändliche betrieben hat, was man sich denken kann. Und nicht erst seit gestern und heute! Die Rettungsstelle des Roten Kreuzes, die Städte, zu der Frauen und Mädchen gingen, die in dieser großen Stadt hilflos sind, soll zu einer Stätte der Orgie, zu einem Schmutzhaufen erniedrigt worden sein? Das Ungehörige aber ist, daß dieser saubere Herr Jeschke, ehemaliger Offizier und Zollinspektor, angeblich nicht verhoheit sein soll, weil er weder Arzt noch Beamter war. Wie denn auch sei — bis Schluß der Nachtredaktion lag merkwürdigerweise keine einzige neue Nachricht vor — hier muß mit rascher Energie und voller Rücksichtlosigkeit durchgegriffen und der Desertion restlos Klarheit verschafft werden. Das „Rote Kreuz“ wird sich darüber zu äußern haben, wie es möglich war, daß

### Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 7. November.  
Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.30—6.15 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.20 Uhr abends: „Ratschläge fürs Haus“. 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Strindberg“. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Redakteur Fritz Badicke: „Der Zeitungsreporter bei der Arbeit“. 8.30 Uhr abends: Mecklenburgische-Holsteinischer Abend. 1. a) Abendlied, Matthias Claudius, b) Regenlied, Claus Groth, c) Das Gewitter, Lillencron (Hans Fischer-Kamin, Rezitation), 2. Gesangsbelegungen: a) O Isis, O Isis, Mozart, b) In diesen helligen Hallen, Mozart (Aus der „Zauberflöte“), Kammergesang Hermann Eck, Bad, c) Unkel Bräsig in der Koltwaterhallenstalt („Ut mine Stromtid“) Fritz Reuter (Hans Brandt, Rezitation), 4. Gesangsbelegungen: a) Waldestrost, F. v. Holstein, b) Auf dem Rhein, Schumann, c) Freisinn, Schumann (Hermann Eck, Bad), d) Unkel Bräsig im zotologischen Garten, Fritz Reuter, e) O, Jöching Pösel, was blüt du für'n Pösel, Fritz Reuter (Aus Leuchten und Rimels) (Hans Brandt, Rezitation), 6. a) Lebenspflichten, Hölty, b) Das Kind am Brunnen, Babbel, c) Das Mädel mit den hellen Augen, Storm, d) Ein Freundentag, Otto Ernst (Hans Fischer, Kamin, Rezitation), 7. Gesangsbelegungen: a) „Das Böhlein klein“ aus der Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“, Nicolai, b) Im tiefen Keller, Fischer (Hermann Eck, Bad), c) Was will der Karl, Fritz Reuter, d) Was sich da Kusstell verteilt, Fritz Reuter, e) De Sokratische Method, Fritz Reuter (Hans Brandt, Rezitation), Am Schwedchen-Platzel: E. E. Lappin, Anschließend: Dritte Bekannungsreihe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wettordienste, Sportnachrichten, Theatordienst.

sein Herr Kommissar, der ihn, wie die „Post-Zeitung“ wissen will, auch noch von einem Offiziersverband empfohlen worden ist, unkontrolliert zu einer solchen Ueberwältigung herbeiführen konnte. Behauptet wird auch, daß der Kommissar selbst ständig betrunken und Mitwisser der Schweinereien waren.

### Samson-Rörner unentschieden gegen Cool.

Die gestrigen Vorkämpfe im Sportpalaß, die wieder vor sehr gut besuchtem Hause stattfanden, brachten einige interessante sportliche Ergebnisse. Im Hauptkampf des Abends, Samson-Rörner gegen Cool-Australien, konnte nur ein Unentschieden erzielt werden. Besonders Cool erwies sich von neuem als ein Kämpfer von entschiedenem Qualitäten. Die Sympathien waren zeitweise auf Seiten Cools und man beobachtete wie schon so oft bei Samson-Rörner eine nicht ganz erlöschende Zurückhaltung. Der Kampf ging über zehn Runden. Im ersten Kampf des Abends, ein Auscheidungskampf für die Fiebergewichtmeisterschaft Ziemdorff gegen Paulke, wurde das Unentschieden des Punktrichters mit großem Mißfallen aufgenommen. Nicht ganz unberechtigt, denn Paulke zeigte sich im ganzen als überlegen. Der mit Spannung entgegengegangene Kampf des hannoverschen Kösemann gegen J. J. Frankreich mußte bereits in der ersten Runde wegen stichtlicher Ueberlegenheit Kösemanns abgebrochen werden. Journee kam fast nicht zum Schlag. Er mußte fünfmal niedergehen, bis schließlich der Schiedsrichter dem ungleichen Spiel ein Ende machte und Kösemann als den Sieger erklärte. Im Auscheidungskampf gegen die Mittelgewichtmeisterschaft siegte der ausgeglichene Domgörgen schließlich überlegen nach Punkten über Mag Diekmann.

### Typhusepidemie in Solingen?

12 Todesfälle.

In Solingen und in der Umgebung der Stadt ist in letzter Zeit eine große Anzahl Personen an Typhus erkrankt. Bis gestern starben laut „Solinger Tageblatt“ bereits 12. Dies meist jüngere Männer und Frauen. Diefen Umständen führen die Gerichte darauf zurück, daß die mündliche Bürgerwehr, die im Krieg gewesen ist, sich einer Saugimpfung unterziehen mußte, die heute noch wirksam sei. Falls die zur Verfügung stehenden Betten in den Krankenhäusern nicht ausreichen, beschäftigen die beteiligten Kreise eine Schule als Notkrankenhaus eingerichtet. Von der englischen Militärbehörde wurde die Stadt für die englischen Truppen des Kölner Gebiets wegen Ansteckungsgefahr gesperrt.

### Notstandaktion für die Hochwasser-Geschädigten.

Das preussische Ministerium des Innern hatte sofort, als die ersten Nachrichten über die Hochwasserkatastrophe einliefen, die erforderlichen Schritte zur Heiligung der Schäden, soweit dies bei dem ständigen Steigen des Wassers möglich war, getan und alle Vorbereitungen getroffen, um eine Notstandaktion in die Wege zu leiten. Das Staatsministerium hielt eine Staatsministerialkonferenz ab, in der der Bericht des Ministeriums des Innern über den Umfang der Schäden und die Rettung der betroffenen Bevölkerung vorgelegt und über die weiteren nötigen Maßnahmen Beschluß gefaßt wurde.

Die bisherigen sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten des Rheinlandes und die Behörden zahlreicher Gemeinden haben sich mit bringenden Hilferufen an die Reichs- und Landesregierung in Berlin gewandt, damit alles zu einer schneellen Verringerung der ungeheuren Schäden, die das Hochwasser der letzten Tage angerichtet hat, getan wird. Anheures Werte sind vor allem im Westfalen durch das plötzliche gewalttätige Steigen des Wassers vernichtet worden. Besonders groß ist der Schaden an der diesjährigen Weinerte.

### Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bis zum 2. Dez. 2. Kap. rechts, zu richten.

7. Kreis Charlottenburg, Sonnabend, den 8. November, abends von 5 bis 7 Uhr im Jugendheim Bahnenstr. 4, vom 1. Kr., Sprech- und Besprechungs- und Besprechungs-Gemeinschaft. Unerwarteter Vor und Auskunft in Schulfragen und Hoffen-Gesellschaftliche.

26. Kreis Kottbusch, Arbeitergemeinschaft des Arbeiterfreundes Berlin, Freitag, den 7. November, 8 Uhr, Volkshaus Schwanenbergr. 114, Thema: „Behoriam — Ungehöriam“.

Heute, Freitag, den 7. November:

46. Ust. Freitag 6½ Uhr und Sonnabend 8½ Uhr Stadthausverstellung von den Reichstesteten Studienrat, Gehobret, Sommer und Wiania aus. Die Reichstesteten holen die Klubblätter von Reich, Wiener Cir. 10, ab. — Sonnabend 7 Uhr bei Wiania, Vorkr. Str. 46, Funktionärskonferenz.

Morgen, Sonnabend, den 8. November:

3. Ust. 7½ Uhr Funktionärskonferenz im Hotel Arthur, Angulifer 2.

25. Ust. 7 Uhr bei Reiner, Eblinger Cir. 24, Funktionärskonferenz. Vorbereitung der Hochherkürten.

47. Ust. 7½ Uhr Zusammenkunft aller Funktionäre und Betriebskreisvorsitzenden bei Max Krause, Martinstr. 12, Reiner sein.

48. Ust. 8½ Uhr Funktionärskonferenz bei Reiner, Charloffenstr. 114, Mitgliedsversammlung.

107. Ust. 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Reinerhaus „Ballstr.“ (Genossenschaft), Salmstr. 14, Thema: „107. Nov. 9. November und die bevorstehende Reichstagswahl.“ Ref.: Gen. Pöngel.

20. Ust. 8½ Uhr, Sonntag, den 9. November, vorm. 9½ Uhr bei Reiner, Reiner-Str. 174, Funktionärskonferenz. Die Reichstesteten laden dazu ein.

106. Ust. 8½ Uhr, Sonntag, den 9. November, 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Reiner, Reinerstr. 4, Vorkr. Str. 46, Vorkr. Str. 46, Vorkr. Str. 46. Nachdem gemächlichen Beschlüssen.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaftliche: Berlin 6. 14. Schönlager, 1708, 2. Kap. 2. Kap. Kameradschaft Reichshaus, Intergruppe Angel, Am Freitag, den 7. November, abends 7½ Uhr im Restaurant Friedensrichter, Anh. Schöbe, Zeel, Berliner Kirche, die Reichsbanner, Untereuropaverammlung. Die Kameraden aus Angel, Heilmanns, Berlinabende müßten teilnehmen. — Kameradschaft Heilmanns, Am Sonnabend, den 8. November, abends 7½ Uhr, Übung in der Turnhalle Ust-Mootstr. 22, Übung von Seiten und Rücken. Reichsbanner, Reichsbanner, inabindern der Ust. 1. 18. Mitglied. — Kameradschaft Schöbners, Am Freitag, den 7. November, abends 8 Uhr im Hotel von Reiner, Schöbner, 67, Mitgliederversammlung. Wichtiges organisatorisches Fragen werden erörtert werden, daher notwendiges Erscheinen erzwungen. — Anh. Schöbe, — Kameradschaft Heilmanns, Freitag, den 7. November, Sonnabend, in Friedrichshagen, Adolphstr. 111, Treffens 6½ Uhr am Reinerhause, Abfahrt 6.30 Uhr.

Kundenschaftliche Konferenzen, Sonnabend, den 8. November, abends 7½ Uhr, in Reinerhause im großen Gemeindefest. Bericht, 9. Mitgliederversammlung, bei dem der Reinerbetriebsrat Johannes Brant aus dem Reinerhause Bericht vorzutragen wird. Die musikalische Umrahmung übernimmt der Reinerhause Bundeschor, Eintritt 0,20 M., Anwesenheit frei.

### Arbeitersport.

Arbeiter-Schachklub, Sonnabend, den 8. November, abends 7½ Uhr, Obleute-Sitzung im Obleute-Schachklub, Übung und Besprechung von Schachpartien, vorher 6 Uhr Vorkonferenz. Die Reinerhause, Spielkommission und Schachpartienleiter werden ausgerufen sein.

# JACOBINER LIKÖR

**Sport.**

**Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, den 6. November.**

1. Rennen. 1. Interpellant (Ch. Weiss), 2. Marie (Weidmüller), 3. Kefel D. (S. Schulz). Toto: 26:10. Platz: 16, 14, 42:10. Ferner liefen: Federneffe, Johannstädter, Märchen II, Balkontänzerin, Gezele, Bismarck, Hauptmann, Irma I, Teu, Diana VII.  
 2. Rennen. 1. Kapitän Halle (U. Weh), 2. Dichtung (G. Rautenberg), 3. Rudwig (Hedert). Toto: 71:10. Platz: 30, 14, 20:10. Ferner liefen: Freidenker, Berber, Hippolyte, Kalle, Kottis Anoll, Baron Gahler, Menand I, Delos, Morgenlan, Deutscher, Dolavit, Kopie.  
 3. Rennen. 1. Korana (S. Schmidt), 2. Wargot I (Hermann Schlenker), 3. Lady Betavitt (W. Krauh). Toto: 73:10. Platz: 89,

127, 105:10. Ferner liefen: Großdank, Durchbruch, Kröte, Berdun, Leo Wally, Wally III, Lahn, Ebnit, Aberglaube, Ohermagda, Angriß, Erbhoft, Wähen, Veitstinn, Pamela.  
 4. Rennen. 1. Wlad (Ch. Weiss), 2. Dui sive (R. Ringius), 3. Feis (Ch. Weiss). Toto: 12:10. Platz: 10, 10:10. Ferner liefen: Wilasta.  
 5. Rennen. 1. Cadrag Kymorib (A. W. Allen), 2. Bedfadel (Kreuzberg), 3. Infusid (Ch. Weiss). Toto: 247:10. Platz: 66, 51, 57:10. Ferner liefen: Gudium II, Palmer B., Stigug, Alberten, Luftiger Bruder, Egid, Kröte, Goba, Zeitgeist, Peter I.  
 6. Rennen. 1. Euban (Ch. Weiss), 2. Kapellmeister (Rosenberg), 3. Wagne (Herm. Schlenker). Toto: 15:10. Platz: 10, 12, 11:10. Ferner liefen: Herkeller, Diphonar, Meister S., Lebenslust.  
 7. Rennen. 1. Kymorib A. (R. Bauer), 2. Fontefina (S. Herr-

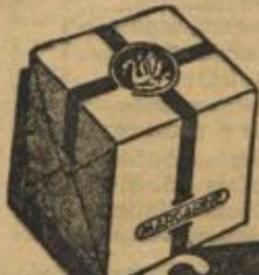
mann), 3. Ddbfend (A. W. Allen). Toto: 142:10. Platz: 26, 14, 19:10. Ferner liefen: Gaudige, Bella Dawson, Flora Bingen, Ballast, Lindo, Geldeprinz, Gartenfeld, Dantonner, Allexton, Alpenreg, Schlip.  
 8. Rennen. 1. Johannstädter (G. Rautenberg), 2. Garmad (Rudwig jr.), 3. Long Runden (Hoffow). Toto: 103:10. Platz: 31, 20, 47:10. Ferner liefen: Inge I, Margareth O'Donna, Leuchturm, Eulenpiegel, Lady Bodmorth, Lu Wally, Inktanz, Blaumeise, Katharina, Berthefelden.  
 Wetter für Berlin und Umgegend. Trocken und ziemlich heiter, am Tage kühl, nachts leichter Frost. Mäßige nordöstliche Winde. — Für Deutschland. Überall trocken, im Nordosten bewölkt, sonst ziemlich heiter; ziemlich Nachtfrost.

**Symbol der Reinheit!**

Wir haben unseren guten Grund gehabt, auf jedem Paket den „Schwan“, das Symbol der Reinheit, abzubilden, weil „Schwan im Blauband“ das Reinste und Hygienischste auf diesem Gebiet darstellt.

Wenn Sie sich selbst davon überzeugen wollen, dass wir dieses erreicht haben, so kaufen Sie ein Paket der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“. Sie werden erstaunt sein über die Fülle ihrer guten Eigenschaften.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.



**Schwan im Blauband** frisch gekirnt

**SIL**

Das prachtvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.

**SIL** Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche. — OHNE CHLOR —

**Landparzellen**  
 10 Min vom Bahnhof in herrlicher Lage, 5 a. allen Gärten umgeben, guter Boden zum Teil m. Nischwald bepflanzt, geringe Anzahlungen, langjährige Mietzahlungen.  
 Buchholz, NO 18, Anpöbelstr. 19.

**Frische Waldhasen**  
 Gespickte Hasen, Rücken, Keulen u. Läufer Böhm. Passaten, Krammetsvögel 60 Pf., Kanin Pf. 1.10 Hirschfleisch Pf. 80, 120, Rehkitz Pf. 1.50  
 Fr. Gänsefleisch, Gänsefleisch, Gänsefleisch, Masigänse, Enten, Puten, Poularden  
 O. Elsholz, Hubertushaus Neanderstr. 2 Moritzpl. 735

**Der Neue Roman**

**Maxim Gorki**

**Soma Gordejew**

Autorisierte Ausgabe. Deutsch von Emil Böhm. Gebefest Em. 3.50 • In Halbleinen gebunden Em. 5.— Die Weltbühne vom 2. Oktober 1924 schreibt: „Mit diesem Romane Maxim Gorkis ist eines der ganz großen Bücher geschaffen worden. Man denke sich die „Dudenbrocke“ snapper und leidenschaftlicher, und man hat ungefähr ein Bild von der Größe dieses Buches. Ich rate jedem, der aus dem Nebelheim erdichteter Dichtung herausfinden will, diesen Roman zu lesen. Ich rate es jedem, der eine von tausend Gleichnissen schimmernde Sprache zu lieben versteht, und seine Menschlichkeit nicht nur zu erheitern, sondern auch ihren Wert zu erhöhen strebt. Vergesse dieses Buch nicht! Denn es tut Euch not.“

In gleicher Ausstattung erschien in der Sammlung „Der Neue Roman“ neuer eine gut u. schön ausgestattete Ausgabe v. Gorkis

**Erzählungen**  
 Zwei Bände in Halbleinen gebunden Goldmark 10.—

**Drei Menschen**  
 Roman • Geb. Em. 3.50 • Halbl. 5.— Em. • Auflage 32.000  
 Von den lebenden russischen Dichtern ist Gorki der einzige, der tief in die Seele des russischen Volkes eingedrungen ist. In seinen Romanen atmet die russische Erde, das große Mütterchen, das den Menschen mit ewigen Ketten der Liebe an sich schmiedet. Hier ist Rußland!

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen  
**Kurt Wolff Verlag München**

**Jeder Mann muß seiner Frau einen Satz, bestehend aus fünf Aluminium-Schmortöpfen kaufen.**

Nur gute, schwere Ware, bündert und ist geschliffen.

Konturrenzlos Preis 10<sup>00</sup> M.

frei Haus geliefert gegen Vorauszahlung des Betrages oder Einzahlung auf unser Postbank-Konto Berlin 4596, Bei Nachnahme 50 Pf. Spesen mehr.

**Sonder-Angebot**  
 Gegen Einzahlung von M. 5.00 erhält jeder eine Mama-Lamppe frei geliefert

**Baltische Hansa-Import - Export - G. m. b. H.**  
 Waren-Versand-Abteilung  
 Berlin N 31, Ramlerstr. 10  
 Tel. Humboldt 779  
 Wer zehn Aufträge einreicht, erhält eine Mama-Lamppe gratis. Wer fünf Aufträge einreicht, erhält eine Mama-Lamppe gratis.

**Elegante Herrenbekleidung**  
 fertig und nach Maß zu soliden Preisen  
 Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung

**Julius Fabian** Schneidemeister  
 Dr. Frankfurter Str. 37 nur 2. Etage

**Siesindklug**  
 wenn Sie Ihren Anzug oder Winterpaletot, Ihre Wäsche, Berufskleidung usw. usw. nur bei uns kaufen!

Reichliche Auswahl! Jede Preislage! Niedrige Kassenpreise! Auf Wunsch Ratenzahlung!

Aus unserer Preisliste:  
 Herren-Anzüge beste Verarbeitung, guter Stoff . . . . . von Mk. 28<sup>00</sup> an  
 Ulster u. Paletots prima Stoff und Verarbeitung . . . . . von Mk. 48<sup>00</sup> an  
 Stoffhosen in Verarbeitung . . . . . von Mk. 4<sup>00</sup> an

Benutzen Sie unser bewährtes, streng reelles **Abzahlungssystem!**  
 Bei Abzahlung innerhalb 4 Wochen keinen Aufschlag zum Kassenspreis! Bei längerer Zahlungsfrist 10 Proz. Aufschlag zum Kassenspreis!

**Textilstelle** des Reichsverband. d. Arbeitsgenossenschaften E.V. Berlin  
 Chausseestraße 76 (Nähe Bahnhof Wedding)  
 Schönhauser Allee 47 (Hochbahnhof Danziger Str.)  
 Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 230-231 (Nähe Hermannpl.)  
 Lütauer Straße 15 (Ecke Romintener Straße)

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Achtung! Kesselschmiede Achtung!  
 Sonntag, den 9. November, vormittags 9 Uhr, im Daxterrefaal des Verbandshauses, Cienstr. 63 55: **Verammlung** für alle Kesselschmiede und die dazu gehörenden Berufe.  
 Tagesordnung: Wie verbessern wir unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen? Referent: Kollege Strauß.  
 Es ist Pflicht jedes einzelnen Branchenangehörigen, an dieser Verammlung zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.**  
 Reinw. Strickwesten v. 6 M. an verkauft gegen Kasse in neuesten Dessins nur an Wiederverkäufer  
**M. Göttinger, Textilwaren-Großhdlg.**  
 BERLIN C. 28, Rochstraße 1

**Guter Schlaf** ist das beste Heilmittel.  
 Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Strahmatratz, an Private, Bequeme Bednungen. Katalog 30 A frei  
**Sisemöbelfabrik Suhl (Thür.)**

**Graue Haare**  
 erhalten ursprüngliche Farbe u. natürl. Jugendglanz durch uns  
**Haarfarbiewiederhersteller „Youpla“**  
 Fl. M. 2.75  
 Nur eine Flüssigkeit. Frei von allen schädlichen Bestandteilen  
**Kopp & Joseph, Parfümeriefabrik**  
 Berlin W. 37

**Prof. Dr. Keysser**  
 Chefarzt und leitender Chirurg des Vinzenzkrankenhaus, Lichterfelde-Ost, Wilhelmstr. 3a  
 hält vom 29. Oktober ab Sprechstunde  
**Lützowplatz 6, hpt.**  
 Montag u. Freitag 8-6 Uhr; Tel.: Lützow 672  
 im Krankenhaus vorm. 12-1 Uhr, nur nach telefonischer Vereinbarung.  
 Tel.: Lichterfelde 01 u. 904.

**Wenn es kälter wird**

trinkt man gern zu Hause einen köstlichen und warmen Tee. Die Jesuiten sind das herkömmliche Getränk. Man kann aber auch einen köstlichen Tee trinken, der aus dem berühmten Reichel-Kisseneis aus der eigenen Küche besteht. Erhältlich in den besten Oreganen, oder lieber nur mit der Marke „Licht-Herz“. Schick auch Dr. Reichel's Ausprobieren an und erhalten durch Otto Reichel, Berlin 45 50, Eisenbahn-Straße 4

**Zigarren „HERCURIO“** die feine, große Konsum-Zigarre **10 Pf.**  
 In Kisten zu 100 Stück. Versand von Mark 20.— an portofrei.  
 Riesenauswahl in Zigarren, Zigaretten, Tabaken in allen Preislagen.  
**Friedrich Kuthmann** Zigarren- und Tabak-Haus, Leipziger Str. 113 Ecke Mauerszt.

**Möbel auf Kredit!**  
 An- und Abzahlung nach Belieben! Schlafzimmer, Küchen, Einzelmöbel **Riesen-Auswahl!**  
**Landwehr**  
 Müllerstraße 7, vorn 1 Treppe (an Weddingplatz)

**Zähne 1,50 M. Teilzahlung**  
 Zähne ohne Gaumen v. 3 M. an  
 Kronen v. 3 M. an / Piomben v. 1,50 M. an  
 Zahnziehen m. Betäubung 1 M.  
 Zahn-Arzt Dr. med. Wolf, Potsdamer Str. 55  
 Vorzölger 10% Rabatt

**Dezimalwagen**  
 Leichtw.-Gewichte, billige Preise. Größte Lager  
**Georg Wagner** Köpenicker Str. 71  
 keine Ladungsmittel, keine Schaufenster-Reklame, dafür weitestbilligere Preise

**FRÜHE-Pianos** zur **Miete**  
 Appacher Str. 1, 1. Etage

**Möbel-Kredit**  
 mit jeder nur annehmbaren Anzahlung und selbst zu bestimmender Abzahlung!  
**Riesen-Auswahl! Billigste Preise!**  
**Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer**  
 Modernste Küchen, weiß und lackiert, mit Linoleum-Blättern  
 Sämtl. Ergänzungsmöbel, weiß lackiert

**Möbel-Cohn**  
 im Osten: **Gr. Frankfurter Str. 58**  
 5 Minuten vom Alexanderplatz  
 im Norden: **Badstr. 47-48** (5 Minut. vom Bahnhof Gesundbrunnen)

Man achte genau auf Firma und Hausnummer!

# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

## Frisches Fleisch

Schweineschinken	Pfund 1 05
Schweineschulterblatt	Pfund 1 05
Hammelvorderfleisch	Pfund 65 Pf.
Hammelrücken	Pfund 72 Pf.
Hammelkeulen ganz und geteilt	Pfund 85 Pf.
Kalbskamm	Pfund 75 Pf.
Kalbskeule und Brust	Pfund 90 Pf.
Kasslar R. p. speer	Pfund 1 20
Schweineköpfe gepökelt	Pfund 40 Pf.
Is Ochsen suppenfleisch	50 Pf.
Is Ochsen schmorfleisch	30 Pf.
Rückenfett gefroren, wie frisch	Pfund 1 20
Gänseleber mit Magen	2 15
Gänseleber	Pfund 1 35
Gänseleber	Pfund 1 35

## Gemüse/Obst

Möhren	Pfund 3 Pf.
Kohlrüben	Pfund 4 Pf.
Weisskohl	Pfund 4 Pf.
Rotkohl	Pfund 6 Pf.
Wirsingkohl	Pfund 6 Pf.
Kochbirnen	Pfund 7 Pf.
Bergamotten	Pfund 10 Pf.
Graue Reinetten	Pfund 10 Pf.
Eiseräpfel	Pfund 10 Pf.

## Fische

Rotbars	Pfund 18 Pf.
Kablau n. K. i. ganz	Pfund 25 Pf.
Seelachs n. K. i. G.	Pfund 35 Pf.
Schellfisch	Pfund 30 Pf.

## Zucker

Zucker	Pfund 32 Pf.
Vollmilch 4 grosse Dosen	1 90
Molkerel Better	Pfund 98 Pf.

## Wurstwaren

Delikat-Sülzer	Pfund 55 Pf.
Rotwurst	Pfund 70 Pf.
Landleberw.	Pfund 75 Pf.
Fleischwurst	Pfund 1 00
Grobe Mettw.	Pfund 1 15
Mettwurst	Pfund 1 35
Jagdwurst	Pfund 1 35
Teewurst	Pfund 1 60
Schinkenwurst	Pfund 1 70

## Käse

Camembert	Schachtel 35 Pf.
Romatourkäse	Stück 40 Pf.
Harzer Käse	Pfund 50 Pf.
Kochkäse	Pfund 70 Pf.
Quadratkäse	Pfund 70 Pf.
Dän. Goudakäse	Pfund 85 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund 1 00
Bernhardiner Käse	Pfund 1 05
Schweizer Käse	Pfund 1 30

## Kolonialwaren

Weizenmehl	Pfund 19 Pf.
Auszugsmehl	Pfund 23 Pf.
Weizengriess	Pfund 24 Pf.
Hartgriess	Pfund 27 Pf.
Vikt.-Erbsen	Pfund 21 Pf.
Tafelreis	Pfund 22 Pf.
Haferflocken	Pfund 23 Pf.
Weisse Bohnen	Pfund 28 Pf.
Eier-Bandnudeln	Pfund 48 Pf.

## Räucherwaren

Bücklinge	Pfund 45 Pf.
Goldbars	Pfund 45 Pf.
Schellfisch	Pfund 40 Pf.
Stückenflundern	Pfund 55 Pf.

## Kakao

Fabrikat Sander	Pfund 90 Pf.
Noil Sardellen	Pfund 1 90
Pork and Beans	Pfund 40 Pf.

## Gemüse- u. Obstkonserven

Junger Spinat	1/2 Dose 64 Pf.
Jg. Bohnen	1 84 Pf.
Jg. Bohnen	1 1 00
Jg. Wachbohnen	1 1 10
Junge Karotten	58 Pf.
Junge Karotten	72 Pf.
Erbsen	58 Pf.
Erbsen	84 Pf.
Erbsen	1 37
Gemüse-Erbsen	48 Pf.
Junge Erbsen	58 Pf.
Junge Erbsen	85 Pf.
Junge Erbsen	1 36
Junge Erbsen	1 30
Tomatenpüree	80 Pf.
Pfefferlinge	1 15
Steinplize	1 37
Stang.-Spargel	1/2 Dose 2 50
Stang.-Spargel	3 00
Stang.-Spargel	3 35
Stang.-Spargel	3 58
Stang.-Spargel	4 15
Stang.-Spargel	4 55
Brechspargel	1 95
Brechspargel	2 20
Brechspargel	2 60
Brechspargel	3 00
Brechspargel	3 30
Stachelbeeren	90 Pf.
Sauerkirschen	1 05
Reineclaucen	1 10
Sauerkirschen	1 30
Kaiserkirschen	1 35
Mirabellen	1 35

1922er Oberhardt	1/2 Fl. 10 Fl.	1922er Montagne	1/2 Fl. 10 Fl.	1921er Trabener	1/2 Fl. 20 Fl.
Malkammerer	75 Pf. 7,00	Rowein	1,00 9,00	Kräuterh. Sauerbr.	3 25 30 00
1922er Eden	1/2 Fl. 10 Fl.	1922er Dürkheimer	1/2 Fl. 10 Fl.	Alter roter	1/2 Fl. 10 Fl.
Kobener	1,60 15,00	Feuerberg	1,50 14,00	Tarragona	1,50 14,00

## ZIGARREN

Sonderangebot für Restaurateure

Grosse Formate	Nur K. stenverkauf
1 Kiste = 50 Stück	3 00
1 Kiste = 50 Stück	3 50
1 Kiste = 50 Stück	4 00
1 Kiste = 50 Stück	5 00
1 Kiste = 50 Stück	6 00
1 Kiste = 100 Brasil	8 00

Nur Leipzig-er Strasse

### Theater Lichtspiele usw.

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
12 Uhr Sinfonie-  
Mittagskonzert  
7 1/2 Uhr Sinfonie-  
konzert

**Opernhaus am Königsplatz**  
7 1/2 Uhr Händel u. Gretel  
Leierkasten

**Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr Faust, L.  
Schiller-Theater  
7 1/2 Uhr Fuhrmann  
Henschel

**Volkstheater**  
7 1/2 Uhr Schneid, Wibbel

**Deutsch-Theater**  
7 1/2 Uhr  
Die heilige  
Johanna  
von Bernard Shaw  
Regie: M. Reinhardt

**Kammerspiele**  
8 Uhr  
Die tote Tante  
und andere  
Begabtheiten

**Die Komödie**  
Karlchen 2.4.1927  
8 Uhr  
Onkelchen  
hat geträumt

**Th. L. & Theaterstr.**  
8 Uhr  
Der Mann ohne Moral

**Th. a. Nollendorfpl.**  
7.30 Die Geliebte  
Sr. Hohell  
mit Fritz Massary

**Komödienhaus**  
8 Uhr Karussell

---

**SCALA**  
8 Uhr Variété  
**REVUE**  
Sonntag 3.9 zu  
halben Preis, das  
volle Programm!

**Th. J. Admiralsplatz**  
Allabendlich 8 1/2 Uhr  
Die gr. Öste  
Revue der Welt  
„Noch und Noch“  
Sonntag  
2 Vorstellungen  
in erster Besetzung  
3 1/2 u. 5 1/2 Uhr

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr  
U. G. Wissenswurm

**Deutsches Opernhaus**  
Zu erm. Pro. sen  
7 Uhr Carmen

**Intimes Theater**  
8: Liebeskonzert  
Tempo - Tempo!

**Metropol-Theater**  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
Gräfin Mariza

**Neues Th. am Zoo**  
Täglich 8 Uhr  
Die Frau  
ohne Scheitel  
Märchenstücke  
M. L. 30. 1. 1. K.  
Pitzlitz,  
der Hanswurst!

**Th. I. Kommand. Str.**  
8: Neuest. Schlager  
von Hugo Hirsch  
Wenn man ver-  
heiratet ist  
in t. Holly Weesley  
Siegfried Arno  
Prinz der Fäden - 1-8 Mk.  
Stg. 3 1/2 u. 5 1/2 u. 8 Mk.

**Rose-Theater**  
Dir. B. Rose  
8 1/2 Uhr  
Glaube u. Heimat

**WINKELGARTEN**  
Variété-  
Spielplan  
Rausen gestartet!



## Mensch und Tier im Urwald

Der neue Afrikafilm mit persönlichem Vortrag von  
**HANS SCHOMBURGK**  
Seine diesjährige Forschungsreise  
im Urwald von Liberia

Bisher nie gezeigte Szenen aus den Geheimbüden  
der Eingeborenen und Bilder der Tierwelt  
des Urwalds

**Uraufführung!**

### KAMMERLICHTSPIELE

im Ufahaus am Potsdamer Platz

## Der Großfilm des Proletariats

### Schmiede



läuft in folgenden Theatern  
ab 7. November demnächst

„Berliner Prolet“, Kastanienallee 7/9	„Vassage-Theat“, Neudölln, Bergstr. 151
„Saalburg“, Schöneberg, Hauptstr.	„Artushof“, Moabit, Verleberg, Str. 29
„Roats Lichtspiele“, Brunnenstr. 16	„Prinzess-Theater“, (Folies Caprice), Linienstraße
„Theater des Wedding“, Müllerstraße	„Stala-Theater“, Schönhauser Allee
„Pharos-Lichtspiele“, Müllerstr. 142	„Bahalla-Theater“, Spandau, Schönwalder Straße 2
„Schwarzer Adler“, Lichtenberg, Frankfurter Allee 99	„W. B. L.“, Oberschöneweide
„Lichtspielhaus“, Baumschulentweg, Waldow-Allee	„City-Lichtspiele“, Kadefcher Markt
„Urania“, Brangelstraße 10	„Simpion-Lichtspiele“, Lichtenberg, Simpionstraße 29
„Alhambra-Film- u. Bühnenschan“ Brandenburg	„Eva-Lichtsp.“, Wilmersd., Auguststr. 7
	„Galalichtspiele“, Ufedomstraße 14
	„Gerhard-Dammann-Lichtspiele“, Safenbeide 52/53

## Große Volksoper

### Don Juan

7 1/2 Uhr

**Lesing-Theater**  
4 Uhr  
Die große Revue  
Wien gib acht!  
Feb. 150 Mitwirkende  
Sonnab. 4 U. kl. Pr.  
Händel u. Gretel  
Gr. Kinermärchen

**Kleines Th.**  
Täglich 8 Uhr  
Tilla Durieux in  
Ein idealer Gatte  
Sonnab. 4 U. kl. Pr.  
Schneewittchen

**Residenz-Theater**  
U. Fel. Meinhardt  
8 Uhr  
Die vier  
Schlaumeier  
Mus. v. W. W. Goethe  
Sonnab. 3 1/2 U. kl. Pr.  
360 Frauen

**WINKELGARTEN**  
Variété-  
Spielplan  
Rausen gestartet!

## KOMISCHE OPER

Direktion: James Klein  
8 Uhr Allabendlich 8 Uhr

### GRÖSSTE REVUE

ALLER ZEITEN  
„Das hat die Welt  
noch nicht gesehen“  
Vorverkauf ununterbrochen  
Preise von 2 bis 15 Mk.

**Trianon-Th.**  
Täglich 8 Uhr  
**Solott'**  
Erika Gäßner,  
Jul. Falkenstein  
u. Ferd. Bonn

**Gr. Kinder-Vorst.**  
im Trianon-Th.  
Sbd. 4 Uhr Fr. & Sa. R.  
Gr. Zauber-  
Rotkäppchen  
Das ist nicht. Legen  
Die Zauberbrille  
Sonntag 4 U. kl. Pr.  
Eine glänzende Nacht

**Theater am  
Kottbuser Tor.**  
Täglich 8 Uhr u.  
sonst nachm 3 Uhr  
**Ellie-  
Sänger**  
F. eine halbes  
November-  
programm!  
Volksstiml  
Preis

**Hecht** (Lehrwerk  
Zigarren, Zigaretten  
Tabak billig)  
Lindenstr. 81

**Th. L. d. Gem.-Turhalle**  
Weidensee, Pichlerstr. 23  
Sonnab. abds. 7 1/2 Uhr  
W. Heiden-Reinrich  
in:  
**Die Abenteuerin**  
Operette von Grayb  
Preis: 80 Pf. b. 2 Mk.

**Casino-Theater**  
Lehrerstr. 27 Tägl. 8 Uhr  
Neu! Neu!  
**Satan Weib!**  
Berlin-Talstr. 10-12  
Vorher Hunter Teil  
Vo. kostüm. Preise

**Goeth.-Bühne**  
Klosterstr. 43  
Tägl. 7 1/2 u. 8 Uhr  
„Sturm u. Drang“  
von F. M. Klinge  
Regie: Dr. Heine  
Vorverkauf: Theat. 10-12,  
S. 8, W. 10, S. 10, S. 10  
Mügl. halb. Kass.-Pr.

**Reichshafen-Theat.**  
Abends 8 U. u. Stp. nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Tägl. halb. Pr. b. 10 Pf. Abends  
**Bönhof-Brettli** Herrlich.  
Ant. 7 1/2. Populäre Preise

## Garderobe auf Kredit

für Herren u. Burschen  
An- und Abzahlung  
nach Belieben!  
Riesen-Auswahl

### Landwehr,

Müllerstraße 7, vorn 1 Tr.  
am Weddingplatz.

Jackett-Anzüge 30, Ulster 28, Damenmäntel 25 M. Extra-Angebote in Pelzwaren: Kreuzfuchs 10. gebil. Ziegen 15, Sportpelz 85, Gehpelz 100, Pelzmäntel, Pelzjacken, ferner Teppiche, Wäsche, Gardinen, Schuhe usw. — enorm billig — im Leihhaus Moritzplatz 58a

Wenn sie verhandelt hätten!

Und erst, wenn sie regiert hätten!

Herr Windler hat für die Deutschnationalen die Wahlparole „London“ ausgegeben. Das ist bescheiden. Die Deutschnationalen wagen nicht mehr, auf ihre heilbringende Zukunftspolitik hinzuweisen. Sie wollen den Wählern mit ihrer Stärke und ihrem Patriotismus in der Vergangenheit füttern, die sie entwickelt haben würden, wenn — ja wenn es eben nicht anders gewesen wäre. Wenn sie aber erst verhandelt hätten! Dann hätten sie Deutschlands Porzellan zertrümmert wie das bekannte Tier im Porzellanladen nach der Helfferichschen Parole: Das Weitere wird sich entwickeln. Da sie aber eben nicht verhandelt haben, freuen sie sich ihrer Jungfräulichkeit und renommieren: Wenn wir verhandelt hätten!

Diese Renommee ist der Deutschen Volkspartei unbedeutsam; denn sie geht gegen sie und speziell gegen Herrn Stresemann. Die Volkspartei ist über so schöne Behandlung nach treuen Diensten erbost und revanchiert sich mit einigem Hohn gegen die Deutschnationalen. Die „Zeit“ hält ihnen ihre Schande vom 29. August vor, um anzudeuten, daß die Deutschnationalen, wenn sie verhandelt hätten, schon in London 29. August gespielt haben würden:

Wenn man aber erst einmal diese Zweifelsfragen äußert, so kommen die Deutschnationalen in eine außerordentlich peinliche Lage. Herr Windler tut ja so, als ob eine deutschnationale Delegation in London wie eine Mauer gestanden hätte. Wer wird ihm das heute noch glauben? Nach den großen Worten, die im Frühjahr im Wahlkampf reichlich gefallen sind, sollte ja wohl auch die deutschnationale Mauer im Reichstag festeste standhalten. Und sie ist doch umgefallen, obwohl der Reichstag keine so schwere Probe war wie die Londoner Konferenz! Die Deutschnationalen hätten also alle Ursache, das Wort „London“ im Wahlkampf nicht wieder aufleben zu lassen. Dieses Wort und daneben die Versicherung des Herrn Windler, die Geschlossenheit der Deutschnationalen werde den anderen Parteien auf die Nerven gehen — das ist doch eine etwas greieste Zusammenstellung.

Die „Zeit“ ist — bei aller schonender Zurückhaltung — boshaft genug, die Frage aufzuwerfen, wer von den Deutschnationalen denn hätte verhandeln sollen? Herr v. Frentag-Poringhoven oder Herr Schlange, Herr Hergt oder Herr Hoehsch? Wobei sie ganz Herrn v. Tirpitz vergißt, der sich als Londoner Verhandlungsführer besonders gut ausgenommen haben würde.

Indessen ist die „Zeit“ mit dieser erzwungenen Abwehr ausgerückt. Die Ohrfeige gegen die Deutschnationalen trifft sie ja selbst. Sie braucht nur an die Stelle der Renommee: „wenn wir verhandelt hätten“ den Satz: „wenn wir regiert hätten“ zu setzen; dann wird es klar, wie sie selbst mitgegangen ist.

Wenn sie verhandelt hätten — o weh! Aber wenn sie erst regiert hätten — und dazu wollte ihnen ja die Deutsche Volkspartei um jeden Preis verhelfen! Wer hätte denn regieren sollen, und wie hätten sie denn regiert? Wäre Deutschland überhaupt jemals wieder zu Verhandlungen gekommen, wenn sie regiert hätten?

Es ist gut, daß sie nicht verhandelt haben. Es ist besser, daß sie nicht regieren. Und es wird am besten sein, wenn die Wahl am 7. Dezember so ausgeht, daß sie ein für allemal weder zu dem einen noch zu dem anderen kommen können.

Nichts gelernt und nichts vergessen.

Die Reaktion in Reinkultur.

Die „Kreuzzeitung“ erweist sich im Wahlkampf als das verstockte Organ der finsternen Reaktion. Ein Graf v. Schulenburg ließ den Herren Stresemann und Marx den Text, daß sie sich nicht grundsätzlich gegen jede Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie lehnen:

Dieser klaren Forderung der Vernunft und der Selbsterhaltung des Staates entgegen wachte Herr Stresemann in seiner Rede vor dem Bezirksparlament am 27. September zu erklären, seine Partei würde „sich nicht auf den Weg drängen lassen, das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie prinzipiell abzulehnen“. Ist sich Herr Stresemann darüber klar, was er damit sagt? Er sagt, seine Partei würde keinesfalls das Zusammenarbeiten mit der Partei ablehnen, die deren sittliche und politische Grundsätze verleugnet; die den Glauben verleugnet, der bisher die Grundfeste des deutschen Staates gebildet hat, die Verrat am Vaterlande ist, indem sie Verleumdung um jeden Preis mit unserem erbittertesten Feinde predigt, die den Befehl vernichten will, die der freien Liebe statt der heiligen Ehe das Wort redet, ja die niederträchtigen will jedes Ansehen, jede Ehrfurcht, wie sie das geschichtliche Königtum und das vom Volk getragene Militärvolk schon niedergedrückt hat. — Noch unzweideutiger drückt sich Reichskanzler Marx in seiner Antwort gegenüber Ausragern der „Germania“ am 2. Oktober aus, wo er etwa sagte: „Ich will es mir angelegen sein lassen, mit allen denjenigen Parteien in Verbindung zu treten, die willens sind, dem deutschen Volke den Weg in eine bessere Zukunft zu bahnen“; und aus dem Zusammenhang geht hervor, daß er hierzu — schließlich alle Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschösterreichern, rechnet, insbesondere aber auch die Sozialdemokratie. Hat man je blühenderen Blüthen gelesen oder gehört?

Wie sprechen nicht von den abgedroschenen Konventionen, Phrasen aus dem vorigen Jahrhundert, die hier als politisches Argument gehandelt werden. Jedes Wort der Diskussion wäre zu schade. Die Tatsache, daß sie wieder hervorgezogen werden, und hervorgezogen werden können, ist das Besondere. Darin kommt zum Ausdruck, was die Grundfrage des Bürgerbundes sein soll. Die Sozialdemokratie soll vom Staatsleben ausgeschlossen werden. Sie soll wie eine aussäugige Partei behandelt werden, mit der grundsätzlich jede Zusammenarbeit abzulehnen ist. Die Arbeiterschaft in schweigender Ansdacht, ohne politischen Einfluß, ohne politisches Recht, ausgeschlossen vom Staat.

Dies Ziel ist so niederträchtig gemein, daß es nur von preußischen Konfessionsreaktionärer Prägung aufgestellt werden kann. Aber es ist antiquiert. Niemals wird die deutsche Arbeiterschaft die Restruktion der altkonfessionellen Herrschaft dulden, niemals läßt sie sich die erklämpfte Freiheit, ihr Staatsbürgerrecht, ihr politisches Recht rauben. Mit Verachtung weist die Sozialdemokratie es ab, wenn das reaktionäre Geschicht, dem der Staat nur Mittel zum Zweck der Behauptung der eigenen Herrschaft ist, ihre Staatsgefürung und ihre nationale Gesinnung verdächtigt. Je deutlicher die Reaktion das Gesicht des Bürgerbundes enthüllt, um so sicherer der Zusammenbruch der Bürgerbündnisse. Am 7. Dezember werden die verstockten Konventionen in deutschnationaler Gewand erkennen, daß ihre Zeit vorüber ist.

Deutschnationaler Feuerzauber.



Meine Herren, hier drin befindet sich ein vaterländisches Monsterverweck für unsern Wahlsieg!

Wie wird zum Landtag gewählt?

Die Wahlordnung für den Preussischen Landtag.

Nach der neuen preussischen Wahlordnung ist das Wahlrecht zum Preussischen Landtag ausschließlich an das Wohnortrecht eines Wohnorts in Preußen geknüpft. Nur Preussische Staatsbeamte, Arbeiter und Angestellte in preussischen Staatsbetrieben sowie die zu ihrem Haushalt gehörigen Personen sind beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für das Wahlrecht auch zum Preussischen Landtag wahlberechtigt, wenn sie zwar außerhalb des Preussischen Staatsgebiets, aber nahe der Landesgrenze wohnen. Sie sind auf Antrag in das Wählerverzeichnis einer benachbarten preussischen Gemeinde einzutragen.

Wichtig ist ferner, daß nach dem preussischen Wahlgesetz die Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen, dagegen die Landeswahlvorschläge von mindestens 1500 Wählern beliebiger Wahlkreise. Die Unterschrift von 20 Wählern genügt in beiden Fällen bei Wahlvorschlägen der Parteien, die schon im letzten Landtage vertreten gewesen sind. Dies sind folgende Parteien:

- 1. Deutsche Demokratische Partei, 2. Deutsche Volkspartei, 3. Deutsche Zentrumspartei, 4. Deutsch-Hannoversche Partei, 5. Deutschnationale Volkspartei, 6. Kommunistische Arbeitergemeinschaft, 7. Kommunistische Partei Deutschlands, 8. Polen, 9. Sozialdemokratische Partei, 10. Unabhängige Sozialdemokratische Partei, 11. Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes.

Die Bestimmung der Stimmzettel ist nach der Preussischen Bundeswahlordnung ausdrücklich zur Aufgabe der Kreiswahlleiter gemacht, während dies in der Reichstimmordnung offen gelassen ist. Die zu Kreiswahlleitern für die Reichstags- und Landtagswahlen ernannten preussischen Beamten haben für sämtliche Wähler ihres Wahlbezirks die zu beiden Wahlen erforderlichen Stimmzettel in ausreichender Menge zu beschaffen und den Gemeinden zu überweisen.

Gewählt wird bei beiden Wahlen mit einem Wahlzettelumschlag. Es wird dementsprechend auch für beide Wahlen ein und dieselbe Wahlurne benutzt, und die Verwendung einer zweiten Urne ist nur dann statthaft, wenn die Wahl nach Geschlechtern getrennt vorgenommen wird.

Neu geregelt ist das Wahlrecht der Seesleute. Danach können Seesleute, die vor der Wahl aus einem deutschen Seebahnen mit einem Seefahrzeug ausfahren oder am Wahltag oder in den nachfolgenden 5 Tagen in einem deutschen Seebahnen einfahren und sich durch ihr Seefahrerbuch ausweisen, ihr Wahlrecht in der Zeit vom zehnten Tage vor dem Wahltag bis zum fünften Tage nach diesem in der Hafenstadt, falls sie zum preussischen Staatsgebiete gehört, andernfalls in der der nächstgelegenen Hafenstadt benachbarten preussischen Gemeinde vor einem besonderen Wahlvorstand ausüben.

Neu geregelt und wichtig sind auch die Bestimmungen über das Wahlverfahren in Krankenhäusern und Heilanstalten. Es wird da u. a. bestimmt, daß die Gemeindebehörden von der Anstaltsleitung ein Verzeichnis über die voraussichtlich vor der Wahl nicht aus der Anstalt zu entlassenden Wähler anfordern, Wahlscheine für sie ausstellen und den Anstaltsleitungen übergeben. Die Anstaltsleitung bestimmt sodann einen Wahlraum, wobei die Anstaltsleitungen auf ihren Wunsch, wenn erforderlich in ihren Betten, unbedenklich gebracht werden können. Er muß so gelegen sein, daß ein Wohnbereichsraum geschaffen werden kann. Es ist zulässig, für die Wahl in verschiedenen Gebäuden einer Anstalt oder in den verschiedenen Stockwerken eines Gebäudes verschiedene Räume und verschiedene Zeiten zu bestimmen. Die Wahlzeit ist so zu bemessen, daß sämtliche für den einzelnen Wahlraum in Betracht kommenden Anstaltsinwohner ihre Stimmen abgeben können. Der Wahlvorstand kann auf Wunsch des Kranken zur Entgegennahme des Stimmzettels auch an das Krankenbett gehen, wenn ärztliche Bedenken nicht entgegenstehen.

Die Kreiswahlvorschläge müssen spätestens am 17. Tage vor dem Wahltag bei dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises, die Landeswahlvorschläge spätestens am 14. Tage vor dem Wahltag bei dem Landeswahlleiter eingereicht sein.

Wegbereiter der „proletarischen Revolution“.

Wie die Kommunisten ihren Arbeiterverrat begründen.

Immer hoffnungsloser verrennen sich die Kommunisten mit ihrem kanakischen Hohn gegen die Sozialdemokratie. Sie geben selber zu, daß sie nicht mehr wie früher eine „radikal-sozialistische“ Partei sind, sie behaupten, daß sie eine „hohschewistische“ (lies anarchoistische) Partei seien. Den größten Widerstand unter den eigenen Anhängern ist ihr Skandalöses Verhalten beim Abbau der aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Kommunalbeamten aus. In der Bezirksversammlung des Berliner Bezirks Kreuzberg gaben sie dazu eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Unser Stellungnahme wird weiter dadurch begründet, daß die Sozialdemokratische Partei in kommunalpolitischen Fragen im Interesse des Proletariats vollständig versagt hat, ferner, daß durch den Entschluß des Innenministers Seevering es ermöglicht wurde, eine ungeheure Anzahl von kommunistischen Gemeindevertretern die Be-

stätigung zu verweigern. (I. Fall Ausländer.) Im übrigen war auch die Haltung der SPD. bei der Stellungnahme zu den Dawes-Gesetzen, in der Annahmefrage vom proletarischen Standpunkt eine sehr verwerfliche. Wir sehen als Kommunisten in der SPD. den gefährlicheren Feind und werden auf allen Gebieten ihn versuchen unendlich zu machen, um so der proletarischen Revolution den Weg zu ebnen.“

Diese Art der „Wegbereitung“ für die proletarische Revolution kommt in Wirklichkeit nur dem Bürgertum zugute. Die Freundschaft zwischen Extremen von rechts und links ist deshalb auch überaus groß. Die Arbeiter müssen deshalb am 7. Dezember diesen Wegbereitern die Dultung geben, die sie verdienen. Jede Stimme für die SPD. ist eine Stimme für die Reaktion. Deswegen muß dafür gesorgt werden, daß der Zusammenbruch der SPD. bei den Wahlen ein vollständiger wird.

Die reaktionären Bundesbrüder.

Und wieder: Hakenkreuz und Sowjetkern.

Aus Brandenburg a. d. H. wird uns geschrieben: Die Deutschnationale Freiheitspartei hielt hier die erste Wählerversammlung am 4. November ab mit dem Referenten Landtagsabgeordneten Becker-Potsdam. Der Redner sollte über „Erfüllungspolitik und deutsches Gland“ sprechen. In keinem Kino wird so gelacht, wie hier während des einstündigen Vortrags gelacht wurde. Der Redner sprach über die Schicksalhaftigkeit der sozialdemokratischen Führer Scheidemann, Seevering, Löb, Süßbaum, Reinert, Meerfeld und Hüfner. Alle mühten sich wieder in der Werkstatt arbeiten und die „nationalen Führer“ zur Macht kommen lassen, dann werde ein Reich entstehen, wo jeder Mann wieder gern seinen Tornister auf den Rücken nehmen werde, um die Fremdherrschaft des internationalen Judentums abzuschütteln. Die kräftiger, zahlreicheren Arbeiter der zahlreich erschienenen Arbeiterschaft lösten eine Lachsalve nach der anderen aus. Während der Herr Becker aus Potsdam eine Stunde nur gegen die Sozialdemokratische Partei geredet, hatte er für die Kommunisten nur drei Minuten Zeit übrig. Genosse Dreißler leuchtete ihm in der Diskussion gründlich heim. Nachdem noch ein Demokrat gegen den Redner gesprochen hatte, kam sofort ein SPD.-Mann dem Redner zu Hilfe und beschimpfte die Sozialdemokratische Partei. Aus dem Beifall konnte man wieder die Einigkeit von Hakenkreuz und Sowjetkern feststellen. Im Schlußwort las der Herr Becker aus Potsdam noch etwas aus einer Schrift von Einem gegen Genossen Hüfner vor, um sich bei den Kommunisten einen guten Abgang zu verschaffen. Noch mehr solche Versammlungen, und es werden auch dem Dämmnis die Augen aufgehen, daß jeder Wähler sozialdemokratisch wählen muß, daß sich rechts und links die Feinde des Volkes in die Hände arbeiten. Besser wie in dieser Versammlung konnte es nicht gezeigt werden.

Sie suchen Wahlhelfer.

Die Deutschnationalen wollen die Studentenverbindungen für den Wahlkampf mobil machen. Sie verlangen ein Zirkular an die Verbindungen, dessen Inhalt auf das politische Verständnis berechnet ist, das sie bei reaktionären Studentenverbindungen voraussetzen. Uns liegt ein solches Zirkular aus Dresden vor, das charakteristisch ist für die Art und Weise, wie politische Fragen in diesen Kreisen behandelt werden. Wir lassen das Zirkular folgen:

Deutschnationale Volkspartei Ortsgruppe Dresden.

Dresden-A., den 31. Oktober 1924.

An eine verehrliche Verbindung . . . . .

Der erst am 4. Mai d. J. gewählte Reichstag hat nach einem unrühmlichen Dasein ein lässliches Ende genommen.

Herr Ebert, der auch als Reichspräsident der Kassenkämpferische Sozialdemokrat geblieben ist, hatte es verstanden, durch fortgesetzte Verfassungsbrüche die deutschnationale Fraktion, die durch die Entscheidung von mehr als 6 Millionen Wählern als stärkste im Reichstag eingezogen war, nicht nur von der Neubildung, sondern von der Regierung überhaupt auszuschalten, obgleich die Deutschnationalen unzweideutig ihren Willen, die veranimatorische Leitung unserer Geschichte in die Hand zu nehmen, bekundet hatten. Der Ausgang der Londoner Verhandlungen mit den schweren inner- und wirtschaftspolitischen Folgen würde unter deutschnationaler Leitung unerspart geblieben sein. Im neuen Reichstag hofft Herr Ebert, geklärt auf die schwarzrot-löslich-braune Internationale, die Rebebel zu erhalten, die er zur Verwirklichung seiner sozialistisch-marxistischen Ideen, nicht zuletzt aber auch zur Sicherung seiner Wiederwahl, braucht. Sollte es so weit kommen, so würde die Wiedererstarkung Deutschlands auf viele Jahre hinaus, vielleicht für immer, umhüllt gemacht werden. Dann würde es keinen mit Hilfe der Demokrosen und des linken Zentrumsflügels gemachten Versuch, die Reichswehr aus dem Reichsdanner Schwarz-Rot-Gold unter Deimling's Führung aufzubauen, und die auf vaterländischem Boden stehenden Verbände und Körperschaften zu zerstückeln verwerflichen können, ein Versuch, der erst in jüngster Zeit an der Taktik der Deutschnationalen gescheitert ist. Seine Wiederholung

# Achtung, Munition geliefert, die Reaktion rüstet!

wird nur verhindert, wenn die Deutschnationale Volkspartei stärker noch als früher aus dem Wahlkampf hervorgeht. Deshalb wenden wir uns an die studentische Jugend mit der ebenso herzlichen wie dringenden Bitte, uns um ihrer selbst willen in diesem Kampfe zur Seite zu stehen und uns insbesondere bei unserer Wahlarbeit tätige Hilfe zu leisten.

Neben der Flugblattverbreitung kommt auch am Wahltag selbst der vertrauensvolle Dienst in Frage.

Für eine baldige Mitteilung, ob und in welcher Stärke wir auf Sie rechnen können, wären wir Ihnen zu großem Danke verpflichtet. Auf in den Wahlkampf für eine christlich-politisch-nationalsoziale Volksgemeinschaft!

## Deutschland den Deutschen!

In ausgezeichnete Hochachtung und mit deutschem Gruß!  
Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Dresden.  
gez. S. Hesse, Geschäftsführer.

Die plumpe Hehe ist für reaktionäre Studenten gerade gut genug! Ausgezeichnet, wenn sich die Deutschnationalen über Verfassungsverstoß beschweren. Jeder Sozialdemokrat weiß, daß es auf solche traurig verlogene Hehe nur eine Antwort gibt: unermüdete Baharheit, damit der Reaktion am 7. Dezember Hören und Sehen vergeht.

## Eine Grabrede.

### Die Bürgerblöcker in der demokratischen Reichstagsfraktion.

Die demokratische „Hilfe“ veröffentlicht folgende Grabrede auf die ausgeschiedenen Bürgerblöcker:

„Bei voller Befugung der Fraktion stimmten — nach dem Austritt Böhmers — für diese Politik 21 von 27 Abgeordneten. Nur 6 Abgeordnete waren bereit, den Rechtsblock mitzumachen. Aber sie waren der Meinung, daß für den Rechtsblock jetzt keine denkbar ungünstige Zeit sei. Auch sie wollten die Frage vertagt wissen, wollten das Verbleiben des abgeänderten Kabinetts Marx. Böhnige Einmütigkeit herrschte darin. Als die Entscheidung unvermeidlich wurde, ergab sich das erwähnte Stimmverhältnis. Die Sager erbaten und erhielten die Zusage, daß ihre Namen nicht genannt wurden. Sie gab es eine persönliche Differenz. Mit vollster Achtung vor der inneren Überzeugung fand die Auseinandersetzung statt. Dreimal redete jeder von den Sechsen sich seine Bedenken von der Seele. Sie beantragten Abänderungen, d. h. Abschwächungen der jeweiligen Beschlüsse. Man gelangte zu ihnen zu, um ihnen entgegenzukommen. Sie hatten eine Dreiviertelmehrheit eine Einviertelmehrheit so höflich, so entgegenkommend behandelt. Wie auch sprachen die Herren, die ausgeschieden, ein Wort der Andeutung über solche Absichten. Wir gingen am 20. Oktober auseinander in alter Freundschaft und laden am 21. Oktober abends in der Zeitung, daß die Herren Schiffer, Gerland und Kleinath ausgeschieden seien. Das ist die wahre Geschichte dieses Austritts. Jeder von uns hätte in den vergangenen vier Jahren zehnmal Gelegenheit gehabt, mit solcher Begründung auszutreten. Aber wir blieben. Schiffer und Gerland gingen in einem Augenblick, als sie schon wußten, daß ihre Wiederkehr als demokratische Abgeordnete ausgeschlossen sei. Sie erlirgen es nicht, still zu gehen, sondern wählten die heilige Pöse des Uebergehens in den gegenüberliegenden Graben. Rüge ihnen die Erde leicht sein.“

## Kinderreiche!

Die gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die Kinderreiche Familie“ e. V. m. b. H. Berlin und Provinz Brandenburg befaßt sich ausschließlich mit dem Bau von Siedlungen für Kinderreiche. Da nun naturgemäß die Kinderreichen keine erste Hypothek aufbringen können, ist es erste Aufgabe der Genossenschaft, diese Gelder zu geringen Zinsen aus Staats- und Kommunalmitteln zu beschaffen. Es ist dieses eine schwierige Aufgabe, sogar eine der schwierigsten, die es überhaupt gibt. Mit Freuden kann festgestellt werden, daß die politischen Parteien, vornehmlich die Mittelparteien, sich voll für die Lösung dieser Fragen einsetzen.

Von der Sozialdemokratischen Partei war auf Betreiben des Vorstandes obiger Genossenschaft im Plenum des Landtages folgender Antrag gestellt unter Nr. 8336. Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, die Richtlinien über die Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken dahin zu ergänzen, daß für Wohnungsbauten kinderreicher Familien die Hauszinssteuerhypothek auf 90 Proz. der Gesamtkosten, beim Vorkaufendein von Grundstücken bis zu 100 Proz. der Baukosten erhöht wird.

Dieser Antrag fand in der ersten Beratung, Sonnabend, den 18. Oktober, im ganzen Hause lebhaften Beifall. Leider kam die Aufhebung des Landtages dazwischen und so konnte die zweite und dritte Beratung nicht mehr vorgenommen werden. Ein Antrag des Zentrums und der Sozialdemokraten auf Weiterberatung scheiterte an dem Widerspruch der Deutschnationalen.

Beim Zusammentritt des neuen Landtages wird der Antrag von denselben Parteien sofort wieder aufgenommen und sollen die Kinderreichen, sofern sie einer gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft angeschlossen sind, in nicht allzu ferner Zeit in den Besitz eines Siedlungshelms gelangen.

Im Berliner Rathaus ist auf Betreiben der Sozialdemokratie eine Summe von fünf Millionen Mark für niedrig verzinsliche Spitzenhypotheken zur Verfügung gestellt. In den von der Sozialdemokratie eingereichten und dann gegen die Stimmen der rechten Parteien angenommenen Antrag heißt es ausdrücklich, daß kinderreiche Familien bei der Vergebung dieser Zuschüsse bevorzugt werden sollen.

Es ist selbstverständlich Pflicht der Kinderreichen, den Parteien ihre Unterstützung nicht zu verweigern, die sich auf das Wärmste für sie einsetzen.

Hergts Mandat. Herr Hergt ist von seinem Wahlkreis Nieder-Sachsen wieder aufgestellt worden. Vielleicht haben seine Parteifreunde gemeint, da zu diesem Wahlkreis auch der Ort Dalbau gehört, könnten sie schließlich auch einen Salbmann aufstellen.

Der Kampf gegen die verräterischen Verleumder von rechts und links erfordert in Berlin bedeutende Geldmittel. — Zahle deshalb jeder, der nur irgend kann, schnellstens seinen freiwilligen Beitrag für den Wahlfonds der SPD. in Berlin, auf Postcheckkonto 48743 an Alex Pagels Berlin SW 68, Lindenstraße 3, ein.

## Deutschoesterreichischer Parteitag Keine Arbeitererräte mehr.

Seit der Zeit, wo für den Lohnarbeiter und Beamten die Verwendung von Wertlohn zur Teilnahme an einer Beratung der Arbeiterpartei sichere Entlohnung und Schutz auf die schwarze Liste bedeutete, hat sich viel geändert; aber an dem damals festgesetzten Zeitpunkt des Parteitags, den Feiertagen des katholischen Totenfestes Allerheiligen und Allerseelen, hält die deutschoesterreichische Partei fest. In Salzburg hat jedoch der Parteikongreß gelagt, und man erinnerte sich des ersten Salzburger Parteitags vor zwanzig Jahren. Damals verdrossene Niedergeschlagenheit, weil es mit dem Wahlrecht und überhaupt nicht vorwärts ging — heute in aufsteigender Macht. Hat doch die rote Jugendmode zur Feier des dreißigjährigen Bestandes der Jugendorganisation eben erst wieder 15 000 neue Jugendgenossen gebracht! Und auf der Frauenkonferenz konnte Adelhaid Popp berichten, daß fast der dritte Teil der Parteimitgliedschaft, 145 000 Wahlberechtigte, Frauen sind. Und tagte man doch im Landtagsgebäude der ehemaligen kaiserlichen Domäne des Landes Salzburg, dessen Landeshauptmannstellvertreter Robert Preußler nun am Vorstandstisch saß. Dies, und die ganze Stärke und Nüchternheit unserer Bruderpartei, worüber wir erst kürzlich berichteten, gaben dem Vertreter des Parteivorstandes in Berlin, Rudolf Hilsderding, berechtigten Grund, in seiner Begrüßungsrede zu sagen, daß die deutschoesterreichische Sozialdemokratie mit Bewunderung auf das deutschoesterreichische Korps der Internationalen blide.

Weitere Begrüßungsansprachen hielten Friedrich Adler für das Internationale Bureau und im Auftrag der britischen Arbeiterpartei, Koosbrack für Belgien. Dan für die russischen, Farlas für die mährischen Sozialdemokraten. Vorausset für die tschechischen Genossen Wiens und Riehnner für die Subkarpaten. Die anderen ausländischen Bruderparteien hatten ihre Grüße drahtlich und brieflich entsendet.

Im Anschluß an die Berichterstattung des Parteivorstandes kamen die Treiberinnen des christlichsozialen Wehrministeriums Vaugoin und reaktionärer Offiziere zur Sprache, die nicht nur die Wehrmacht der Republik weit unter ihren zulässigen Stand herabdrücken, sondern auch ihren republikanisch-demokratischen Geist durch grenzenlose Schikanierung, ja Verfolgung sozialistischer Wehrmänner zu brechen suchen. Deutlich verlangte, gestützt auf den Umstand, daß bei den eben abgehaltenen Vertrauensmännervahlen

### vier Fünftel der Wehrmacht für den freigewerkschaftlichen Militäerverband gestimmt

haben, schärfsten Kampf gegen diese reaktionären Anschläge. Es wurde die Bildung von Militärkomitees beschloffen, die die Verbindung zwischen der organisierten Arbeiterkraft und der Wehrmacht herstellen werden.

Karl Renner behandelte die studentische und professorale Halentreuzerei auf den Hochschulen und sagte, es könnten einmal den Arbeitern, die an eiserne Schichtarbeit gewöhnt sind, angelehnt der Schändlichkeiten und Unerschämtheiten auf den Schulen die Kerven reißen.

Otto Glöckel sprach über den Angriff Seipels gegen die Schulen; der Bundeskanzler hat leghin eine Rede für Schulverfassung gehalten. Ihm wird wirksam begegnet werden. Der Parteitag beschloß die Schaffung einer schulpolitischen Zentralstelle, die Zusammenfassung aller schulpolitischen Ausschüsse. Diese Zentralstelle hat sich noch in Salzburg konstituiert.

### Otto Bauer über die nächsten Aufgaben der Partei.

Er sagte in der Hauptsache: Es ist notwendig, den Arbeitern immer wieder vor Augen zu halten, daß wir im Nationalrat die Mehrheit sind. Wir können verhindern, daß gegen unseren Willen Gesetze geschaffen werden, wir können durchsehen, daß die Mehrheit uns Gesetze bewilligt, die sie aus sich selbst heraus niemals vor das Haus brächte, um die sie aber nicht herum kann — wie die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, die wir demnächst neuerlich verlangen werden — wir können also abwehren, wir können teilweise aufbauen, aber wir können nicht alles durchsehen, was uns auf dem Herzen liegt.

Seine Darstellungen führten von selbst zu einer Darstellung der geringen Nachteile und der großen

### Vorteile eines Zweiparteiensystems

gegenüber einem Mehrparteiensystem. Das Zweiparteiensystem schafft die letzte, die endgültige Gegenüberstellung zweier Gruppen, die um die Macht kämpfen. Die jetzige Regierung sorgt schon dafür, daß ihre Anhänger in Scharen von ihr abfallen. Hier steht die neue große Aufgabe der Partei ein. Sie hat heute schon um sechs Siebentel mehr Anhänger, als sie auf demselben Gebiete vor dem Kriege gehabt hat. Aber täuschen wir uns nicht! Nicht jeder, der ein Parteizusatzzeichen trägt und seinen Mitgliedsbeitrag zahlt, ist schon ein Sozialist. Unsere Gegner sagen uns immer, die Verwirklichung eurer Pläne steht einem ganz anderen Menschen voraus. Das ist richtig.

### Schaffen wir diesen anderen Menschen!

Wir müssen allen unseren Leuten zeigen, daß die Sozialdemokratie nicht nur die keinen Fragen des Alltags zu bereinigen hat,

sondern daß sie über eine Welt von Ideen gebietet, die eben den neuen Menschen schaffen. Wir müssen Gelegenheiten geben, um über das Wesen der Sozialdemokratie zu sprechen, damit in diesen Diskussionen klar wird, wie das Kleinzeug der täglichen Auseinandersetzungen um die höchsten Güter der Menschheit geht. Von dem, was wir einst erstrebten, ist das meiste erfüllt. Das Parteiprogramm unserer Forderungen stellt sich heute zum größten Teile wie ein Bergelohnis unserer Errungenschaften. Wir müssen neue Ziele stecken! Nicht so, daß sich eine Programmkommission zusammensetzt und ein neues Parteiprogramm ausarbeitet, sondern so, daß die Anregung von uns ausgeht und daß sie nun den Gegenstand der Auseinandersetzungen in der ganzen Partei bildet und daß die Ergebnisse dieser Besprechungen dann zu uns gelangen, um die neuen Richtlinien zu ergeben.

Das ist vor allem wegen der Jugend notwendig. Auf der Jugend beruht unsere größte Hoffnung. Wir müssen uns aber sagen, daß es eine Jugend ist, die durch den Krieg gegangen ist, die zu viele Autoritäten niederbrechen, zu viele Ideen sich blamieren gesehen hat. Daß das eine nuchterne, realistische Jugend ist, der wir den nüchternen Realismus unserer Bestrebungen vermitteln wollen. Aber dieser nüchterne Realismus ist ohne Schwung, ohne Begeisterung, ohne Enthusiasmus nicht erreichbar, nicht erreichbar ohne die feurige Bemühung, ohne den Einseh jener Beschwingtheit, nach der die Jugend hungert.

So müssen wir vor die Jungen treten, so müssen wir sie zur Aussprache über unsere nahen und unsere ferneren Ziele veranlassen, damit der geistige Kampf da ist unter den Seekn, um die wir werden. Sie zu erringen, muß unser Bestreben sein, denn die Jugend ist die Zukunft!

Dementsprechend beschloß der Parteitag: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine agrarpolitische Kommission sowie Kommissionen einzusetzen, die wichtige Probleme sozialdemokratischer Politik (z. B. die Probleme des Schul- und Erziehungswesens, der Forderungen der Partei an die Justiz, der Stellung der Partei zur Religion und Kirche, der Stellung zu den Problemen der öffentlichen Gesundheitspflege, der sozialdemokratischen Gemeindepolitik u. dgl.) programmatisch zu klären haben. Diese Kommissionen haben schriftliche Berichte zu erstatten, die zu veröffentlichen, in den Organisationen zur Diskussion zu stellen und dem Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen sind. Die programmatische Klärung dieser Einzelprobleme soll die schließliche allgemeine Revision des Parteiprogramms vorbereiten. Aus den weiteren Verhandlungen sei hervorgehoben, was

### Friedrich Adler über die Arbeitererräte

vortrug. Er berichtete, daß tags zuvor der Reichsarbeitererrat beschlossen hatte, im kommenden Dezember keine Arbeitererräte mehr zu wählen. Die Arbeitererräte wurden gewählt zu einer Zeit, in der die Organisation blutleer war, weil die meisten Vertrauensmänner an der Front standen. Damals bedeutete die Wahl der Arbeitererräte das Bekenntnis der Kriegsgenossenschaft. Adler hielt einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Arbeitererräte, namentlich über die kommunistischen, die zuerst mit der Einrichtung der Arbeitererräte das größte Geschrei machten, später aber nicht einmal mehr zu den Wahlen gingen; weil sie ihre Niederlage voraussahen. Der Wunsch nach dem Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter schuf dann die Arbeiterkammern, die heute eine gesetzliche Einrichtung sind. Adler berichtete dann die Bemühungen der Kommunisten, Arbeiter für die Diktatur des Proletariats zu gewinnen, und sagte: So oft ich Gelegenheit hätte, mit den Leuten zu sprechen, die wirklich in Ruhe sind, was ist im Sozialen vom Sozialismus in Ruhe! Wahrheit, müß ich Ihnen sagen, habe ich niemals etwas herausgebracht, was nicht in Oesterreich, wo wir keine Sowjetrepublik haben, schon verwirklicht worden wäre.

Ueber die immer noch, trotz feierlicher Regierungszusage, nicht eingeführte Alters- und Invalidenversicherung referierte Mathias Eberich. Die christlichsozialen Regierung trägt nichts von ihren dringlichsten Vorlagen durch, ehe sie nicht dieses Gesetz einbringt, das in Oesterreich nicht zustande kam und das ein anderer Nachfolgestaat, die Tschechoslowakei, schon eingeführt hat. Der Parteitag erließ darum ein Kampfanweisung an das Volk.

Der wiedergewählte Parteivorstand hat wiederum Seih. Bauer und Lomshilz zu Vorstehenden, Ellenbogen zum Kassierer, zum Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Friedrich Kusterly gewählt. Die Geschäftsleitung des Zentralorgans übernimmt mit Jahresfrist Bittoni, der langjährige, erfolgreiche Inhaber dieser Stelle, Georg Emmerling, ist seit Jahren zweiter Bürgermeister von Wien.

## Jugendveranstaltungen.

Abteilung: Abteilungsversammlungen! Die Ausgabe von Spektationsmaterial findet heute von 7½—10 Uhr statt.

Abteilungs-Mitgliederversammlungen. Heute 7½ Uhr:

Brik: Chausseestr. 48. — Charlottenburg, Rosenthalstr. 4. — Gärten: Gilmmer Str. 5. — Moabit: II. Schule am Stephanplatz. — Riederhöfenweber: Berliner Str. 31. — Riederhöfenweber: Blankenburger Str. 69/70. — Kertben: Rindfleisch Str. 2. — Riederhöfen: II. Bismarckstr. 40. — Steglitz: II. Soltehlische Straße 2. — Köpenick: Köpenicker Viertel: Mariannenufer 1a. — Tegeln: Bahnhofstraße 15.

Berbezirk Ost: Koolerstr. 3. Vortag: „Aberpflege.“ — Baum- schulen: Bortow: „Der 9. November.“ — Moabit: II. Bismarck Str. Vortag: „Rechtswissenschaften.“ — Köpenick: II. Bismarck Str. Vortag: „Der 9. November.“ — Kertben: Freie Str. 2. Vortag: „Alfons Rebold.“ — Vortag: „Vortag: „Vortag: „Vortag.“ — Köpenick: Köpenicker Viertel: „Reinhold.“ — Köpenick: Köpenicker Viertel: „Reinhold.“ — Köpenick: Köpenicker Viertel: „Reinhold.“

Berbezirk Ost: Sonntag, den 9. November, nachm. 2 Uhr im Saal von Schmidt in Riederhöfen: „Proletarische Feiern.“ — „Ruffel, Gelang, Feiern, Rezitationen, Aufführung der Szenen: „Wir lebens nicht mehr.“ (Aus „Die Weber“ von G. Hauptmann.) Eintritt frei.

NEU 3 Yaukopf in Friedensformat

Die beliebte 3 Y KRESSIN ZIGARETTE in bekannt überragender Qualität

ZIGARETTENFABRIK OTTO KRESSIN, BERLIN, SCHÖNHAUSER-ALLEE 149.

# Wirtschaft

## Die Uberteuering der deutschen Rohstoffe.

Eine Steigerung der deutschen Warenausfuhr, wie sie zur Besserung der Lebenshaltung des ganzen Volkes und zur Erfüllung der Lasten des Londoner Vertrages erforderlich ist, hat billige Rohstoffpreise zur Voraussetzung. Eine Uberteuering der Rohstoffe schließt eine gewinnbringende Betätigung der verarbeitenden Exportindustrien aus; daher ist es kein Wunder, wenn jetzt z. B. der kürzlich gegründete Reichsbund der Metallwarenindustrie Gegner der Zölle auf Rohstoffe ist. Wie sehr das Niveau der inländischen Rohstoffpreise über dem des Weltmarktes liegt, dafür gibt der deutsche Großhandelsindex keinen Anhalt. Die deutschen Indexziffern erscheinen darin nämlich niedriger als diejenigen des Auslandes, während in Wirklichkeit die Rohstoffpreise in Deutschland höher sind als die in anderen Ländern. Dieser Widerspruch entsteht aus folgendem:

Die Indexziffern zeigen das Durchschnittsverhältnis der heutigen Preise zu den Vorkriegspreisen an. In Deutschland waren aber zum Teil infolge des Schutzzölles bei wichtigen Warengruppen, so bei Getreide, Kohlen, Eisen usw. die Preise schon vor dem Kriege höher als die englischen und amerikanischen. Da der Ausgangspunkt des Vergleiches in den beiden Ländern ein anderer ist, können demnach die englischen Preise heute niedriger als die deutschen sein, während ein Vergleich mit den Vorkriegspreisen in den beiden Ländern für Deutschland eine günstigere Preisspanne ergibt. So war z. B. der Preis des Jentiners Roggen in Deutschland vor dem Kriege 8,22 Mk. in Chicago dagegen nur 5,25 Mk. Der deutsche Roggenpreis ist bis auf 11,93 Mk. Anfang Oktober gestiegen, während in der gleichen Zeit der amerikanische Preis auf 10,43 Mk. angezogen hat. Der Auslandspreis hat sich also fast verdoppelt, während der Inlandspreis nur etwa um die Hälfte gestiegen ist. Obwohl auch Anfang Oktober der deutsche Roggenpreis über dem amerikanischen lag, ist die Steigerung in Amerika größer gewesen, da der deutsche Roggenpreis durch den Zollschutz schon vor dem Kriege wesentlich höher war als der ausländische.

Das Statistische Reichsamts veröffentlicht nun eine vergleichende Ubersicht für 12 Lebensmittel und 15 Industriestoffe und stellt dabei die Preise in Deutschland und England einander gegenüber. Ebenso wurden die deutschen und die New Yorker Preise von 10 Lebensmitteln und 10 Industriestoffen miteinander verglichen, und zwar immer in der Weise, daß die deutschen Preise in Prozenten der ausländischen berechnet werden. Die Gegenüberstellung ergibt folgendes Bild:

### Vergleich deutscher und ausländischer Preise für Lebensmittel und Industriestoffe.

1924	Deutsche Preise in Prozenten der englischen Preise		Nordamerik. Preise	
	Lebensmittel	Industriestoffe	Lebensmittel	Industriestoffe
Januar	89,2	103,2	84,4	100,5
Februar	87,2	108,5	81,1	104,0
März	92,0	108,9	85,9	104,4
April	94,4	108,2	88,5	105,4
Mai	88,6	108,2	83,7	105,4
Juni	82,8	108,8	74,5	105,4
Juli	86,8	108,5	79,6	104,9
August	90,3	101,6	85,9	104,5
September	96,0	102,6	93,4	104,5

Dabei ergibt sich, daß die Preise der deutschen Industriestoffe und Halbwaren im September, wie in allen Vormonaten, im Durchschnitt nicht nur auf der Höhe der Weltmarktpreise liegen, sondern noch über diese hinausgehen, wogegen die deutschen Lebensmittelpreise im Durchschnitt noch um ein Geringes unter denjenigen des Weltmarktes bleiben. Indes hat sich der Abstand der deutschen Lebensmittelpreise von den Weltmarktpreisen nach der jüngsten Preissteigerung der Agrarerzeugnisse merklich, und zwar gegenüber den englischen Preisen von 17,2 v. H. im Juni auf 4,0 v. H. im September 1924 und gegenüber den nordamerikanischen Preisen in der gleichen Zeit von 25,5 v. H. auf 8,6 v. H. verringert, wobei übrigens noch der Qualitätsunterschied von deutschem und amerikanischem Getreide in Betracht zu ziehen ist.

Die Tatsache, daß die Industriestoffe in Deutschland immer um einige Prozente teurer sind als in England, zeigt deutlich, an welcher Stelle alle Bemühungen nach einem Preisabbau einzusetzen haben. Es ist jedenfalls denkbar verfehlt, durch Schutzzölle auf industrielle Rohstoffe, insbesondere auf Eisen, das Warenpreinsniveau industrieller Fabrikate künstlich zu steigern und so in gleicher Weise die Exportfähigkeit der Verarbeitungsindustrie wie die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft zu vermindern. Geradezu unverständlich aber ist es, wenn die Führer der deutschen Großlandwirtschaft, anstatt auf eine Verbilligung ihrer Produktionskosten hinzuwirken, der Industrie Schutzzölle bewilligen, nur um damit die Zustimmung der Industrie zu Agrarzöllen zu erkaufen. Hier wird in großem Maße der Versuch gemacht, die gesamten Lebenshaltungskosten zu Lasten des inländischen Verbrauchers künstlich zu erhöhen, anstatt

durch bewußte Förderung eines Preisabbaues die Möglichkeit einer Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft anzustreben.

## Die gewerbliche Konjunktur im Oktober.

Nach den Berichten der Industrie- und Handelskammern an den preußischen Handelsminister hat sich die Wirtschaftslage im Monat Oktober nicht wesentlich gebessert. Der Erfolg der deutschen Goldanleihe war zwar groß; die Versuche, durch private Auslandsdarlehen unsere kapitalarme Wirtschaft

## Öffentl. Wähler-Versammlungen

heute, Freitag, den 7. Nov., abends 7 1/2 Uhr:

Friedrichshagen: Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 137.  
Wilmersdorf: Vittoriagarten, Wilhelmstraße 114/115.

Tagesordnung: Der Tag der Entscheidung — der 7. Dezember.  
Redner: Anna Seher, Melly, Heinrich Schütz.

zu besetzen, hatten dagegen nur geringen Erfolg. Der Steuerdruck lastete immer schwerer auf der Wirtschaft. Die bevorstehenden Neuwahlen und die ungeklärte innerpolitische Lage beeinträchtigten eine ruhige Entwicklung. Die Lebenshaltungskosten stiegen und führten zu neuen Lohnbewegungen. Nach zweimonatiger Unterbrechung ist im September auch die Handelsbilanz wieder passiv gewesen. Die Hoffnung knüpft sich an die neuen Handelsverträge, die eine Besserung unserer Außenhandelsbeziehungen bringen müssen.

Aus den Einzelberichten ist mitzuteilen:

Die erhoffte Besserung der Absatzverhältnisse für Ruhrkohle, die im letzten Monat einzusehen schien, hat nicht angehalten. Vielmehr hat sich der Absatz so ungünstig gestaltet, daß eine Reihe von südlichen Ruhrzechen stillgelegt werden mußte. Oberschlesien klagt über mangelnden Absatz in kleineren Kohlenorten.

Bezeichnend für die allgemeine Lage der Landwirtschaft ist, daß der Absatz der Düngemittel ein lebhafter war. So blieb in der Kaliindustrie der Oktoberabsatz zwar hinter dem Septemberabsatz zurück, war aber doch noch befriedigend; insbesondere entwickelte sich das Auslandsgeschäft als Folge der mit der schließlichen Kaliindustrie erzielten Verständigung. Ebenso meldet die chemische Industrie einen guten Absatz von Düngemitteln. Am Eisenmarkt wurde die Abwärtsentwicklung, die bis zur Mitte des Monats andauerte, durch einen lebhaften Geschäftsgang abgelöst. Die Gründung des Rohstahlverbandes weckte im Handel die Hoffnung auf Preissteigerungen. In wenigen Tagen wurden große Mengen in allen Fabrikaten abgeschlossen, und so kam es, daß auch die Preise wieder aufwärts gingen.

Der Monat Oktober hat in einer Reihe von Einzelhandels-geschäftszweigen eine Belebung mit sich gebracht. Die Belebung der Geschäftslage verspürten hauptsächlich die Textil-geschäfte, aber auch bei anderen Geschäftszweigen haben sich die Umsätze gesteigert. Die eingetretene bzw. bevorstehende Kälte hat viel dazu beigetragen, das Geschäft in Fluß zu bringen. Trotzdem bleibt die Belebung des Geschäfts gegen die Umsatzsteigerung in der Vorkriegszeit zurück. Wie es scheint, muß man sich überhaupt darauf einstellen, daß sich das Geschäft im großen und ganzen

## Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittspreis in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.			
Gerstengraupen, lose	18,50—24,50	Kakao, fettarm	75,00—96,00
Gerstengrütze, lose	17,50—18,00	Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Haferflocken, lose	20,00—21,50	Tee, Souchon, gepackt	320,00—400,00
Hafergrütze, lose	20,50—22,50	Tee, indischer, gepackt	400,00—470,00
Roggenmehl 9/1	16,00—18,00	Inlandszucker basis mel.	30,45—33,00
Weizengrieß	19,25—22,25	Inlandszucker Raffinade	33,00—35,00
Hartriegel	24,50—26,50	Zucker Würfel	37,00—45,00
70% Weizenmehl	16,00—18,50	Kunsthonig	29,00—40,00
Weizen-Auszugmehl	18,75—25,75	Zuckersirup hell in Elm.	40,00—45,00
Speiseerbsen, Viktoria	18,00—24,00	Speisesirup dunkl. in Elm.	27,00—31,00
Sojaerbsen, kleine	16,00—18,00	Marmelade Einfr. Erdb.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, Ierl	22,00—24,75	Marmelade Vierfrucht	40,00—
Langbohnen, handverles.	28,00—32,00	Pflaumenmus in Eimern	43,00—53,00
Linsen, kleine	18,50—29,50	Steinsalz in Säcken	3,10—3,60
Linsen, mittel	31,70—37,50		3,70—4,20
Linsen, große	37,50—51,00	Siedesalz in Säcken	4,40—5,40
Kartoffelmehl	17,75—21,00		5,70—5,80
Makkaroni, Hartgrüdw.	43,00—45,00	Bratenschmalz in Tierces	93,00—94,00
Eiernudeln	47,00—52,00	Bratenschmalz in Kübeln	94,00—94,00
Mehlnudeln	2,50—30,00	Purelard in Tierces	90,00—
Bruchreis	16,50—18,00	Purelard in Kisten	90,50—91,50
Rangoon Reis	19,00—29,00	Speisetalg in Packung	65,00—66,00
Tafelreis, glasirt, Patna	24,25—32,00	Speisetalg in Kübeln	—
Tafelreis, Java	32,75—42,00	Margarine, Handelsm. I	66,00—
Rangpale, amerik.	85,00—90,00	desgl. II	60,00—63,00
Getr. Pflaumen 90/100	40,00—43,50	Margarine, Spezialm. I	80,00—84,00
Pflaumen, entsteint	60,00—66,00	desgl. II	69,00—71,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—65,00	Molkereibutter Ia I. Fass	208,00—218,00
Rosinen in Kisten, Candia	60,00—70,00	Molkereibutter I. Pack.	220,00—221,00
Sultaninen Caraburu	75,00—92,00	Molkereibutter Ia I. Fass	175,00—192,00
Korinthen, choice	70,00—75,00	Molkereibutter I. Pack.	180,00—198,00
Mandeln, süße Bari	195,00—210,00	Auslandbutter in Fässern 2	0,00—227,0
Mandeln, bittere Bari	200,00—210,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	40,00—42,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00	Ausl. Speck, geräuchert	108,00—120,00
Kümmel, holländischer	55,00—65,00	Quadratkäse	50,00—65,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	125,00—130,00	Tilsiter Käse, vollfett	125,00—140,00
Weißer Pfeffer	175,00—185,00	Bayr. Emmenthaler	170,00—185,00
Rohkaffee Brasil	203,00—223,00	Echter Emmenthaler	175,00—185,00
Rohkaffee Zentralamerika	240,00—305,00	Ausl. ungezuck. Condens-	—
Rohkaffee Brasil	260,00—300,00	milch 4 1/2	21,00—23,50
Rohkaffee Zentralam.	330,00—400,00	Inländische desgl. 4 1/2	16,50—19,25
Röstgetreide, lose	20,00—21,75	Inl. gez. Condensm. 4 1/2	25,00—26,00

nicht mehr in einem so ausgeprägten Wechsel von Zeiten stillen und starken Geschäftsganges wie früher abwickelt, sondern gleichförmiger verläuft. Gewiß werden sich auch künftighin die an Jahreszeiten und Feste gebundenen Zeiten starken Andranges, die sogenannten Saisons abheben, aber die Unterschiede zwischen ruhigen und lebhaften Monaten sind im Einzelhandel geringer geworden. Man wird nicht fehlgehen, wenn man als einen der Hauptgründe hierfür die Dringlichkeit des Bedarfs und die Beschränktheit der Mittel sieht. Im Schuhhandel hat das Herbstgeschäft sich nicht so angefallen, wie erwartet, da sich die Kaufkraft des Publikums weiter verschlechtert hat. Manche Einzelhändler, der bisher seine teuren Marken führen konnte muß sich heute der Kaufkraft seiner Kundschaft anpassen und jetzt mehr wie früher gute Mittelware anschaffen.

In der Textilindustrie ist das Geschäft im allgemeinen lebhaft, in der Konfektion die Beschäftigungslage gut.

## Bankkredit und Erwerbslosigkeit.

Im Verlaufe der Beratung einer Entschließung über die Erwerbslosigkeit auf der Tagesordnung der britischen Arbeiterpartei, die vom 6. bis 9. Oktober 1924 in London stattgefunden hat, wurde von W. S. R. Braithford im Namen der Unabhängigen Arbeiterpartei folgender Zusatzantrag, der von der Versammlung angenommen wurde, vorgelesen:

„Da die Bank von England die Möglichkeit hat, durch eine wissenschaftliche Regelung des Kredits die verheerenden wirtschaftlichen Schwankungen und die daraus hervorgehende Erwerbslosigkeit einzudämmen, erklärt die Konferenz erneut, die Regierung solle sofort den Einfluß der Finanzpolitik auf den Handel, die Industrie und die Erwerbslosigkeit untersuchen. Sie fordert die Regierung auf, durch die Verstaatlichung der Bank von England und andere geeignete Maßnahmen, darauf zu achten, daß die Kreditkontrolle nicht mehr nur im Interesse der mächtigen Finanzgruppen, sondern im allgemeinen Interesse ausgeübt wird.“

**Reichshauptkasse.** In der Zeit vom 21.—31. Oktober erzielte die Reichshauptkasse bei Geldeingängen in Höhe von 261,5 und bei Auszahlungen von 52,8 Millionen M. 16,2 Millionen Ueberschuß. Im Oktober wurde insgesamt ein Ueberschuß von 21,2 Millionen Mark erzielt, während im September ein solcher von 83 Millionen Mark verzeichnet war. Unter den Ausgaben des Monats Oktober, die 620 Millionen Mark betragen, sind 76,1 Millionen Mark für die auf Reparationskonto zu betrachtenden Leistungen aufgewendet worden. Seit dem Beginn des Rechnungsjahres, also seit Anfang April, beträgt der Gesamtüberschuß des Reiches an Steuereingängen 170,6 Millionen Mark.

**Ufvinger-Kaiserhof.** Die Ufvinger-Gesellschaft hat die Mehrheit des Aktienkapitals der Berliner Hotelgesellschaft übernommen, der der „Kaiserhof“ gehört. Auch sonst plant der Ufvinger-Konzern Erweiterungen. Er hat ein größeres Grundstück Ecke Friedrich- und Französische Straße erworben, um es für seine Zwecke auszubauen.

**Der Abbau der Außenhandelskontrolle.** Durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers werden sämtliche für Steine und Erden noch bestehenden Ausfuhrverbote (mit Ausnahme desjenigen für natürlichen phosphorsäuren Kalk der statist. Nr. 227d) aufgehoben. Es handelt sich um Waren des zweiten Abschnitts, Unterabschnitt A (Erden und Steine) des Zolltarifs, des vierten Abschnitts, Unterabschnitt F (Forsten und Forstwaren), des dreizehnten Abschnitts (Wagen aus Steinen oder anderen mineralischen Stoffen) und des vierzehnten Abschnitts (Tonwaren). Ferner fallen die Ausfuhrverbote für folgende Waren: Spirit und Brennspiritus der Nr. 178 und 179b, geronnene geflügelte Flüssigkeiten und Weich-Weingeist-Mischungen und Lösungen der Nr. 179b, inländische, bearbeitete Tabakblätter der Nr. 226a, rohe Menschenhaare und Haarwurzeln der Nr. 528 und 529, Lederabfälle der Nr. 669, Nickel- und Kupfermünzen der Nr. 864 und 869b, rohes Messing, rohes Elfenbein, Delta, Duranameal und Tombak der Nr. 969c, Bronze und andere Kupferlegierungen, roh, der Nr. 899d, sowie Matrizen für Schallplatten der Nr. 878a des Statistischen Warenverzeichnisses.

**Der Interessentampf um das Walzwerk Barop** hat vorläufig dadurch sein Ende gefunden, daß Barop mit der Firma Stinnes (Hugo Stinnes Eisenhandel A.-G.) einen Vertrag abgeschlossen hat, nach dem für die nächsten 25 Jahre die Erzeugnisse des Baroper Walzwerkes an Stinnes übergehen. Dieser Vertrag, der einer völligen Einverleibung des hochmodernen Werkes gleichkommt, war nur deshalb möglich, weil die Firma Stinnes sämtliche Vorkaufszugrechte in ihren Besitz gebracht hat. Da diese Vorkaufszugrechte das zehnjährige Stimmrecht haben, ist die Majorität zweifelslos für Stinnes gegeben. Barop war immer ein heiß umstrittenes Objekt. Vor allen Dingen reflektiert die bekannte Firma Wolff, Reiter und Jacobi, die im Besitz eines großen Aktienpakets von Barop ist, auf das Objekt. So ist anzunehmen, daß die Aktionäre mit dem neuesten Geschäftstrid der Firma Stinnes nicht einverstanden sein werden und daß die Generalversammlung noch Ueberparungen, vor allem ein Wiederaufleben des Kampfes um Barop bringen wird, der nun schon seit Jahren tobt.

**Eine internationale Wirtschaftskonferenz.** Der Präsident der internationalen Handelskammer in New York teilt mit, daß Vorbereitungen für eine internationale Konferenz getroffen würden, an der Geschäftsleute von 40 verschiedenen Nationen teilnehmen werden. Die Konferenz werde Ende Dezember oder Anfang Januar in den Vereinigten Staaten abgehalten werden, um die durch die Inflation des Dawes-Planes aufgeworfenen wichtigen Fragen zu prüfen. Eine Teilnahme der Regierungen an dieser Konferenz sei nicht beabsichtigt, aber es werde wahrscheinlich ein Bericht ausgearbeitet werden, der den Alliierten unterbreitet werden solle.

# Wohin geht man?..

Theater - Gesellschaft - Ball - Revue - Tanzturnier? — Wohin es auch sein mag, überall brauchen Sie zum Kleid, zum Anzug den passenden Schuh. Kommen Sie zu uns, Sie finden das, was Sie brauchen, in vollendetsten Ausführungen und ganz besonders preiswert, z. B.:



**Damen-Lack-Spangenschuhe,** elegante, spitze Form, moderner, schicker Absatz..... **12<sup>50</sup>**



**Herren-Chromlack-Schnürschuhe,** spitze Form, weiß gedoppelt, beste Rahmenarbeit..... **18<sup>50</sup>**

# Reiser

**Damen-Strümpfe** deutsche Seide, sehr haltbar, in modernen Farben..... **4<sup>90</sup>**

